

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interfions-Gebühr**  
Beitrag für die sechsgehaltene Kolon-  
gelle oder deren Raum 50 Pfg., für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Sammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Schluß-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis für den Monat  
Biergeld 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnent: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhebt täglich außer Montags.

### Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

- Altona, 8. u. 10. Alstedt-höft. Wahlkreis, 3. Quart. 09 2128,68.
- Balen, 13. württemb. Wahlkreis, 3. Quart. 09 10,02.
- Groß-Berlin a. Konto seiner acht Wahlkreise 10 000,— (darunter von den Arbeitern der Firma J. C. Blaff 15,—, von den Demonstranten am 17. Okt. bei Keller, gesammelt im Lokal Welzer durch R. Dahinger 7,20, Monatsbeitrag Kalkule 10,—, Fleißige Bierkasse 1,—, Freier 3,—, Adolf Richter 3,—, aus der Sechserklasse d. Fa. Schälze, Hafenbeide 10,—, Kranführer der Arbeiter Pagenhofer Branerie, Abt. II, Stromstr. 11, 15, Tischlerei Möller u. Schmidt zur Landtagswahl, 2. Rate 30,02, von den Konfektionschneidern der Fa. Beck u. Clöppenburg, Landtagswahl 20,—, Zellerammlung bei Klem, Hafenbeide, 17. 10. 80,50, K. S. Adlershof 11,85, Berlin, diverse Beiträge: Ueberich, von Kranzpende Ritter 1,80, Wobeser 5,—, Dr. 2. H. 100,—, D. D. 6,30, 2. H. 1,—, Königsb. Sprecothener 2,—, Gatenberg 41,20, Die Kontoführer v. Wedding 5,—, Ueberich der Kranzpende für Spohnheim 3,—, Sammlung R. V. E. 11,50, R. E. 50,—, H. H. 50,—, R. B. 2,—, Anabe 3,—, Bromberger Agitationsbezirk 2. und 3. Quart. 09, Wahlkreise: Hilsa-Krausnadt 5,70; Gieses 3,25; Samier-Obornit 13,03; Krotoschin 4,10; Wirtz-Schubin 6,30; Adelsau-Schildberg (nur 2. Quart.) 3,95; Stawitsch-Kroben 7,10; Polen-Stadt 33,80; Wolmar-Gleiche 22,30; Bromberg 23,46; Reserly-Domst (nur 3. Quart.) 1,75; Sa. 124,74, Bremen, Sozialdemokr. Verein a. Konto der Beiträge für 1909/10 2400,—, Braunschweig, 1. braunsch. Wahlkreis (Braunsch. -Wankensb.), 3. Quart. 09 563,22, Desgl. 2. Wahlkr. (Helmstedt-Wolfsbüttel) 102,90, Desgl. 3. Wahlkr. (Holzminden-Gandersheim) 80,70, Baden-Baden, 8. badischer Wahlkreis, 3. Quartal 09 59,50, Badnang, 11. württemb. Wahlkr., 3. Quart. 09 35,84, Beuthen (Oberchl.), Agitationsbez. Oberschlesien, 3. Quart. 09, Wahlkreise: Natowitz-Jabrze 63,35; Beuthen-Zarnowitz 50,—; Natibor 15,—; Gleiwitz 10,35; Wetz-Abthl. 5,10; Sa. 143,80, Bremerhaven, 19. hann. Wahlkr. u. Bremerhaven, 3. Quart. 09 563,12, Bodum-Gelsenkirchen, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 908,80, Bern 70,—, Buchh. i. S. K. J. 3. 5,—, D. E. 7. 2,—, Sa. 7,—, Bant, 8. obden. Wahlkr., 2. Quart. 09; Remmerder 15,50; Gandersee 2,50; Sa. 35,—, Bellingen, 4. württ. Wahlkr., 3. Quart. 09 583,04, Duisburg, sozialdemokr. Verein i. d. Wahlkr., 3. Quart. 09 563,05, Durlach-Worlzheim, 9. bad. Wahlkr., 2. Quart. 09 220,67, Dortmund-Hörde, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 984,—, Essen, sozialdemokr. Verein i. d. Wahlkr., 3. Quart. 09 561,28, Erftm-Rothheim, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 09 24,32, Elberfeld-Barmen, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 950,—, Falkenberg (Oberchl.) 3,—, Freiburg i. S., 5. bad. Wahlkr., 3. Quart. 09 59,30, Göttingen, 10. württemb. Wahlkr., 3. Quart. 09 177,20, Hannover, 8. hannov. Wahlkr., a. Konto der Beiträge für Juli bis Oktober 09 2000,—, Hamm-Soest, sozialdemokratischer Verein, 3. Quart. 09 274,38, Hanau-Gelnhausen-Orb., 3. Quart. 09 790,—, Jyehoe, 6. schlesw.-holstein. Wahlkreis, 3. Quart. 09 339,20, Köln a. Rh., Reg. B. 20,—, Korkstraße, 10. bad. Wahlkreis, 1. Quart. 09 186,42, Desgl., 2. Quart. 09 180,70, Limbach, sozialdemokr. Verein des 15. sächs. Wahlkreises, 3. Quart. 09 425,—, Ludenwalde, sozialdemokr. Zentralwahlverein des Wahlkreises, 3. Quart. 09 193,50, Leisnig, ein paar gute Freunde 45,—, Ravensburg, sozialdemokratischer Kreisverein des 15. württemb. Wahlkreises, 2. und 3. Quart. 09 22,46, Ronsdorf, Wahlkreis Lemps-Rheinheid-Weinmann, 3. Quart. 09 500,—, Rostof, 5. mecklenburg. Kreis, 3. Quart. 09 206,20, Stuttgart, 1. württemb. Kreis, 3. Quart. 09 713,76, Schwedt, Wahlkr. Grenzau-Angermünde, 3. Quartal 09 53,—, Schwiebus-Jüllchau-Grossen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 09 39,65, Siegen-Bittgenstein, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 19,98, Stöckelb. Raritatum Wädel, 3. Quart. 09 91,84, Salschwitz, 3. schlesw.-holst. Wahlkr., 3. Quart. 09 151,02, Steint, Beitrag der Provinz Pommern für 3. Quart. 09, Wahlkreise: Steint 280,50; Randow-Greifenhagen 418,32; Uckermark-Neudorf-Wollin 46,32; Greifswald-Wrimmen 76,40; Stralsund-Wagen 99,18; Anklam-Demmin 13,96; Kolberg-Röhlitz (2. Quartal 09) 69,92; Stolp-Lauenburg 7,40; Raugard-Regenwalde 6,—; Prizy-Saapig 7,86; Greifenberg-Raminin 10,98; Reutstien 8,80; Dramburg-Schivelbein 3,76; Ostow-Rummelsburg 6,40; Summa 1047,—, Trier, Wahlkreisbeitrag für 3. Quartal 09 15,—, Würgel, 3. nass. Kreis, Jahresbeitrag für 1908/09 74,94.

Berlin, den 8. Dezember 1909.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

## Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

VII. \*)

Der letzte Abschnitt des ersten Buches schließlich, der von den Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung handelt, ist schlimmste Ausnahmegegesetzgebung in Reinkultur. Freilich zwei von den bisher schon unter diesem Titel zusammengefaßten Ausnahmestimmungen sind gefallen, nämlich die beiden, die sich gegen die katholische Kirche richten. Das Zentrum ist eben nicht umsonst Regierungspartei! Es ist nämlich der in Kulturkampf geschaffene sogenannte Kanzelparagraph gestrichen, der den Mißbrauch der Kanzel zur politischen Agitation gegen den Staat unter Strafe stellte; ferner der Geheimbündparagraph, soweit er gegen die geistlichen Orden gerichtet ist, indem er die Teilnahme an Verbindungen bestrafte, in welchen gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam

versprochen wird. Der Rest des Geheimbündparagraphen ist bekanntlich in das Reichsvereinsgesetz übernommen.

Dafür finden sich aber die gegen den Kampf der Arbeiterklasse gerichteten Bestimmungen vollständig wieder, und zwar zum Teil in einer Form, die ihre Brauchbarkeit zu dem gewünschten Zwecke wesentlich erhöht. Da ist wieder ohne Veränderung des Tatbestandes die Aufreizung von Bevölkerungsklassen gegeneinander zu Gewalttätigkeiten und verleumdende Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen unter Strafe gestellt, mit der Maßgabe, daß die für die mildesten Fälle angeordnete Geldstrafe um mehr als das Dreifache erhöht ist. Auch weiterhin wird die Teilnahme an einem bewaffneten Hausen als Vergehen bestraft. Der Tatbestand des Landfriedensbruches ist dahin erweitert worden, daß es für die Strafbarkeit ausreichend ist, wenn von der Menge bloße Sachbeschädigungen verübt werden. Während ferner im jetzigen § 129 nur die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Verschärfungen es gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften unter Strafe gestellt ist, soll es künftig ausreichend sein, wenn die Zwecke des Vereins „den Strafgesetzen zuwiderlaufen“. (§ 136 des Entwurfs.) Daß dies eine erhebliche Erweiterung des Tatbestandes ist, wird in der Begründung selbst zugestanden. Daß bei scharfen Winde von oben her die sozialdemokratischen Vereine in Gefahr sind, als solche angesehen zu werden, deren „Zweck“ den Strafgesetzen zuwiderlaufen dürfte bei der hochentwickelten Interpretationskunst vieler Richter keine mühe Befürchtung sein.

Die schlimmsten Ausnahmestimmungen, ja geradezu das Nonplusultra der Ausnahmegegesetzgebung, sind jedoch die §§ 131 und 134 des Entwurfs, welche die „Aufwiegelung“ und den „Handzwang“ betreffen. Dies sind Bestimmungen, deren Gefährlichkeit nicht übertrieben werden kann. Der vorgeschlagene § 131 lautet:

„Wer die gesetzliche Ordnung dadurch gefährdet, daß er öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zur Begehung von Verbrechen oder Vergehen oder zur Aufhebung gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert oder aufreizt oder begangene Verbrechen verherrlicht, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark bestraft.“

Die Verschärfungen gegenüber dem geltenden Recht sind, abgesehen von der Erhöhung der angedrohten Geldstrafe von 600 auf 2000 Mark, dreifacher Art. Erstens wird das Erfordernis beseitigt, daß die öffentliche Aufforderung „vor einer Menschenmenge“ zu erfolgen hat, um strafbar zu sein. Die Bedeutung dieser Aenderung ist bereits gelegentlich des Hochverratsparagraphen 102, in dem die gleiche Auslassung erfolgt ist, erörtert. Ferner wird auch hier, wie beim Hochverrat, die „Aufreizung“ der „Aufforderung“ gleichgestellt, und schließlich wird noch die „Verherrlichung begangener Verbrechen“ unter schwere Strafe gestellt. Als Zweck des so umgestalteten § 131 wird in der „Begründung“ (§. 478) angegeben, daß es nicht genügt, „nur dem Staate wirklich geleisteten Widerstand zu strafen, sondern es gilt auch Vorkehrung zu treffen gegen diejenigen, welche durch Verherrlichung und Aufreizung Widerstand oder doch wenigstens eine dazu geeignete Stimmung (!) hervorgerufen und wegen der in ihrer Tragweite oft unberechenbaren Wirkung ihrer Handlung der öffentlichen Ordnung nicht selten gefährlicher werden, als die Widerstandleistungen selbst“. In sehr charakteristischer Weise heißt es dann weiter:

„Während das bisherige Gesetz nur die Aufforderung zu bestimmten Handlungen für strafbar erklärt, erweitert der Paragraph jetzt den Tatbestand dadurch, daß er dem „Auffordern“ das „Aufreizen“ gleichstellt. Die Gründe hierfür sind dieselben, wie sie bereits zu § 102 auseinandergesetzt sind. Diese Erweiterung ist durchaus notwendig, weil die Wahrnehmung, daß gerade die geschicktesten und gefährlichsten Volksaufwiegler die Form der Aufforderung zu vermeiden und dafür die der bisher strafflosen Aufreizung zu wählen verstehen, hier erfahrungsmäßig ganz besonders zutrifft und weil daher die Beschränkung des Tatbestandes auf das „Auffordern“ die beiden für den Staat so wichtigen Paragraphen bisher in ihrem Werte zur Abwehr von Angriffen gegen die innere Sicherheit erheblich beeinträchtigt hat.“

Alles das, was gelegentlich der Besprechung des Hochverratsparagraphen über den Kautschukbegriff der „Aufreizung“ gesagt ist, trifft hier in noch verstärktem Maße zu, da hier der Tatbestand ein viel weiterer ist. Wie leicht läßt es sich deduzieren, daß durch eine wahrheitsgemäße Darstellung der Gebrechen des Klassenstaates andere in eine Stimmung versetzt, mithin aufgereizt werden, alle möglichen politischen Vergehen zu begehen. Daß § 131 eine „Gefährdung der gesetzlichen Ordnung“ verlangt, will dagegen wenig besagen. Die „Begründung“ (§. 479) motiviert diesen Zusatz unter anderem damit, daß Handlungen „ohne böse Absicht“ straffrei bleiben sollen. Und daß ein Sozialdemokrat stets mit böser Absicht handelt, also die gesetzliche Ordnung stets gefährdet, gehört zu den gerichtsnotorischen Tatsachen. An der erwähnten Stelle der „Begründung“ wird ferner ausdrücklich hervorgehoben, daß durch die Mehrzahl „Verbrechen und Vergehen“ angedeutet sein

soll, „daß auch solche Fälle getroffen werden sollen, wo die Delikte im einzelnen noch nicht bestimmt sind“. Wahrlich, die Elastizität des Kautschuks ist verschwindend klein gegenüber derjenigen des vorgeschlagenen § 131!

Eine Reminiszenz an die Umsturzvorlage ist die in § 131 noch enthaltene Strafandrohung gegen die „Verherrlichung vergangener Verbrechen“. Damit wird jeder ernsthaften historischen Betrachtung der Lebensnerv abgeschritten. Es läßt sich schließlich nicht vermeiden, bei der Darstellung z. B. der französischen, englischen, deutschen oder russischen Revolution Handlungen rühmend hervorzuheben, die sich als Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches darstellen. Begründet wird von den Verfassern des Entwurfs ausgeführt (§. 481), daß eine derartige Strafbestimmung „gerade den geschulten Agitatoren gegenüber“ notwendig sei, „da diese sich aus Klugheit an der Tatsache der Verherrlichung, von der sie die Wirkung von selbst erhoffen, genügen lassen, ohne sonstige Beweise für ihren Aufreizungsvorsatz zu liefern. . . . Das zu diesem Gesetzesvorsatz Anlaß gebende Schreiben in einem Teil der Tagespresse und in öffentlichen Versammlungen ist seit längerer Zeit allbekannt. Es ist zuzusetzen auf einen hohen Grad gestiegen und hat namentlich in bezug auf eine Anzahl im Auslande verübter Morde an Fürsten und Staatsmännern in weiten Kreisen der Bevölkerung Anstoß und Entrüstung erregt, und zwar um so mehr, je seltener es möglich war, ihm auf Grund der gegenwärtigen Gesetze entgegenzutreten. Daß der § 131 diese Lücke schließt, entspricht sowohl der juristischen Logik wie einem dringenden Bedürfnis. Denn nirgends tritt die Verachtung der gesetzlichen Ordnung und die grundsätzliche Auflehnung gegen sie schärfer zutage, als in der die gesetzliche Ordnung bewußt gefährdenden Verherrlichung von begangenen Verbrechen, nirgends ist es daher folgerichtiger, wenn der Staat dieser Negation der Grundregeln seiner Ordnung mittels des Strafgesetzes entgegenwirkt. Nichts aber ist andererseits so verderblich für die gesetzliche Ordnung, als wenn man sie gewöhnt, diejenigen als Helden zu preisen, die diese Ordnung mit Füßen getreten haben, und diejenigen als Märtyrer anzusehen, die dafür Strafe erleiden“. Es wird also künftig nicht möglich sein, über die Raschke an Sergius und Plehwe anders als in den Tönen höchster Entrüstung zu sprechen. Es ist aber anzuerkennen, daß auf §. 482 der „Begründung“ Schillers „Wilhelm Tell“ auch für die Zukunft ausdrücklich freigegeben wird, allerdings nur aus dem Grunde, weil er „unhistorisch“ ist. Wäre er historisch, so unterläge auch er dem § 131 des Entwurfs!

Soweit es überhaupt möglich ist, wird § 131 noch übertrumpft durch den vorgeschlagenen § 134. Dieser lautet:

„Wer durch gemeingefährliche Drohung, insbesondere mit Raub, Mord oder Brand den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.“

Ueber seine Bedeutung ist bereits im zweiten Aufsatze gesprochen worden. Dort ist auch dargestellt, wie durch eine scheinbar unbedeutende Aenderung des Wortlautes die Richtung der frommen Denkungsart des bisherigen § 126 in gärendes Drohngest verwandelt ist. Diese Aenderung wird damit begründet (§. 490), daß sich auch Drohungen denken lassen, die nicht den Tatbestand eines bestimmten Verbrechens, selbst nicht denjenigen eines bestimmten Vergehens, in Aussicht stellen und doch für die Allgemeinheit höchst beunruhigend sein können. Da so ziemlich jede sozialdemokratische „Drohung“ geeignet ist, den fetten Bourgeois in seinem Frieden zu stören, würde das Anwendungsgebiet des § 134 ein sehr weites sein.

Nach diesen Proben aus dem reaktionären Inhalt des Entwurfs läßt sich das Urteil über ihn schon sprechen. Jedoch auch die anderen Bücher bieten, wie im folgenden Aufsatz gezeigt werden soll, reiche reaktionäre Ausbeute.

**Berichtigung.** Zum Artikel in Nr. 280 ist berichtigend zu bemerken, daß bei Beleidigungen im Rückfall auch nach dem Entwurf Geldstrafe zulässig bleiben soll.

### Abrechnung mit dem Zentrum.

Aus dem Reichstag, 13. Dezember 1909. Am vierten Tage kam die Etatsdebatte zum Schluß. Sie kam aus in eine scharfe Auseinandersetzung der Parteien untereinander, wobei die Regierung so ziemlich ganz aus dem Spiel gelassen wurde. Was blieb den Vertretern der Parteien außer anderem übrig, nachdem die Unzulänglichkeit der reichsfinanzlerischen Bemühungen hinreichend attestiert worden war? Der Reichsanzler selbst nahm zwar noch einmal das Wort. Aber nicht, um sich über irgendeine der großen freitägigen Fragen zu verbreiten, er bemühte vielmehr die völlig belanglose Streiterei zwischen deutschen und französischen Chauvinisten über die Weihenburger Feiertage zu Ehren der französischen Gefallenen, um sich in einigen wohlpraparierten Sätzen als vorurteillosen Patrioten vorzustellen. Der ganze übrige Verlauf der Debatte war ein Speerkampf zwischen Rechts und Links. Den Anfang machte der konservative Abgeordnete von Eickel, der zu Fuß mit einem von junckerlichen Wollstrohenden Angriff auf unseren Genossen Scheidemann wegen der historischen Wahrheiten, die Scheidemann über einige frühere preussische Könige vorgebracht

\*) Vergl. Nr. 265, 270, 272, 280, 282, 287 des „Vormärz“.

Hat. Billig erklärte diese „kräftigen Äußerungen“ unter dem tosenden Beifall der Rechten für „schwach“; er vertrieb es aber sogleich, sachliche Gegenbeispiele zur Entkräftung der Mitteilungen Scheidemanns zu erbringen. Große Heiterkeit erregte es, als dieser Herr Goss usw., nachdem er schon in einem Zufallsfall über die Vorbringung historischer Tatsachen verfallen war, seinerseits den Sozialdemokraten vorwarf: „Sie unthun die Geschichte!“

Die ungemein dürftige Leistung dieses konservativen „Triarers“ wurde vom Genossen Frank-Rannheim gebührend gewürdigt mit dem Hinweis darauf, daß es den Nachfahren der Adelige, Jünglinge und anderer „ihre höchst unbequem sei, an ihre Beziehungen zu gewissen geschichtlichen Vorkommnissen erinnern zu werden, da ja doch jene echten Repräsentanten ihrer Väter Joachim aufhängen wollten! Scheidemann habe übrigens seinen geschichtlichen Kurs deshalb vorgebracht, weil die konservative Presse den König von Preußen zum Wortbruch treiben wolle, indem sie ihn auffordere, das in der preussischen Thronrede gegebene Versprechen der Wahlreform nicht einzulösen.

Eingehender besaßte sich Frank mit dem Zentrum, insbesondere mit Herrn Gröbers Verdächtigungen der Sozialdemokratie: das Zentrum zeige sich darin auch als eine durchaus internationale Partei, daß es jetzt das spanische Ferrer-Gericht ebenso vorziehe, wie früher das französische Dreyfus-Gericht, weil in beiden der Alexitalismus zu Gericht gesessen hat! Er betonte scharf, daß wir uns in keiner Weise mit Ferrer identifiziert, sondern nur den an ihm begangenen Justizmord gebrandmarkt hätten. Unser Genosse erwiderte dann ausführlich, weshalb in Baden die Sozialdemokratie sich mit den Liberalen gegen das Zentrum verbündet hat, worüber Herr Gröbers doch sicher keine Ursache hätte, sich still zu entziehen, da er früher, wenn es ihm pochte, bei Stichwahlen selber dem Eintreten des Zentrums für die Sozialdemokratie das Wort geredet hätte. Frank schloß seine wirkungsvollen Ausführungen mit der Versicherung, daß wir zwar keine antireligiöse Politik treiben, aber stets dem Zentrum entgegenzutreten würden, wenn es reaktionär auftritt.

In großer Aufregung versuchte der badische Zentrumsabgeordnete Fehrenbach Frank entgegenzutreten, verlor sich aber in badische Spezialangelegenheiten. Die Debatte klang dann völlig ab in ein Duell zwischen Müller-Reintgen und Erzberger und ging erst nach 7 Uhr zu Ende. Morgen kommt die Arbeitsnachweis-Interpellation an die Reihe.

## Die Wahlentrechtung in Hessen.

Nun hat die Reaktion in einem süddeutschen Staate einen Triumph erhandelt. Die heftige Verfassungs- und Wahlreform ist als Verfassungs- und Wahlrechtsverfälschung ausgegangen. An die Stelle des gleichen Wahlrechts, das in Hessen außerhalb jeder Debatte und Anfechtung zu stehen schien, ist im Handumdrehen ein Pluralwahlrecht geworden. Für die Erstlinge des indirekten Wahlrechts durch das direkte haben sich die reaktionäre Bundesrat, Nationalliberale und Zentrum, haben diesen unerhörten Preis gezahlt.

Schon der Preis, den die Regierungsvorlage forderte, hätte von wirklichen Volksvertretern niemals bewilligt werden dürfen. Denn mit einer ganzen Anzahl von „Kautelen“, d. h. von Erschwerungen der Wahlberechtigung umgab sie das direkte Wahlrecht. Selbst nachdem die Vorlage etwas verbessert worden ist, gibt sie das Wahlrecht erst bei 25 Jahren, dreijährigem Wohnsitz in Hessen, einjähriger Staatsangehörigkeit und pünktlicher Staats- und Gemeindesteuerzahlung. Der Wähler darf nicht länger als 2 Monate mit der Zahlung im Rückstand sein. Die Karenzzeiten für die neu Zugezogenen benachteiligen natürlich vor allem die fluktierende Arbeiterbevölkerung.

Dazu kommt die Ausdehnung der Rechte der Ersten Kammer auf Kosten der Volksvertretung!

Alles das aber wird noch überboten durch die Einfügung der Pluralstimme für die Wähler jenseits des fünfzigsten Lebensjahres. Als der Antrag, der diese Forderung enthielt, vom Bauernbund eingebracht wurde, ahnte kein Mensch in Hessen, daß er Gesetz werden könnte. Die Bauernbundsprelle selbst glaubte nicht daran und aus den Reihen des Bundes kamen deutliche und drastische Proteste gegen diese Privilegierung des Alters, die zugleich wegen des geringeren Durchschnittsalters der Arbeiter in Vergleich zu dem der Besitzenden eine Privilegierung des Besitzes, eine Entrechtung der Arbeiterklasse ist.

Ganz plötzlich, ohne daß sie vorher der Öffentlichkeit Rechenschaft gegeben hätten, haben sich die nationalliberale und Zentrumsparlei auf diesen Antrag verpflichtet. Im Dunkel einer privaten Zusammenkunft mit den Bauernbündlern wurde der Streich verabredet, die Ueberrumpfung des hessischen Volkes beschlossen. Und dann wurde mit der Gast des bösen Gewissens das reaktionäre Werk in der Kammer durchgepeitscht. Kaum daß die Schuldigen noch das Wort nahmen, um ihre Haltung zu rechtfertigen. Der Handel war fertig, es drängte sie nur noch, ihn durch die Abstimmungen der sozialdemokratischen Streiter Ulrich und Dr. Zula zu brachten die Herren dazu, einige schönfärbische Ausreden für ihren schmachvollen Verrat an den hessischen Volksrechten vorzubringen. Natürlich haben sie nur unter dem bitteren Zwang der Umstände sich zum Verrat entschlossen, nur deshalb, weil sonst die Reform nicht zustande gekommen wäre, weil die Bauernbündler sonst nicht mitgegangen hätten. Um also angeblich die Reform zu retten, willigten sie ein, daß die Karikatur einer Reform daraus gemacht wurde! Der nationalliberale Führer Dr. Osann brachte es fertig, zu erklären, mit der scharfen Verurteilung des Pluralwahlrechts habe ihm der freisinnige Dr. Gulschick „aus der Seele gebrochen“. Um aber die Vorlage durchzubringen, habe er die „bittere Pille (das Pluralwahlrecht) des Bauernbundes geschluckt“. „Nach schlaflosen Nächten“ habe er sich zu dem „Opfer“ entschlossen. Kecklich benahm sich der Zentrums- mann v. Brentano, der in der Kammer seinen Genossen vom Bauernbund versprochen hatte, für das Pluralwahlrecht zu stimmen und „draußen“ seine Schächten damit bekräftigte, er werde später für die Beseitigung dieses „Schönheitsfehlers“ sorgen.

So ward denn das schmachvolle Werk vollbracht, dem die Erste Kammer natürlich mit Freuden ihre Zustimmung geben wird. Ein Volkwerk gegen die rote Flut wollen die Reaktionen damit schaffen — die Angst vor der Sozialdemokratie stand Gebatter bei der Wahlentrechtung. Aber die Empörung über die Entrechtung wird gerade das bewirken, was die Schuldigen an der Pluralentrechtung verhindern wollen, den weiteren Aufstieg der Sozialdemokratie, vor dem einst alles Wahlrecht zerbrochen wird.

## Die bayerische Steuerreform.

Die heftigen Kämpfe im bayerischen Abgeordnetenhaus um die Steuerreform sind vorläufig vorüber. Vorläufig, denn jetzt hat die Kammer der Reichsräte das Wort. Wie schon der Bericht ihres Referenten über das Einkommensteuergesetz erkennen läßt, wird sie dieses Wort nicht zu einer glatten Zustimmung neigen. Die große Bedeutung des Gesetzeswerkes, das einen besonderen Ausschuss während der parlamentarischen Zeit ein halbes Jahr und das Plenum der Kammer mehr als zwei Monate beschäftigt, rechtfertigt einen Rückblick auf die Reform selbst und die Haltung der politischen Parteien.

Die bayerische Steuerreform ist Stückwerk. Sie bringt zweifellos gegenüber dem bisherigen veralteten Ertragssteuersystem einen bedeutenden Fortschritt: die Einführung der allgemeinen progressiven Einkommensteuer. Sie bleibt aber auf halbem Wege stehen, weil der zweite, unbedingt notwendige und organisch dazu gehörende Teil fehlt: die allgemeine progressive Vermögenssteuer. Statt dieser müssen die zum Teil vorläufigen Ertragssteuern beibehalten werden. Man hat ja an ihnen herumkurirt und da und dort auch repariert. Das Uebel aber bleibt unverändert, daß sie auch in dieser Form in unser modernes Wirtschaftsleben absolut nicht hineinpassen.

Die Durchführung der Reform in zwei Stappen bedingt auch, daß die so dringende notwendige Regelung des gemeindlichen Steuerwesens nur in provisorischer und durchaus unzulänglicher Weise erfolgen konnte. So lange eben die Vermögenssteuer nicht eingeführt ist, kann der Staat die Ertragssteuern der Gemeinden nicht überweisen. Es bleibt diesen nichts übrig, als ihren Hauptbedarf an Geldmitteln wie bisher durch Umlagen, d. h. durch prozentuale Zuschläge zu den Staatssteuern zu decken. Dieses Deckungsverfahren bedingt nun aber infolge der Einführung der Interessentheorie in das gemeindliche Steuerwesen einen sehr komplizierten Rechnungsapparat. Das Verhältnis, in dem einmal die verschiedenen Arten des Einkommens und zum anderen die verschiedenen Ertragssteuern zur Umlageleistung herangezogen werden sollen, bildete den Gegenstand der Kämpfe und Kompromisse bei der Beratung des Umlagengesetzes.

Die Stellung der einzelnen Parteien zu dem Steuerreformwerk entspricht im ganzen ihren wirtschaftlichen und sozialen Grundanschauungen. Dieselben laxen weniger in der großen prinzipiellen Frage der Beseitigung eines veralteten und Einführung eines modernen Steuerwesens, als vielmehr in der inneren Ausgestaltung des ganzen Komplexes der Steuerentwürfe zum Ausdruck.

Zentrum und Bauernbund, zwei Parteien mit ausgesprochen agrarischem Charakter, waren namentlich beim Umlagengesetz mit Erfolg bemüht, die Lastenverteilung zugunsten der unfundierten, also der Lohn- und Berufseinkommen zu verschieben. Ihre Stellung zur Einführung der noch vor wenigen Jahren bekämpften allgemeinen progressiven Einkommensteuer wurde ihnen sehr erleichtert durch die Tatsache, daß die Steuerreform im ganzen nicht nur keine Mehrbelastung, sondern sogar eine Entlastung für die Landwirtschaft bringt. Und das, trotzdem die Reform dem bayerischen Volke ein Mehr an Steuern von rund zehn Millionen auferlegt, die in der Hauptsache von dem Gewerbe, den Berufseinkommen und dem Kapital aufgebracht werden müssen.

Der Liberalismus in seinen vier Spielarten erwies sich auch bei dieser Steuerreform als die Schutztruppe des Kapitals. Das zeigte sich an verschiedenen Stellen, besonders in der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung des Steuertariffes für die größten Einkommen auf 6 Proz.

Die Sozialdemokratie richtete als Arbeiterpartei und als Vertreterin der besitzlosen oder wenig besitzenden Klassen ihr Augenmerk besonders auf die Verhinderung einer zu starken Belastung der wirtschaftlich Schwachen. Dabei war es völlig gleich, ob es sich um Arbeiter und Privatangestellte oder um die Kleinen unter den Beamten, Bauern und Gewerbetreibenden handelte. Sie war bestrebt, dem ganzen Werke sozialen Geist einzuhäuten und den notwendigen Mehrbedarf den besitzenden Klassen, also Gewerbetreibenden und Kapitalisten und den gut bezahlten Beamten aufzuerlegen.

Es ist in dem wirtschaftspolitischen Charakter des Liberalismus und des Zentrums begründet, daß das Reformwerk gerade in den wichtigsten Punkten eine durchaus unsoziale Fassung erhielt: So die Festsetzung des Existenzminimums auf nur 800 M., in der ungesunden Gestaltung des Einkommensteuertariffs und in der zu starken Belastung der Kleinen und mittleren Berufseinkommen im Umlagengesetz. Die sozial ungerechte Wirkung dieser Bestimmungen wird durch den berühmten Kinderparagrafen nur gemildert, keineswegs aber aufgehoben. Nun ist es interessant, daß der Reichsratsreferent dieses „soziale Paradeschiff“ des Zentrums und der Liberalen durch einen Antrag vollständig totschlagend will. Das wäre ein schlimmer Streich für die bürgerlichen Parteien, die alles mit den Ermäßigungen und Befreiungen des Kinderparagrafen entschuldigen wollen.

Die Tätigkeit und Stellung der bürgerlichen Parteien in den Verhandlungen waren reich an interessanten Momenten. Eine liberale Zeitung hat die Haltung der Liberalen und des Zentrums außerordentlich zutreffend ungefähr mit den Worten charakterisiert: Rücksichtslosigkeit, dein Name heißt Zentrum; Schwachherzigkeit und Grundschloßigkeit, dein Name ist Liberalismus.

Der Liberalismus unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Casselmann war in den Steuerberatungen von allen guten Geistern verlassen. Es kann fast als der bayerische Kammer- Liberalismus, dieses Konglomerat von Liberalen und Jung- Liberalen, Freisinnigen und Demokraten. Und diese formlose politische Trümmermasse bildet zusammen eine Fraktion! Es ist geradezu unglücklich, wie diese sogenannte Fraktion bei jeder einzelnen Steuerentwurf in Ja- und Reinsager auseinandergefallen ist. Das ist keine Gemeinschaft wirtschaftlich und sozialpolitisch gleichgesinnter, aufrechtstehender Männer, sondern eine Vereinigung „Schwankender Gestalten“. „Israel, daß du verdirbst, ist deine eigene Schuld!“ Wie leicht war es dem Liberalismus gemacht, gegen die unfertige, ungerechte und unsoziale Steuerreform zu stimmen! Die führende liberale Presse, die liberalen Organisationen und die Wähler selbst verlangten sehr energisch ein vernünftiges Votum. Umsonst! Mit der Sicherheit eines Schlafwandlers und der Unschärfe eines Papstes schreitet Dr. Casselmann dem Abgrunde entgegen. Ihrem Führer folgt die Schaar.

Wie so ganz anders ist der Parteicharakter des Zentrums! In dieser 68 Männer-Partei paart sich Rücksichtslosigkeit und Brutalität mit List und Freigebigkeit. Wie fein verstand es der Zentrumsführer Dr. Heim durch seine nicht gewöhnliche Sachkenntnis im Vereine mit großer parlamentarischer Routine die Liberalen und Bündler einzufangen! Ein paar anerkennende Worte, hier und da ein klein wenig Nachgiebigkeit und sie bissen an, Dr. Heim blies wie der Nationsfänger von Hameln seine schönsten und zarlesten Melodien und — die Liberalen Ränfe folgten. Und selbst als der Zentrumsführer Heim in der Frage des

Umlagengesetzes recht tollpösig vorging, als das Zentrum in beispielloser Rücksichtslosigkeit die Minoritätsparteien zu vergeblichen suchte, selbst da gab es kein Erwachen für den Liberalismus.

Brutal und feige zugleich hat sich das Zentrum gezeigt; brutal gegen die Minderheitsparteien und feige gegen die Wähler. Diese Partei besitzt fast zwei Drittel aller Sitze im Parlament und hat nicht den Mut, die Steuerreform auf eigenes Risiko zu machen. Sie will die Verantwortung nicht allein tragen und sucht, man kann fast sagen, erprecht sich Mißgünstige. Drängt sich da nicht der Gedanke auf, daß das Zentrum von der Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit seines Wertes selbst überzeugt ist?

Die Steuerreform sowohl als die Art ihrer parlamentarischen Behandlung erinnert sehr lebhaft an die Reichsfinanzreform. Offenlich bekommt die bayerische Steuerreform dem Zentrum, den Liberalen und Bündlern gerade so schlecht als jene. Zuletzt hat ja immer das Volk das Wort.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember 1909.

### Klerikaler Spott über die Regierungsbureaucratie.

Während die Konservativen im ganzen mit dem Auftreten Bethmann Hollwegs im Reichstage zufrieden sind, benutzt die Presse ihres schwarzen Blodgenossen die Gelegenheit, um dem Reichskanzler und der gegenwärtigen Regierung allerlei Vorwürfe zu tun. So meint die klerikale „Köln. Volksztg.“ in einem „Die Era Bethmann Hollweg“ überschriebenen Artikel, daß die Bemerkung des Reichskanzlers, wir hätten in Deutschland keine Parteiregierung, zwar richtig sei; dieser Vorzug aber auch den Nachteil habe, daß niemand genau wisse, welcher Kurs eingehalten werde. Jederzeit könne aus „entwölkter Höhe“ plötzlich der Strahl des Donnergottes dreinschlagen und eine ganz neue Situation schaffen.

Nach schlechter als der Reichskanzler selbst, kommt aber in dem Artikel die hohe Bureaucratie weg. Spöttisch schreibt das Kölner Blatt:

„Nur ein keures Gut wird uns immer bleiben, ob Mod oder „Antiblod“ regieren, ob die Regierung sich dieser oder jener Richtung zuneigt — die Bureaucratie. Darin versinnbildlicht sich das Heßeln einer „Parteiregierung“ — der „Tschin“ war, ist und wird sein; er geht nicht unter und troht auch allen denkbaren Veränderungen in den oberen Sphären. Wie sind doch noch immer den Russen verwandter, als wir Wort haben wollen und uns träumen lassen. Nicht bloß für die Russen, sondern auch für die Vorurten pocht es, wenn einer der Helden Leonid Andrejews in einem Gespräch über Zukunftsmusik sagt: „Nach tausend Jahren wird der Gorbodwoi von heute nicht mehr existieren, er wird längst eine andere Uniform haben.“ Ja freilich, die Uniform ändert sich, aber der, der darin steht, der Gorbodwoi, der Polizist bleibt in Rußland und Vorrußland semper idem, immer derselbe.“

Man sieht, das führende Blatt des Zentrums nimmt wenig Rücksicht auf die Gefühle ihrer konservativen Verbündeten, aus deren Verwandten und Gefinnungsgetroffenen sich doch die verspottete Bureaucratie rekrutiert.

### Zur Reichstagswahlwahl in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach.

nahmen am Sonntag unsere Parteigenossen in einer zahlreich besuchten Wahlkreisversammlung. Als sozialdemokratischer Reichstagskandidat wurde Genosse Dr. August Erdmann-Köln aufgestellt. Wie es heißt, wollen die Liberalen den zum Jungliberalismus hinneigenden Kölner Rechtsanwalt Dr. Fall aufstellen. Der Wahlkreisvertrauensmännerversammlung der Zentrumsparlei sollen als Nachfolger des verstorbenen Amtsgerichtsrats de Wit der Oberlandesgerichtsrat Marz und der Rechtsanwalt Dr. Bell aus Essen vorgeschlagen werden. Der Rheinische Handwerkerbund hat vom Zentrum verlangt, daß es dem Wählervereins-Obermeister Ehrhard aus Bonn die Kandidatur übertrage.

Die katholischen Agrarier, die in dem teilweise stark ländlichen Wahlkreis nicht ohne Einfluß sind, scheinen diesmal keine Spezialforderungen stellen zu wollen. Die „Rheinische Volksstimme“, das Organ des Bauernvereins, meint nämlich in seiner Nummer vom 12. Dezember, daß „alle Sonderwünsche zurückgestellt werden müssen angesichts der großen Gefahr, daß ein wirtschaftlich instabiler Vertreter des Wahlkreises ins Parlament einzieht.“ Das Blatt schreibt weiter, daß „nach Lage der Dinge“ es wohl als sicher angenommen werden könne, daß die Landwirte des Wahlkreises ihre Sonderwünsche fahren lassen. Das klerikal-agrarische Blatt weiß genau, daß das Zentrum ohnedies keinen Kandidaten aufstellt, der nicht eingeschwoorener Verehrter der Lebensmittelmiswahrpolitik ist.

Die Bemerkungen des Blattes verraten deutlich die Angst, daß der Wahlkreis von der Sozialdemokratie erobert werde könne. Bei der vorigen Wahl hat das Zentrum nur mit wenigen Stimmen Mehrheit gesiegt. Es erhielt 19 958 Stimmen, die Liberalen 11 218, die Sozialdemokratie 5588 Stimmen. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß diesmal der sozialdemokratische Kandidat mit dem des Zentrums in die Stichwahl kommt. Dem Zentrum, das schon früher in seinen ländlichen Gebieten bis zu 95 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne gebracht hat, wird es schwerlich gelingen, zumal bei der gegenwärtigen politischen Stimmung, seine alte Stimmenzahl zu erreichen. Das letztere trifft auch auf die Liberalen zu, während die großen organisatorischen Fortschritte unserer Partei in der von Industrie stark durchsetzten Kreise Mülheim ab Gummersbach, ganz abgesehen von der Empörung über die Stimmlosen des Schnapsbunds, einen gewaltigen Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen erwarten lassen. In der Stichwahl haben dann die Liberalen Gelegenheit, zu zeigen, wie weit es ihnen mit ihrem Liberalismus ernst ist. Im vorigen Jahre bei den Stadtverordnetenwahlen in Mülheim a. R. ist die zugunsten der Sozialdemokratie ausgegebene jungliberale Parole ziemlich einmütig und mit dem Erfolg der Niederlage des Zentrums befolgt worden.

### Holle.

Der ehemalige Kultusminister Dr. Holle ist am Sonntag in Godesberg am Rhein im Alter von erst 54 Jahren gestorben. Holle trug nur kurze Zeit die Würde seines Amtes. Er erkrankte, wie es heißt, an Ueberanstrengung, die ihm das Hineinarbeiten in sein neues Amt bereitet hatte. Dem Holle war früher im landwirtschaftlichen Ministerium Dezernent für Wasserbauten gewesen, so daß er von den Aufgaben eines Kultusministers beim Antritt seines neuen Amtes keinelei Ahnung hatte! Dabei soll der neukommandierte Kultusminister den Ehrgeiz besessen haben, sich wirklich einige Sachkenntnisse anzueignen. Das war aber zuviel für den so plötzlich auf fremden Boden verpflanzten jaghaften Bureaucraten. Holle mußte, nachdem er im Abgeordnetenhaus im Sommer des vorigen Jahres bereits eine hilflose Rolle gespielt hatte, in Urlaub gehen. Aus diesem Urlaub kehrte er bekanntlich nicht wieder, vielmehr mußte ihm endlich im Juli d. J. der Abschied gegeben werden.

Was solle auch an Befähigung für sein Amt abgegangen sein mag; an urreaktionärer Gesinnung entsprach er den weitestgehenden Ansprüchen. Jetzt ist an seine Stelle bekanntlich Herr Troitz zu Solz getreten, ein Mann, der sowohl an mangelnder Qualifikation für sein Amt, wie an reaktionären Anschauungen seinem Vorgänger sicherlich ebenbürtig ist.

### Die Rattowitzer Beamtenmaßregelungen.

Der Justizminister Bessler hat an mehrere Gerichtsbeamte in Rattowitz, die gleich den gemäßigten Lehrern bei den Stadtverordnetenwahlen für den polnischen Kandidaten gestimmt hatten, ein Schreiben gerichtet, das folgendermaßen lautet:

Berlin, den 4. Dezember 1900.

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden (vergleiche Staatsministerialbeschluss vom 13. April 1898 11. 98 des Reichs- und Staatsangehörigen von 1898), daß die in den Ostmarken angestellten Beamten und Lehrer auch durch ihr gesamtes außerdienstliches Verhalten dazu beigetragen haben, das deutsche National- und preussische Staatsbewußtsein in der Bevölkerung dieser Provinzen zu stärken und lebendig zu erhalten. Demgemäß muß auch von allen Beamten und Lehrern eine entschiedene Abwehr deutschfeindlicher Bestrebungen verlangt werden.

Diesen ersten Verpflichtungen widerspricht das öffentliche Eintreten von Beamten und Lehrern für Anhänger der großpolnischen Parteien, deren Absichten und Bestrebungen im scharfen Gegensatz zu den Aufgaben und Zielen der Reichs- und Staatsregierung stehen.

Ich muß von dem meinem Ressort angehörigen Beamten erwarten, daß sie sich diese Pflichten in vollem Umfange gegenwärtig halten und sich weder zu bewußter noch fahrlässiger Begünstigung von Personen großpolnischer Richtung im öffentlichen Leben verleiten lassen.

Ihr Verhalten bei den städtischen Wahlen in Rattowitz hat dem nicht entsprochen und veranlaßt mich dazu, die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß Sie Ihre staatliche und amtliche Stellung künftig gewissenhafter wahren werden.

Der Justizminister  
gez. Bessler.

3. B. 1066.00.

Eine ähnliche Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten ist von der Eisenbahndirektion Rattowitz verschiedenen in Betracht kommenden Beamten zur Kenntnis gebracht worden. Auch zwei Beamten der Reichsbank hat man schon vor einiger Zeit in der gleichen Weise das „nationale“ Gewissen zu scharfen versucht. Ein Oberpostsekretär, der auch polnisch gewälbt hatte, war so vorichtig gewesen, selbst um eine Veretzung einzutreten. Die bereits genehmigte Veretzung ist aber nunmehr rückgängig gemacht und in eine Strafveretzung an einen unerbetenen Platz verwandelt worden.

Ob noch weitere Beamtenmaßregelungen erfolgen werden, steht dahin. Die Maßregelung der 6 Lehrer soll die Billigung des Kultusministeriums nicht gefunden haben. Ob diese Lesart nicht nur verbreitet wird, um den Unwillen des Zentrums nicht allzusehr zu erregen?

### Die evangelischen Arbeitervereine unter der Fuchtel der Nationalliberalen.

Die evangelischen Arbeitervereine waren seit der Zeit ihrer Entstehung — Anfang der achtziger Jahre — immer ergebene Schutztruppen für Thron, Altar und Unternehmertum. Geistliche, Lehrer oder Fabrikanten stehen an ihrer Spitze; ihre Mitglieder bestehen zur Hälfte aus kleinen Beamten, Handwerksmeistern und anderen Angehörigen des Mittelstandes; ihre Vereinsaktivität richtet sich vorwiegend auf das Fördern von Stiftungen, Kirchen- und Patriotenfesten; ihr höchstes Gut ist die geduldet, aus Beiträgen zahlungsfähiger Gönner zusammengesetzte Vereinskassa, wozu bei einigen besonders begnadeten Vereinen noch ein Posaunenchor kommt. Ihre politische Betätigung bestand bisher darin, daß sie im Sinne ihrer Gönner, die ihnen die Vereinshäuser, das Harmonium oder die Puhne gestiftet hatten, nationalliberal oder konservativ wählten und je nach der Streikbarkeit ihres geistlichen Leiters mehr oder weniger Antikommitation und Kulturkämpferie trieben. Sozialpolitisch machten sie sich höchstens darin bemerkbar, daß der eine oder der andere ihrer Führer auf einer Tagung bürgerlicher Sozialreformer eine Ansprache im Namen der evangelischen Arbeitervereine hielt.

Seit einiger Zeit nun haben die Christlichsozialen vom Stöderstamme einige Unruhe in dieses friedfertige Leben hineingebracht. Die Stöderleute, die nicht leben und nicht sterben können, gedachten unter den Armen an Geist, die in den evangelischen Arbeitervereinen versammelt sind, ergiebige Ernte zu halten. Sie brachten das Verbandorgan unter ihre Vormachtigkeit, hielten namentlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet soziale Konferenzen ab und agitierten unter den evangelischen Arbeitervereinen eifrig für die christlichen Gewerkschaften. Bedeutend war nun der Erfolg der Christlichsozialen nicht, aber er hat genügt, um die nationalliberalen und scharfmacherischen Gönner mobil zu machen. Der Vorstand des evangelischen Arbeiter- und Bürgervereins, Graf Schwerin bei Castrop (Westfalen), hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Verbandes Klage geführt über die Haltung des Verbandorgans „Arbeiterbote“, der nicht mehr wie früher „mit Entschiedenheit ultramontane Uebergriffe zurückweist“. Er hat darauf hingewiesen, daß es die Aufgabe der evangelischen Arbeitervereine sei, „eine Kampfstellung gegen die Feinde des evangelischen Glaubens und des Vaterlandes, gegen Rot und Schwarz einzunehmen“, aber „jede parteipolitische Tätigkeit, ob direkt oder indirekt“, lege nicht im Interesse der evangelischen Arbeitervereine.

Ein anderes Schreiben ist an die Vorsitzenden zahlreicher evangelischer Arbeitervereine gerichtet, worin unter Hinweis auf die Gefahr, die den Vereinen durch eine Verdrüderung mit der ultramontanen Arbeiterbewegung erwachse, gebeten wird, in jedem Verein eine Kommissionsresolution dieser Art durchzuführen, um mit vereinigten Kräften der Gefahr zu begegnen. Interessant ist nun, daß sich besonders die nationalliberale Partei dieser Agitation gegen die neue Richtung innerhalb der evangelischen Arbeitervereine annimmt. Es ist der nationalliberale Abgeordnete Westermann, der mit einem Wegschreiben die Rundgebungen des Arbeitervereins Graf Schwerin an die übrigen Vereine verschiebt — und zwar geschieht dies im Namen des nationalliberalen Wahlkomitees für Dortmund. Es ist klar, was die Herren wollen. Die evangelischen Arbeitervereine sind ihnen weiter nichts als politische Schutztruppen gegen Schwarz und Rot, gegen Zentrum und Sozialdemokratie. Kulturkämpferie und Sozialistendeckung sollen und dürfen sie treiben, weiter aber nicht; selbst die schwachmütige Vertretung der Arbeiterfrage, wie sie von den Stöderleuten betrieben wird, ist den evangelischen Arbeitervereinen unterlagt. Der Geist Stummis, der Mitte „er neunziger Jahre eine Hebe gegen die harmlosen evangelischen Arbeitervereine und die „sozialen Pastoren“ eröffnete, geht wieder um!

### Kommunalwahlen.

#### Die Gemeinderatswahl in Stuttgart.

Die Wahl wurde am Freitag vollzogen. Erst am Sonntag aber wurde das vorläufige Ergebnis der Stimmzählung bekannt.

Gewählt wurde nach dem Proporzsystem. Vast Mandate waren zu besetzen, zwei hatte die Sozialdemokratie zu verteidigen. Sie eroberte zu den zweien noch ein drittes! Seit der letzten Gemeinderatswahl 1907 hat die Zahl der sozialdemokratischen Wähler um rund 1500 zugenommen, die aller bürgerlichen Parteien zusammengenommen nur um rund 800. Das Gemeinderatskollegium besteht aus 23 Mitgliedern, vier besetzten Gemeinderäten und dem Oberbürgermeister, zusammen 28 Mitglieder. Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion zählt jetzt 10 Mann.

In der Walfahrtsgemeinde Unterharmerbach (Badischer Schwarzwald) sind nun die Sozialdemokraten in den Besitz sämtlicher Mandate der dritten Klasse des Bürgerausschusses gelangt. Wiederholt haben Kapuziner in der Stadendebatte es mit Predigten versucht, unsere Partei unmöglich zu machen. Umsonst, das Wunder ist jetzt auf unserer Seite.

Bei der Ausschuswahl in Kadoltszell (Wobensec) stand der Großklub in der dritten Klasse gegen das Zentrum; es handelte sich bei der Entscheidung in der dritten Klasse um eine einzige Stimme, so daß zwei Sozialdemokraten unterlagen, während gewählt wurden fünf Liberale, drei Zentrumskandidaten und zwei Sozialdemokraten.

### Ein Urteil über die deutsche Sozialdemokratie.

Das letzte Heft der führenden liberalen Wochenschrift „Nation“ enthält u. a. einen Artikel über die Korruption mancher Teile des britischen Volkes durch die Reichen. Letztere geben jetzt Unmengen von Geld aus, um durch geheime Agenten und als Arbeiter verkleidete Agitatoren die Massen für Tarifarform zu gewinnen. Der Schreiber des Artikels ist Mr. Graham Wallas, Professor der politischen Wissenschaften an der Londoner Universität, früheres Mitglied der Fabian Society und jetzt linksliberal. Indem er die Gefahr schildert, mit der die reichen Korruptionisten die Nation bedrohen, kommt er auch auf deutsche Verhältnisse zu sprechen, wobei er sagt:

„In Deutschland haben die Sozialdemokraten diesen korumpierenden Einfluß der Reichen dadurch bekämpft, daß sie eine Arbeiternation innerhalb der Nation aufgebaut haben; sie gaben ihr eine eigene Literatur, eine Philosophie, eine sie unterscheidende Sprache und eine Disziplin, die die Arbeiter von den Einflüssen der äußeren Welt abschloß — mögen diese Einflüsse aufrichtig oder heuchlerisch sein. Auf diese Weise gelang es ihnen, der organisierten Hybris der Wahlen von 1907 zu widerstehen und sie werden ihre Stellung bei den Wahlen des Jahres 1911 enorm verbessern. Es gibt Kräfte in England, die dasselbe Resultat hervorbringen werden, wenn ein anderer Ausweg nicht vorhanden (der Korruptionsgefahr zu begegnen) sein sollte, obwohl ich der Ansicht bin, daß ein derartiges Resultat eine Gefahr einschließt sowohl für die allgemeine geistige Entwicklung des Landes wie für die Möglichkeit einer friedlichen sozialen Umwälzung — eine Gefahr, die zu ernst ist, um auf die leichte Schulter genommen zu werden.“

Diese Bemerkung eines selbständig und freiheitlich denkenden englischen Politikers ist immerhin beachtenswert.

### Noch eine Bekehrungsmaßregelung.

Altona, 13. Dezember. Der schleswig-holsteinische Volksschullehrer Clausen, gegen den vor einiger Zeit wegen seines freimütigen Verhaltens ein Verfahren eingeleitet wurde, ist seines Amtes entsetzt worden.

### Ein „netter“ Stellvertreter.

Das Oberkriegsgericht in Dresden verurteilte den im 16. Dienstjahr stehenden Feldwebel Berger vom Pionier-Bataillon Nr. 12 wegen umfangreicher Unterschlagungen und Verwüsterungen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, Degradation und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Er hatte Gelder, die er von Mannschaften einstellerte, (zwei 800 M.) unterschlagen und eine Anzahl Einjährige dadurch betrogen, daß er diesen für Kleidungs- und Ausrüstungsstücke mehr abnahm, als sie zu zahlen hatten. Der Angeklagte hat nicht aus Rot gehandelt, sondern nur um ein angenehmes Leben zu führen!

### Schweiz.

#### Volkabstimmungen.

Zürich, 13. Dezember. In der kantonalen Volkabstimmung wurde das Gesetz zum Schutze des weiblichen Lodenpersonals mit 83 800 gegen 43 500 Stimmen und das über die bedingte Verurteilung mit 35 500 gegen 40 000 Stimmen verworfen. — Als Statthalter des Bezirks Zürich wurde der Demokrat Suesli mit 15 800 gegen den Sozialdemokraten Nieder, der 9100 Stimmen erhielt, gewählt.

### Spanien.

#### Eine vernichtende Niederlage der Konservativen.

Madrid, 13. Dezember. Obwohl noch nicht alle Ergebnisse der Municipalwahlen bekannt sind, ist es doch sicher, daß die Liberalen einen großen Sieg davongetragen haben, während die Konservativen eine große Niederlage erlitten. Nach den Liberalen sind es die Republikaner, die zahlreiche Sitze erobert haben. In Madrid erhielten die Liberalen 25 Sitze, die Sozialisten und Republikaner 13. In Barcelona besteht die Mehrheit der Gewählten aus Radikalen und der Gruppe Ferruz sowie Kandidaten der katalonischen Linken. Den letzten Meldungen zufolge haben die Republikaner große Mehrheiten in La Corunna und Valencia erhalten.

In Bilbao wurden bei den im Besitze der Municipalwahlen ausgedrohtenen Unruhen 25 Personen verwundet und 60 verhaftet. Auch an einigen anderen Orten kam es zu übrigens nur unbedeutenden Zusammenstößen.

### Italien.

#### Das neue Ministerium.

Rom, 11. Dezember. (Fig. Ver.) Das neue Kabinett erhält durch die Persönlichkeiten, die es einschließt, einen so ausgeprägten konservativen, um nicht zu sagen reaktionären Charakter, daß man annehmen muß, es werde besser sein als seine Titelfette. Mit drei Mitgliedern der Rechten, drei Sonniniern und drei Ueberläufern der früheren Mehrheit Giolittis ist wahrhaftig in demokratischer Beziehung nicht viel Staat zu machen. Der „Avanti“ meint, daß das Programm Sonninos nicht konservativ genug sein wird, um die Liberalen mit sich zu ziehen, und nicht fortschrittlich genug, um ihm wohlwollendes Abwarten der äußersten Linken zu sichern. „Deshalb wird Sonnino nach einem kurzen Versuch wieder der Eingänger werden, der er bisher war. Seine Regierung wird ein Zwischenspiel sein, während dem die beiden wirklichen Mächte, in die das Land zerfällt, die Liberal-Konservativen auf der einen, die demokratischen Parteien auf der anderen Seite, sich zum Angriff vorbereiten,

disziplinieren, stärken werden. Hier liegt vielleicht der größte Nutzen, den das Land von einem so hoffnungslos grauen Kabinett, wie diesem, erwarten kann.“

Schon die ersten Tage nach der Kammereröffnung können entscheidend sein. Der äußersten Linken kann ein so beschaffenes Kabinett kein Vertrauen einflößen. Um aber gegen sie zu regieren, nachdem es mit ihren Kräften zur Herrschaft gelangt ist, muß es die Unterstützung der alten Mehrheit erlangen, und diese Unterstützung bedeutet den unfehlbaren Rückfall in die Regierungsmethoden Giolittis, sie bedeutet die Anpassung Sonninos an das parlamentarische Milieu, das die traurige Erbschaft des zeitweilig in den Hintergrund getretenen Diktators darstellt.

### Türkei.

#### Seine Ministerkrise.

Konstantinopel, 13. Dezember. Die Deputiertenkammer setzte die Verhandlung über die Interpellation betreffend die Schifffahrt in Mesopotamien fort. Die oppositionellen Redner bekämpften den Konzessionsvertrag, durch den Mesopotamien dem englischen Einfluß ausgeliefert werde. Nach langer Debatte nahm die Kammer unter dem heftigen Widerspruch der Opposition einen Antrag auf Schluß der Debatte an und genehmigte mit 168 gegen 8 Stimmen eine von dem Großwesir gebilligte Tagesordnung des Führers der Jungtürken, in welcher die Kammer den Standpunkt der Regierung in der Schifffahrtsangelegenheit billigt und der Regierung ihr Vertrauen ausdrückt.

### Politische Tendenzurteile.

Serajewo, 13. Dezember. Das Militärgericht in Mostar verurteilte 31 Serben, die zur Zeit der Anklagenreise nach Montenegro geflüchtet sind, um gegen Oesterreich zu kämpfen, wegen Hochverrats zu Kerkerstrafen von 5½ bis zu 7 Jahren.

### Rußland.

#### Russische Greuel.

Als der Amerikaner George Kennan in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Greuel in den russischen Gefängnissen und Verbannungsorten aufdeckte, ging ein Sturm der Entrüstung durch die gesamte zivilisierte Welt, der die russische Regierung zwang, die ärgsten Mißstände abzustellen. Seitdem ist die öffentliche Meinung der bürgerlichen Klassen Europas, namentlich nach den Revolutionsjahren in Rußland, merklich zähm geworden. Sie findet zwar Worte der Empörung für die Fälschung Ferrers, für die Greuel auf der Festung Montjuich, aber für die blutige Henterwirtschaft in Rußland, für die fortwährenden Greuel in den Kartoffelhöhlen des Jaren findet sie, einzelne Fälle ausgenommen, kein Wort der Empörung und deckt so durch ihr verbrecherisches Schweigen die blutigen Taten des Henterzaren, der als Geschäftsführer der europäischen Börse die kapitalistische „Ordnung“ gegen den „Umsturz“ verteidigt.

Wir haben schon mehrfach die Zustände in den Gefängnissen und Verbannungsorten an der Hand amtlichen Materials eingehend beleuchtet. Wir haben namentlich auf die Greuel in den Katorgagefängnissen hingewiesen, deren Inhaftenzahl sich in den letzten zwei Jahren allein verdoppelt hat (laut amtlichem Bericht befanden sich zum 1. Januar 1900 12 000 Gefangene in den Katorgagefängnissen, zu denen im Laufe des Jahres 5174 hinzukamen; die Zahl der in diesem Jahre zu „Katorga“ Verurteilten dürfte diese Zahl noch übersteigen.) Aber die Nachrichten, die jetzt in die Öffentlichkeit dringen, übersteigen an Grauenhaftigkeit alles, was bisher bekannt war. Folgender Brief eines Genossen aus der Schlüsselburger Festung zeigt dies zu Genüge:

... Das Regime in der Festung war in der Tat entsetzlich. Der Direktor Simberg begrüßte jede neu eintreffende Abteilung mit Drohungen und versprach sie fette zu machen. Nur die Welle der Krewa — so lauteten buchstäblich seine Worte — werden erfahren, was ich mit Euch tun werde!“ Er begnügte sich nicht, daß er die Russen gegen die Gefangenen hegte, sondern trug auch in die Reihen der letzteren Zwistigkeiten und Feindschaft hinein. Mit Hilfe einiger Subjekte organisierte er eine Art Geheimpolizei und förderte die Demunziationen, indem er dies durch verschiedene Konzessionen belohnte. Unter der Flagge „wirtschaftlicher Arbeiten“ zwang er die Gefangenen, Kohlen aus den Varlen zu schleppen, die Mühlgruben und die Klosetts der Aufseher zu reinigen, alles natürlich ohne Vergütung. ... Aber alle diese Maßregeln Simbergs zählten niemanden, sondern erregten nur Haß. Fast die Hälfte aller Gefangenen sahen auf seinen Befehl im Karzer, einige fünf oder sechs Mal, einzelne 60 bis 70 Tage ununterbrochen. In den hartmüchtigsten der Protestierenden gehörten R. Simonenko und A. Konupp, die wegen des Sebastopoler Aufstandes verurteilt waren! Während eines Zusammenstoßes mit den Aufsehern klopften ihnen die letzteren den Mund mit Menschenkot voll und ließen sie so, an Händen und Füßen gefesselt, einige Stunden liegen. Das ist eine ungewöhnliche Tafsache.

Es ist bei diesen Bedingungen nicht erlaublich, daß ein hoher Prozentsatz der Gefangenen an Skorbut, Lungenwind, Lepra und Keurasthenie erkrankte. In einem Jahre starben im Spital 7 und wurden irrinnig 4 Gefangene! Simberg befiehlt recht: von allen seinen Taten wählten nur die Welle der Krewa ...

Der Briefschreiber schildert weiter, welche Greuel sich im Frühling d. J. auf Befehl des Stellvertreters Simbergs, des Häupten Jwan Guramoff, in Schlüsselburg abspielten. Fast alle Gefangenen wurden in die Karzer geschleppt, wo sie länger als einen Monat saßen. Die Defen wurden dabei so stark geheizt, daß die Gefangenen nackt, nur mit den Fesseln an den Füßen, in den Fesseln liegen mußten. Die allgemeine Spannung im Gefängnis hätte zu einer furchtbaren Katastrophe geführt, wenn die Gefangenen nicht infolge des Umbaus des Gefängnisses nach Wolgda und den sibirischen Katorgagefängnissen transporiert worden wären. „Die Schlüsselburger Festung — so schließt der Brief — wird gegenwärtig umgebaut und für 1000 Gefangene instand gesetzt. Für Simberg und Genossen steht eine reiche Beute bevor!“

Die Redaktion des sozialdemokratischen Arbeiterblattes „Grawdo“, dem wir den obestehenden Brief entnehmen, schreibt hierzu folgendes:

„Schlüsselburg steht nicht allein. Viele solcher Gefängnisse sind in der großen Niederung zerstreut, die sich Rußland nennt. In unseren Händen befinden sich nicht minder erschütternde Korrespondenzen aus Wolgda, Alexandrowol, Odesa, Saratow und Schitomir. Fast jeder Tag bringt neue Tafsachen. ... Dies sind bloß einzelne Kapitel aus dem Bericht: wie die Sieger Raube nehmen an den Besiegten von 1905.“

Es ist unmöglich zu schweigen und die Hände in den Schoß zu legen! Alles was möglich ist, muß getan werden, um das Schicksal der Gefangenen moralisch und materiell zu erleichtern. Und vor allem ist es notwendig, daß die Volksmassen die Gemeinheiten und Scheußlichkeiten kennen sollen, die die im Rausch der Reaktion wahnsinnig gewordenen Hentermächte des Jaren unter der Leitung Stolypins verüben.“

# Gewerkschaftliches.

## Weihnachten der Mansfelder Ausgesperrten.

Der Parteivorstand schreibt uns:

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Mansfeld wendet sich in einem Aufruf an die Genossen und bittet um Geldbeiträge für eine Weihnachtsunterstützung der Mansfelder Ausgesperrten. Dieser Aufruf ist dem Parteivorstand leider erst nach seiner Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gekommen. Der Parteivorstand hält angesichts der Krise Sammlungen für die Mansfelder Genossen nicht für angebracht und hat bereits beschlossen, aus allgemeinen Partei-Mitteln für die Mansfelder Genossen eine Summe zur Verfügung zu stellen, so daß der Aufruf dadurch gegenstandslos wird.

## Die Maßregelungsnachweise der Unternehmerverbände.

In den Kreisen der Unternehmer ist gegenwärtig alles mobil, um der neuesten propagierten Lieblingsidee, der Einführung der Zwangsarbeitsnachweise, die krummen Wege zu ebnen. Die neueste Nummer der deutschen „Arbeitsgeber-Zeitung“ enthält gleich vier Publikationen dieser Art: einen Auszug aus dem Referate des Kommerzienrats Stark-Chemnitz, eine redaktionelle Introduction zu dem dann folgenden Hauptstück des Hamburger Arbeitsnachweisleiters, Ingenieurs Thielow, und endlich das im Oktober gehaltene Referat des Syndikus Koltzsch-Chemnitz. Alle diese Neuherungen enthalten für die Öffentlichkeit Bekanntes, allzu Bekanntes, natürlich, denn aus der Geheimpraxis dieser Maßregelungsinstitute wird der Öffentlichkeit nichts bekanntgegeben. Das immer wiederholte Abschweifen der eigentlichen Absicht, die mit der Errichtung dieser Nachweise verfolgt wird, Arbeiter zu verformen, wirkt angeführt der Enthüllungen über den Mannheimer Nachweis nachgerade mehr als abtönd.

Die stärkste Betonung für die absolute Notwendigkeit der Unternehmerachweise wird darauf gelegt, daß sie sach- und sachgemäßer arbeiten, nicht rein schablonenhaft Arbeitskräfte vermitteln, wie dies die schlecht geleiteten anderen Nachweise alle tun sollen. Herr Koltzsch verstieg sich nun im Eifer der Belobigung zu der Trivialität:

„Alle die uns entgegenstehenden Nachweisformen arbeiten schematisch, und wenn irgendwo, so ist im Arbeitsnachweis jedes Schematisieren ein Übel, gleichviel ob die Schemata im Kopfe eines verkannten Agitators oder eines weltfremden, in Sozialpolitik machenden Regierungsrats oder Professors enthalten sind.“

Wir wüßten zwar nicht, wo ein deutscher Professor seinen Lehrstuhl mit dem Schemel in einem Arbeitsnachweisbureau vertauscht hat, oder gar ein Regierungsrat sich in so unbehaglicher Stellung hervorgetan hätte, müssen aber sagen, daß nach unserer Erfahrung alle anderen Arbeitsnachweise den gleichen Vorzug haben, die den neuen Arbeitsnachweisen der Unternehmer eigen sein soll. Auch sie werden von Leuten, die ehemals im Verufe tätig waren, geleitet. Diese verfügen über mindestens dieselben Fachkenntnisse wie die von den Schmarhmachern auswählten Leiter.

Die schlauen Fische können die Oeffentlichkeit mit allem anscheinend ehrbaren Geschwafel nicht mehr täuschen — sie sind längst erkannt! Siehe den Mannheimer Nachweis und seine Geheimakten!

### Berlin und Umgegend.

#### Mitgliederfang.

Vor einiger Zeit hatte eine Versammlung der Rohrleger und Helfer, welche von der Vereinigung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes (Wiesenthales Richtung) einberufen war, eine Resolution angenommen, in der von den Arbeitgebern eine Teuerungszulage gefordert wurde. Eine Kommission des genannten Verbandes sollte sofort mit den Vertretern der Arbeitgeberorganisation verhandeln. Es verging eine geraume Zeit, bis über diese Angelegenheit Bericht erstattet wurde. Als dieses endlich geschah, gebärdete sich Herr Wiesenthal in der betreffenden Versammlung juchend radikal. Wohl mußte er eingestehen, daß die Arbeitgeber die verlangte Teuerungszulage abgelehnt hätten, jedoch meinte Herr Wiesenthal, nachdem beschloffen war, noch einmal mit den Arbeitgebern zu verhandeln, würde ein Kampf nicht ausbleiben, wenn die Arbeitgeber am 1. April nächsten Jahres keine Lohnhöhung bewilligten.

Am 5. Dezember fand nun wieder eine Versammlung der Rohrleger und Helfer von dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband statt, wo über den Abschluß eines Tarifvertrages mit einer Lohnhöhung mit den Arbeitgebern berichtet wurde. Ebenso sollte ein paritätischer Arbeitsnachweis vom 1. April 1910 an eingerichtet werden. Bei diesem Arbeitsnachweis sollten die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes bevorzugt werden. Der Berichterstatter Wiesenthal stellte die Sache so hin, daß die Arbeitgeber in der Schlichtungskommission mit dem Tarifvertrag (derselbe hat 83 Paragraphen) einverstanden wären und dieser Vertrag das Resultat der Beratung mit den Arbeitgebern wäre. Darüber war nun großer Jubel bei den Wiesenthalern. Die bürgerliche Presse meldete schon von einem Sieg des Herrn Wiesenthal und seiner Anhänger. Jedoch es sollte anders kommen. Die Arbeitgeberzeitung wie auch einige andere Zeitungen berichten, jedenfalls auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes im Rohrlegergewerbe, daß von einem Abschluß des Tarifvertrages nicht die Rede sein könne. Die betreffenden Zeitungen schreiben:

„In der Presse sind über Abschluß eines Lohn tariffs im Rohrlegergewerbe ganz falsche Nachrichten verbreitet. Nach diesen soll den Monteuren ein Minimallohn von 72½ Pf. und den Helfern 66 Pf. pro Stunde bewilligt und die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zugestanden sein. Demgegenüber stellen wir fest, daß dies wohl die Forderungen der Arbeitnehmer sind, über welche jedoch bisher nur einmal in der Schlichtungskommission verhandelt worden ist. Die allein in Lohnbewegungen für das Rohrlegergewerbe maßgebende Stelle, der Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe, hat sich bisher mit der Tarifvorlage noch gar nicht beschäftigt.“

Wer nun den Bericht des Herrn Wiesenthal gehört hat und diese Koltzsch liest, der wird sich die Frage vorlegen, wer nun recht hat. Jedoch sei bloß daran erinnert, daß bei der Tarifbewegung im Jahre 1908 Herr Wiesenthal auch berichtet hatte, daß es durch die Verhandlungen gelungen wäre, eine Zulage von 2½ Pf. pro Stunde, vom 1. April 1909 ab, zu erreichen. Nachher stellte es sich heraus, daß ein derartiges Zugeständnis von den Arbeitgebern nicht gemacht war. Daraus ist zu ersehen, daß Herr Wiesenthal ein nicht unbedeutender Irrtum öfter einmal unterläuft.

Man kann ohne weiteres annehmen, daß auch die oben geschilderte Aktion nichts weiter bezweckt, als damit Mitglieder zu bekommen, um bei den Arbeitgebern als die „Interessensvertretung der Rohrleger“ zu gelten. Jedoch die Rohrleger und Helfer sind viel zu klug, sich auf diese Weise fangen zu lassen, sie trauen der Sache nicht. Diese Meinung haben anscheinend auch die eigenen Anhänger des Herrn Wiesenthal selbst zum Teil, denn die letzte Versammlung des Allgemeinen Verbandes mußte vertagt werden, weil zu — wenig Personen anwesend waren.

Die Rohrleger und Helfer wissen, daß ihre Interessen bei dem Deutschen Metallarbeiterverband am besten gewahrt sind und werden nach wie vor für die Ausbreitung desselben agitieren. Die Agitationskommission der Rohrleger und Helfer des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

## Beginn der örtlichen Tarifbewegungen im Baugewerbe.

Wie bereits berichtet, fanden am 11. und 12. November in Berlin Tarifverhandlungen für das Baugewerbe zwischen den zentralen Instanzen der Arbeiter- und der Arbeitgeberorganisationen statt, die aber infolge der außerordentlich weitgehenden Forderungen des „deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“ zu keiner Verständigung über irgendeine der wichtigsten Bestimmungen führten. Schließlich wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Inzwischen sollten aber die örtlichen Organisationen die Verhandlung beginnen. Während die zentralen Instanzen über das sogenannte Vertragsmuster Beratungen pflegen — das sind die Bestimmungen, die für alle Vertragsgebiete Geltung haben sollen — fällt den örtlichen Instanzen die Aufgabe zu, für das besondere Gebiet Vereinbarungen vorzubereiten über: Geltungsbereich des Vertrages; Dauer der Arbeitszeit und Arbeitszeiteinteilung; Beginn und Ende der Überstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit und die hierfür geltenden Lohnzuschläge; ferner über Arbeitslöhne; Lohnzahlung und Lohnzahlungsperiode; Auflösung des Arbeitsverhältnisses; Bestimmungen über die Zusammensetzung zweier Instanzen zur Schlichtung von Streitigkeiten, und anderes mehr.

Für das Berliner Vertragsgebiet haben bereits am 9. und 10. Dezember die Verhandlungen begonnen. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter verhandelten am ersten Tage und die Zimmerer an dem darauf folgenden. Ein einigermaßen befriedigendes Resultat konnte auch hier nicht erzielt werden. Die örtlichen Verhandlungen werden nun in allen Teilen des Reiches einsetzen und bis zur nächsten zentralen Verhandlung fortgesetzt werden.

## Lohnbewegung in den Brauereien.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hatte am Sonntag nachmittag eine Versammlung seiner Mitglieder aus den Brauereien und Bierneidertagen Groß-Berlins einberufen, die in den „Musterfälen“ stattfand. Es handelte sich hauptsächlich um die Bierfahrer und das übrige Fahrpersonal in den Brauereien. Der Transportarbeiterverband hatte im Oktober eine Versammlung der Bierfahrer veranstaltet, die eine Kommission wählte, um die Forderungen des Fahrpersonals in der bestehenden Lohnbewegung festzulegen. Diese Kommission stellte einen Entwurf für einen neuen Tarifvertrag her. Zugleich hatte auch der Brauereiarbeiterverband eine Lohnkommission für das Fahrpersonal gewählt und Forderungen aufgestellt. Die beiden Kommissionen hielten zwei Konferenzen ab und man einigte sich, gemäß den Verhandlungsbeschlüssen, auf ein gemeinsames Vorgehen, um einen einheitlichen Tarif aufzustellen. Es ergaben sich vorläufig noch verschiedene Differenzen, und der Transportarbeiterverband machte den Vorschlag, in einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder der Verbände Bericht über das bisherige Resultat zu erstatten. Dem Brauereiarbeiterverband erschien eine Vorrichtung nach vorzuziehen, der Transportarbeiterverband aber glaubte, dem Fahrpersonal einen Bericht schuldig zu sein und lud seine Mitglieder zu dieser Versammlung ein. A. Werner referierte über den allgemeinen Stand der Lohnbewegung in den Lagerbierbrauereien und legte den Entwurf für den neuen Tarifvertrag für das Fahrpersonal vor. Derselbe ist noch Gegenstand einer endgültigen Beratung der beiden Kommissionen, die im allgemeinen sich in Uebereinstimmung befinden. Besonders diskutiert muß noch werden über die Forderung eines garantierten Jahreseinkommens für die Fahrer, über den Arbeitstag der Tourenfahrer und andere Dinge von geringerer Bedeutung. Die Kaffahfer sollen nach dem Entwurf einen Lohn von 30 M. und außerdem für 100 Liter verkauften Bieres 80 Pf. Provision erhalten. Fahrer, die bis acht Hektoliter allein fahren, erhalten eine Vergütung von 3 M. pro Tag. Jeder Fahrfahrer, der täglich mindestens 8 Hektoliter verkauft, hat einen von der Brauerei zu stellenden Mitfahrer zu beanspruchen. Die Flaschenbierfahrer erhalten zu ihren bisherigen Bezügen eine Lohnhöhung von 10 M. pro Woche, mit der Maßgabe, daß der feste Lohn in jeder Brauerei mindestens 25 M. pro Woche beträgt. Den Flaschenbierfahrern wird bei einem täglichen Verkauf von 25 Kästen ein Mitfahrer von seiten der Brauerei gewährt. Die Privatfahrer erhalten einen Lohn von 30 M. pro Woche nebst Provisionen. Der Lohn der Fah- und Flaschenbiermitfahrer beträgt 32 M. pro Woche nebst Provisionen. Für die Reserdefahrer werden 25 M. verlangt nebst Provisionen, für die Stalleute 35 M. Die Arbeitszeit für Reserdefahrer und Stalleute beträgt nach dem Entwurf 9 Stunden innerhalb 11 Stunden pro Tag. Derselbe Arbeitszeit ist für die Chauffeure angelegt sowie 42 M. Wochenlohn. Die Hofarbeiter erhalten 32 M. Lohn bei einer Arbeitszeit von 8½ Stunden innerhalb 10 Stunden. Die Bahn- und Kahnverlader erhalten einen Zuschlag von 3 M. pro Woche, die Nachtarbeit beträgt 8 Stunden netto. Die Flaschenbierarbeiter erhalten 30 M. bei einer Arbeitszeit von 8 Stunden innerhalb 10 Stunden. — Weiter werden in dem Entwurf die Sonntagsarbeit und die Überstunden geregelt. Bestimmte Forderungen werden erhoben in bezug auf den Urlaub, hygienische Einrichtungen usw.

In der Diskussion wurden bei den einzelnen Positionen noch einige Verbesserungen gewünscht. Im allgemeinen aber gewannen die Arbeiten der Kommission Anerkennung, die Mitglieder waren mit dem Verlauf der Beratungen zufrieden. Als ich polemisierte gegen den Brauereiarbeiterverband, der mit den ringförmigen Brauereiarbeitern trafen, um sich Vorteile in bezug auf den Arbeitsnachweis zu sichern. Der Redner besprach dann den Ablauf der Tarifverträge in den Weidbier- und Malzbierbrauereien. Der Transportarbeiterverband entsalte eine reiche Tätigkeit, um die Wünsche der Arbeiter in bezug auf Einheitslohn in den Löhnen und Preisen zu erfüllen; er verlange aber auch die Unterstützung durch die Arbeiter, die unbedingt erforderlich sei, wenn die Organisation energisch etwas durchsetzen wolle.

## Die Aussperrung in Stettin und ihr Einfluß auf die Berliner Herrenkonfektion.

Eine zahlreich besuchte Versammlung der Herrenkonfektionsschneider Berlins beschäftigte sich am Sonntag im großen Saale der Brauerei Friedrichshain wiederum mit der Aussperrung in Stettin. Es war ein Vertreter des Schneiderverbandes, Schärtl, aus Stettin erschienen, der auf Grund eigener Erfahrung die Entwicklung und die Lage des Konfektionshandels, der auch für die Konfektionsschneider Berlins wie ganz Deutschlands von immer größerer Bedeutung wird. Ein Teil der Unternehmer, 8 Firmen, sagte sich nicht dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes, erklärte im Gegenteil, nicht an der Aussperrung teilnehmen und die Löhne mit dem Schneiderverband tariflich festlegen zu wollen. Da ging der Arbeitgeberverband mit derselben Prätalität, die den Arbeitern gegenüber angewandt wird, gegen jene Firmen vor und suchte ihnen durch Boykott mit Hilfe der Stoff- und Fatterlieferanten die Existenzmöglichkeit zu rauben. Zu einer großen Firma, Arensberg u. Kaufmann, kamen, gerade als die Vertreter des Schneiderverbandes dort zur Verhandlung anwesend waren, vier Herren, die im Auftrage des Arbeitgeberverbandes der Firma den Boykott anfingenden wollten. Der Firmeninhaber wies ihnen jedoch die Tür und zog es vor, sich mit den Arbeitern zu einigen. Diese Firma steht eben so kapitalkräftig und unabhängig da, daß ihr der Arbeitgeberverband samt seinen Lieferanten nichts mehr anhaben kann. Eine andere Firma, Karl Kaufmann, die erst ein Jahr besteht, fühlte sich jedoch veranlaßt, um dem ihr vom

Arbeitgeberverband angedrohten Ruin zu entgehen, ihre Unterschrift zu der Erklärung, daß sie nicht aussperrten und sich mit den Arbeitern einigen wolle, zurückzugeben. Sie hat die Vertreter des Schneiderverbandes, sie möchten sie ihres Wortbruchs wegen bei den Arbeitnehmern entschuldigen; sie habe, wenn sie existenzfähig bleiben wollte, nicht anders handeln können.

Die Aussperrung umfaßt nun seit letztem Sonnabend ungefähr 1700 Personen. Der Arbeitgeberverband soll, wie verlautet, beschloffen haben, wenn bis Weihnachten keine Einigung erzielt ist, die ganze Konfektionsarbeiterschaft auszusperrten. Auch ein Bericht im „Konfektionair“, wonach die „Niesenausperrung in der Stettiner Konfektion 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt“, deutet darauf hin, daß man eine weitere Ausdehnung des Kampfes plant. Es heißt darin, daß die Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie organisiert seien, alle Arbeit aus Stettin zurückweisen wollten, und daß der Kampf dadurch auch auf Berlin übergreifen werde. Es ist selbstverständlich, daß die hiesige Konfektionsarbeiterschaft keine Streikarbeit aus Stettin anfertigen will, denn sie hat gemeinsame Interessen mit den Aussperrten. Der Arbeitgeberverband sucht in Verächteln an die bürgerliche Presse die Meinung zu verbreiten, die Konfektionsschneider Stettins hätten 25 bis 30 Proz. Lohnhöhung verlangt und deswegen hätten die Arbeitgeber ausgesperrt. Wie aus den Ausführungen des Referenten deutlich genug hervorging, ist das nicht der Fall, sind es vielmehr Lohnkürzungen bis zu 80 Proz., die die Arbeitgeber der Arbeiterschaft durch die Aussperrung aufzwingen wollten, was zum Kampf geführt hat. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der gelobt wird, keine Streikarbeit zu verrichten und mit allen Mitteln für die Stärkung der Organisation einzutreten.

### Deutsches Reich.

#### Arbeitslosenzählung.

In der am Sonntag in Ludwigs-hafen durch das freie Gewerkschafts-kartell vorgenommenen Arbeitslosenzählung wurden 503 Arbeitslose und 300 Personen mit beschränkter Arbeitszeit gezählt. Die Stadtverwaltung hat zu den Kosten der Arbeitslosenzählung einen Beitrag von 150 M. geleistet. Ludwigs-hafen ist eine reine Arbeiterstadt und zählt über 60 000 Einwohner.

**Achtung, Schuhmacher!** Die Zuschneider und Stanger der Schuhfabrik B. Spich in Stuttgart sitzen in einer Lohnbewegung. Nachdem alle Versuche, auf die von den Arbeitern gestellten Forderungen irgendwelche Zugeständnisse zu erreichen, gescheitert waren und da die Firma versuchte, die Sache hinauszuzögern, reichten am 11. Dezember sämtliche Zuschneider und Stanger ihre Kündigung ein. Zugzug von Schuhmachern nach Stuttgart ist streng fernzuhalten.

**Zu der Wandweberei von Junker Nachf. in Nördh.** Geniken (Hild.) haben wegen Lohnminderungen 76 Weber die Kündigung eingereicht. Ebenfalls wegen Lohnminderungen haben die Weber der Firma W. u. Hoffmann in N.-Gläd. Bach gekündigt.

### Ausland.

#### Ausland französischer Geizer.

**Orlent, 13. Dezember.** Die Geizer von 23 Dampfmaschinen im hiesigen Hafen sind in den Aufstand getreten und verlangen Lohnaufbesserung sowie Kürzung der Arbeitszeit. Aufseherungen sind bisher nicht vorgekommen.

#### Aussperrung der römischen Tabakarbeiter.

**Rom, 9. Dezember 1909.** (Fig. Ver.) Die Direktion der staatlichen römischen Tabakfabrik hat diese seit fünf Tagen schließen lassen, um eine Protestaktion der Arbeiterinnen zu bestrafen, die zunächst auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen abzielte und sich in der Folge auch gegen das Vorgehen eines Beamten richtete. Die Arbeiterin glaubt, daß die Aussperrung vor allem den Zweck habe, ihre Organisation zu schwächen. Falls die Maßnahme noch länger aufrecht erhalten werden sollte, scheint ein Streik der über 600 Arbeiter umfassenden Fabrik wahrscheinlich. Die Abgeordneten Vissolati und Caetani haben heute mit dem Finanzminister über eine friedliche Beilegung verhandelt.

## Aus der Frauenbewegung.

**Armed Spähnen.** Der katholische Frauenbund Zweigverein Berlin hatte, wie die „Germania“ meldet, am 1. Dezember seine erste Mitgliederversammlung abgehalten und bei dieser Gelegenheit Stellung zu der Neuherung Professor Dr. Spähns über den katholischen Frauenbund genommen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die gleichzeitig als Telegramm an Sr. Eminenz Kardinal Kopp abgefaßt wurde. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ meldet, hat diese Resolution in der zweiten Mitgliederversammlung des katholischen Frauenbundes Zweigverein Breslau am 9. Dezember d. J. von der Vorsitzenden, Frau Geheimrat Körner, verlesen, allgemeine Begeisterung ausgelöst. Die Versammlung erklärte sich einstimmig bereit, die Resolution anzunehmen und betonte, daß auch der Zweigverein Breslau in unwandelbarer Treue zu seinem bischöflichen Oberhaupt hält und sich der Lehrautorität der katholischen Kirche voll und ganz unterordnet. — Nun ist Rom geteilt.

**Neue Mitglieder.** In Dramenburg wurden kürzlich, in einer Frauenversammlung, in der Genossin Fiey sprach, 40 Mitglieder für den Wahlverein gewonnen. Eine Versammlung in Potsdam, mit derselben Referentin, brachte dem Wahlverein 63 neue Mitglieder, vorwiegend Frauen.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Mittwoch, 15. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72, Vortrag: „Erziehung und Sozialismus“, Referent: Heinrich Schulz. Gäste willkommen.

**Sonntag, 9. Januar, 2. Konzert, 3¼ Uhr im „Choralion-Saal“, Pölkowstraße 4.** Programm: Serenade für Violine, Viola und Violoncello — W. A. Mozart. Lieder für Sopran — Franz Schubert. Nocturno C-Moll, Ballade „Für die Klavier“ — Frederic Chopin. Adagio und Allegro für Cello und Klavier, Lieder — Robert Schumann. Lieder — J. Brahms. Männer-Quartett. Mitwirkende: Frä. C. Chlhoff (Sopran), das Berliner Solisten-Quartett, die Herren: Kalweit, Heydenblut, Wert, Müller — Gesang, Herr D. Messa — Violine, Herr M. Loewenjohn — Violoncello, Mobier; Herr Z. Neftenberg.

Willetts a 50 Pf. sind zu haben im Verein, bei Frau Jordant, Pölkowstr. 43, Frau Klotzsch, Fichtestr. 1, Frau Kuliße, Frieckenstraße 102.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Massenmorde in der Türkei.

**Konstantinopel, 13. Dezember.** (W. T. B.) Dem „Tantim“ zufolge wurden gestern in Adana 25 Personen wegen Mitschuld an den Massakres hingerichtet.

### Verkehrsstörungen.

**Saloniki, 13. Dezember.** (W. T. B.) Durch den gestrigen Orkan und Wellenbruch sind zwei Eisenbahnbrücken über den Borsardraß, der festig angeschwollen ist, derart beschädigt worden, daß der Bahnverkehr mit Oesterreich-Ungarn seit gestern unterbrochen ist.

### Großfeuer in Chile.

**Santiago de Chile, 13. Dezember.** (W. T. B.) Eine Feuerbrunst hat das Handelsgeschäft von Valdivia vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich, der Brand ist noch nicht gelöscht.

Reichstag.

10. Sitzung. Montag, den 13. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Weichmann Hollweg, Dr. Deibitz, Wermuth, v. Schön, v. Heeringen, Kräfte.

Ein schleuniger Antrag des Abg. Fein v. Hertling u. Gen. (Z.) sowie ein schleuniger Antrag des Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) wegen Einsetzung eines gegen den Abg. Risch (Z.) beziehungsweise Stücken (Soz.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der gegenwärtigen Session wird debattelos angenommen.

Die Interpellation Dr. Abt u. Gen. (fr. Sp.), betreffend das Kalkifikat, erklärt auf die Anfrage des Präsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück, im Januar nach der Wiederannahme der Sitzungen beantwortet zu werden.

Es folgt die

Fortsetzung der ersten Beratung des Etats.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Von verschiedenen Seiten ist im Laufe der bisherigen Etatsdebatte auf Vorgänge in Elsaß-Lothringen hingewiesen worden, die in letzter Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben. Ich halte die politische Entwicklung in Elsaß-Lothringen und die Beurteilung ihres gegenwärtigen Standes für so wichtig, daß ich Sie um die Erlaubnis bitte, auch meine Anschauungen kurz darzulegen. Mein Mensch in Deutschland denkt daran, den Elsaß-Lothringern die pietätvolle Erinnerung an die Vergangenheit zu verwahren. Es kommt nur darauf an, wie sich diese Gefühle betätigen, damit weder im Inlande noch im Auslande eine Begriffsverwirrung Platz greift. Insbesondere geht es nicht an, die unter deutscher Herrschaft geborene Generation künstlich zu Trägern von Erinnerungen zu machen, die nicht die ihrigen sind (Sehr richtig!). Die einer vergangenen und verflochtenen Periode der elsass-lothringischen Geschichte angehörende. Die Parole, die man neuerdings immer häufiger und dringender hört: „Elsaß den Elsaßern“ hat etwas Verächtliches und etwas Verechtigtes, soweit sich darin der Gedanke kraftvoller Entwicklung des Landes auf der Grundlage der Stammeseigenart seiner Bewohner ausdrückt. Jeder Schritt auf dem Wege der Verwirklichung dieses Gedankens wird aber erschwert, wenn sich eine Agitation breitmacht, welche die ur- und ferndeutschen Elemente des Volkcharakters zu verflümmern und zum Absterben zu bringen sucht zugunsten einer künstlichen, weder durch ethnographische noch durch geschichtliche Beziehungen berechtigten Verwirklichung des Landes. (Lebhaftes Bravo.) Und je unerschütterlicher diese Bestrebungen sich ans Licht wagen, um so mehr schwindet die Reizung, die verfassungsmäßigen Wünsche der Elsaß-Lothringer zu erfüllen. Besonders erschwert würde die Lage werden, wenn Elsaß-Lothringer von rein deutscher Abstammung derartigen Bestrebungen nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern es als einen erlaubten, ich möchte sagen, als einen vornehmen Sport betrachten, in irgend einer Form mit diesen Bestrebungen zu kooperieren. (Beifall rechts.) Der Erfolg könnte nur sein, daß man die Schranke, die man künstlich zwischen Elsaß-Lothringern und Deutschland aufstern will, sich zugleich als Schranke zwischen Elsaß-Lothringern und die Autonomie stellt. Ich möchte aber auch davor warnen, daß man jedes Hervortreten elsass-lothringischer Wünsche als einen Akt der Auflehnung gegen den Reichsgedanken betrachtet. Das Festhalten der Elsaß-Lothringer an ihrer Eigenart ist etwas Verechtigtes, und es wird den inneren Frieden des Landes nur fördern und die bestehenden Gegensätze ausgleichen, wenn diese Eigenart auch von den Eingewanderten berücksichtigt und beachtet wird. (Sehr richtig! links.) Je mehr man sich daran gewöhnt, haben und drüben die Dinge umfassen und frei von chauvinistischen Uebertreibungen anzusehen, um so eher wird Elsaß-Lothringen aufhören, der Schauplatz nationaler Streitigkeiten zu sein, und um so eher wird es gelingen, den Weg dafür frei zu machen, daß sich Elsaß-Lothringen seinem Wunsch gemäß als ein wertvolles Glied der deutschen Staatenfamilie betätigt. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Schrader (fr. Sp.) (auf der Tribüne fast ganz unverständlich): In den Etat des Herrn Wermuth wird noch mancher Tropfen Wermuth fließen. (Heiterkeit.) Mit der Sparsamkeit muß endlich einmal Ernst gemacht werden. Wenn der Reichskanzler bei der Eröffnung des Reichstages nicht als Minister, sondern als Militär erscheint, so liegt das eben daran, daß diese Feier nicht als ein Akt des Reichstages, sondern als eine höfliche Festschlichtung gilt. Der Reichstag sollte hier im Hause eröffnet werden. (Bravo! links.)

Abg. Hans Ederer zu Putzig (L.): Wegen die Auehrung des Herrn Scheidemann: Ich kenne genug aus der preussischen Geschichte, um zu wissen, daß der Wortbruch sozusagen zu den erhabensten Traditionen der preussischen Könige gehört, lege ich im Namen meiner Freunde Verwahrung ein. (Bravo! rechts.) Ich halte es für schmachvoll, daß so etwas gesagt werden kann! (Lebhaftes Zustimmung rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich wünsche, daß Mittel und Wege gefunden werden könnten, um zu verhindern, daß derartige unsagbare Majestätsbeleidigungen — (Wiederholtes lautes Bravo! rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Jurufe: Geschichtliche Tatsachen! Historische Wahrheiten! Aufre von der Rechten: Hui! Gemeinheit!) Müssen Sie nicht, daß Sie damit etwas erreichen. Im Volke herrscht eine gerechte Empörung über Ihre Auehrung. (Lebhaftes Zustimmung rechts, Juruf bei den Sozialdemokraten: Ueber die Handlungen! Präsident Graf Stolberg erregt: Ich bitte um Ruhe!) Glauben Sie nicht, daß Sie damit erreichen, was Sie wollen. Was die preussischen Könige mit dem preussischen Volke verbindet (mit vibrierender Stimme), hat so tiefe Wurzeln, daß Ihr Terrorismus und Ihre Agitation es nicht herausreißen können. (Stürmischer Beifall rechts, Lachen und Juruf bei den Sozialdemokraten: Deshalb regen Sie sich dann so auf!) Das ist etwas, was über Sie einfach fortgehen wird! Studieren Sie die preussische Geschichte (Lachen bei den Sozialdemokraten), dann werden Sie daraus lernen, was das preussische Volk seinen Königen verdankt. Wenn Sie sie richtig studieren, so werden Sie finden, daß die Hunderttausende von Arbeitern, die Sie jetzt vertreten — leider nicht gut vertreten — (Sehr wahr! rechts, Lachen bei den Soz.), bei uns in Deutschland überhaupt nicht ihr Brot finden würden ohne die rastlose Tätigkeit der Hohenzollern! (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Das ist die große Wahrheit, die die Geschichte lehrt. Aber Geschichte ist für Sie etwas, was Sie mißachten. (Erneutes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen etwas Neues schaffen, aber all die Dinge, die geschichtlich geworden sind, davon wissen Sie nichts. (Juruf bei den Sozialdemokraten: Für Schnaps und Junker ist gesorgt worden.)

Einige Bemerkungen nun

zum preussischen Wahlrecht.

Ich bin erlaunt, daß die Agitation für seine Abänderung solche Dimensionen angenommen hat, nicht draußen im Lande, dort ist man mit dem bestehenden Wahlrecht zufrieden (Sehr richtig! rechts), aber in der Presse und in den Parteien hier. Ich in Volksversammlungen, auch außerhalb Preussens, über diese Frage verhandelt wird, ist eine Annohng. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bassermann behauptete, der ganze Mittelstand verlange eine Abänderung des preussischen Wahlrechts; aber das preussische Wahlrecht gibt gerade dem Mittelstand den entscheidenden Einfluß! Herr Biemer verlangte, daß die Minister Organe der Parlamente seien; das kann mir wie ein Wunsch aus alter, längst vergangener Zeit! Die Geschichte der romanischen Länder hat ja bewiesen, daß der Parlamentarismus demokratisierend wirkt. (Lachen links.) Außer der äußersten Linken wäre hier wohl auch keine Partei im Stande, parlamentarisch zu regieren; dazu fehlt uns

in jeder Partei die notwendige Disziplin und Einheitslichkeit der Anschauungen. Von allem was im Staate erreicht ist, will aber die Sozialdemokratie nichts wissen und daher ergibt sich zwischen ihrer Weltanschauung und der aller bürgerlichen Parteien eine unüberbrückbare Kluft. Würde die Sozialdemokratie einen entscheidenden Einfluß gewinnen, so würden wir am Rande, die deutsche Kultur zu verlieren. (Sehr richtig! rechts.) Widerspruch und Juruf bei den Sozialdemokraten.) Wo bliebe denn bei der Zukunft, die Sie schildern, die politische Freiheit? Auch nicht einen Tag, nicht eine Minute könnte sie unter Ihrer Herrschaft bestehen! (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, und möglich ist sie nur durch ein gemeinsames Frontmachen aller bürgerlichen Parteien. Ich bedauere und bewundere den Mut der Großblodpolitiker, welche die Geschichte, die Tradition und die Ziele ihrer Partei aus den Augen verlieren. Denn wie wollen sie nationale und wie wollen sie liberale Politik treiben zusammen mit der Sozialdemokratie? (Sehr wahr! rechts.) Herr Bassermann ist sehr vertrauensselig. Er meinte, die Sozialdemokraten würden, wenn sie mitarbeiten, aufhören, mit dem Revolutionsgedanken zu spielen. Gerade die Schilderung, daß die Sozialdemokraten gar nicht so schüchtern seien, hat zu ihrer Stärkung beigetragen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir Konservativen wollen den Fortschritt! (Große Heiterkeit und Jurufe links.) Nun, Herr Franz, ich denke doch, daß wir im letzten Jahrhundert etwas vorwärts gekommen sind! (Juruf bei den Soz.: Gegen Sie, immer nur gegen die Junker!) Also: wir wollen den Fortschritt, aber antwappend an das, was geschichtlich geworden ist. Wir wollen mit jedem zusammenarbeiten, der arbeiten will. Wir erkennen an, daß im Laufe des letzten Jahrhunderts der Liberalismus große Aufgaben erfüllt hat. Wir sind weit entfernt, ihn auszuschalten zu wollen, aber wir wollen gleichberechtigt sein. (Stürmisches Heiterkeit links.) Der Liberalismus ist der Foktor, mit dem wir arbeiten und das Erreichbare erreichen wollen. In den letzten Jahrzehnten haben Konservative und Liberale häufig zum Segen des Vaterlandes zusammengearbeitet. Mit Recht sagte der Reichskanzler, daß wir keine Parteiregierung hätten. (Widerpruch links.) Wenn Sie alles, was in den letzten Jahrzehnten in Deutschland an Fortschritten erreicht ist, einer konservativen Parteiregierung zuschreiben, so akzeptiere ich das. (Sehr gut! rechts.) Die Geschichte hat während der letzten Jahrzehnte Deutschland begnadet wie selten ein Volk. (Sehr richtig! rechts.) Es wäre undankbar, das nicht anzuerkennen. Wir sind in den Sattel gesetzt. Wir haben ein gutes Pferd, aber leider versehen wir teilweise noch recht schlecht zu reiten. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Franz (Soz.):

Das deutsche Volk ist über die Reithunst der herrschenden Klassen anderer Meinung als der Herr Vorredner; es sagt sich: Die herrschenden Klassen versehen zu reiten — auf dem deutschen Volk! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Hans Ederer zu Putzig hat es für notwendig gehalten, neben der Disziplinarbestrafung des Präsidenten noch eine besondere

Sitzungspolizei

für die konservative Partei in Anspruch zu nehmen. Er hat die paar kleinen bescheidenen Bemerkungen meines Freundes Scheidemann (Heiterkeit; Juruf rechts: Beischeiden?) hier angegriffen mit der ganzen Wucht einer hurropatriotischen Entschaltung. Ich begreife es sehr wohl, daß es dem Herrn Abgeordneten Hans Ederer zu Putzig unangenehm ist, wenn die brandenburgisch-preussische Geschichte hier im Hause behandelt wird, denn die Beziehungen des edlen Geschlechtes der Gans v. Putzig (Heiterkeit) zum Hause Hohenzollern waren nicht immer so freundlich wie heute. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Zeit der Duitow, als die Hohenzollern nach Brandenburg gekommen waren, da bestand die Reizung, den jungen Herrn Joachim von Hohenzollern aufzudrängen. Sie erinnern sich an den Spruch: „Joachim, Joachim, hilt Di, fangen wi Di, so hangen wi Di!“ Wollen Sie sich mal aus, wenn die Geschichtsauffassung, die Sie vertreten haben, die richtige wäre, dann hätten wir, wenn die Absicht Ihrer Vorfahren zur Tat geworden wäre, wenn Herr Joachim wirklich aufgehängt wäre, dann hätten wir nicht bloß nicht die ganze brandenburgisch-preussische Geschichte und das Deutsche Reich, wir hätten — scherzhaft zu denken — die ganze Siegesallee nicht bekommen! (Große Heiterkeit.) Ich glaube, daß die Herren Konservativen, die drüben im „Rheingold“ getagt haben, für ihre Schulpaten für die preussische Monarchie sich einen geschichtlichen „Triarier“ (römische Soldaten der Reitertruppe) hätten aussuchen können, als den Herrn Hans Ederer zu Putzig. (Heiterkeit.) Daß es überhaupt notwendig ist, immer wieder im Deutschen Reichstag Erörterungen zum Gang der preussischen Geschichte zu geben, daran sind nicht meine Parteifreunde schuld, sondern lediglich die

offizielle Geschichtsfälschung in den Schulen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre besser gewesen, wenn Herr Hans Ederer zu Putzig, statt zu schimpfen, sich daran gemacht hätte, einzelne konkrete Behauptungen meines Freundes Scheidemann zu widerlegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eins muß gesagt werden: Als der Herr Abg. v. Putzig mit so starkem Aufwand von Temperament und Stimme diese Salte berührt hat, ist es mir kalt über den Rücken gelaufen, ich habe mich gefragt: Was wollen die Junker zur Zeit? Denn die Erfahrung hat gezeigt: So oft sie die ganze Gleichmütlichkeit ihres Hurropatriotismus spielen lassen, so oft haben sie ein Attentat vor auf die Taten des deutschen Volkes! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat sich der Herr Abgeordnete v. Putzig in seinem Eifer auch dadurch zu helfen gesucht, daß er dem Hause und dem Volke gaulisch zu machen suchte vor dem

Zukunftstaat der Sozialdemokratie.

Dieses Kunststückchen wird bekanntlich immer dann angewendet, wenn die Herren Junker Grund haben, die Blide abzulenken von dem Gegenwartsstaat! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sowie! Freiheit wie in Ihrem Brausen wird es im Zukunftstaat immer noch geben. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen bei den Konservativen.) Herr Paul, schieß! Befreiheit wie Herr Professor Wagner bei Ihnen gehabt hat, wird es bei uns immer geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat sich Herr v. Putzig daran nicht genügen lassen, seine Triariergeschosse zum Ausdruck zu bringen, sondern er hat den weitergehenden Ehrgeiz gehabt und hat einen Ausblick geworfen mit rückwärtiger Kraft (Heiterkeit) auf die ganze preussische Geschichte und hat gemeint, die Junker wären immer für den Fortschritt gewesen, und er sei gern bereit, das Verdienst für seine Parteigenossen in Anspruch zu nehmen, daß, was Großes im letzten Jahrhundert geschaffen worden sei, von Jena an (Heiterkeit), auf ihr Konto zu legen sei. — Gegenüber den Geschichtskonstruktionen des Herrn Ederer zu Putzig will ich darauf verweisen, daß ein anderer Junker, allerdings kein Norddeutscher, der frühere Reichskanzler Fürst Hohenhausen, auf Grund seiner Erfahrungen zu der Ansicht gekommen ist, daß die preussischen Junker die ganze Herrlichkeit des Reiches am liebsten hergeben würden! (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist nachzulesen in seinen „Erinnerungen“. Ich bin überzeugt und mit mir der weitaus größte Teil des deutschen Volkes, daß in Deutschland niemals ein Fortschritt erreicht worden ist als im schärfsten Kampfe gegen die Junker. (Sehr richtig! links.) Wir sind überzeugt, daß der Fortschritt in Deutschland nur über die Niederdrückung der Junker gehen kann, und wir wollen sie niederdrücken! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was gestern drüben vorgegangen ist im „Rheingold“, die großen Worte, die schreden und nicht. Dies „Rhein-

gold“ Drama da drüben war hoffentlich nur der Anfang eines ganzen Dramas, das endigen wird mit einer Götterdämmerung. (Lebhaftes Bravo! links, Lachen rechts. Juruf bei den Sozialdemokraten: Das verstehen die nicht, das ist ihnen zu hoch!)

Der Herr Reichskanzler würde es mir gewiß abnehmen, wenn ich nicht auch ihm ein paar freundliche Worte widmen würde. (Heiterkeit.) Es ist eine merkwürdige Wandlung vorgegangen mit unserer Politik. Noch vor ganz kurzer Zeit mühten wir uns dagegen, wonden, daß die leitenden Männer der Regierung, die hohen und die allerhöchsten, zu viel geredet haben, heute beschweren wir uns umgekehrt darüber, daß wir

eine „nichts sagende“ Regierung

haben (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdem.), die nur durch reaktionäre Taten zu uns spricht. Diese Wendung hat etwas Komisches, aber zugleich einen sehr ernsten Hintergrund. In unserer Reichsverfassung ist zwar die Verantwortlichkeit des Kanzlers festgelegt, aber sie ist halbfabrikat: es ist nicht gesagt, wie die Verantwortung geltend gemacht werden soll. In der Praxis besteht die Verantwortung des einzigen Reichsministers, den wir haben, darin, daß er hier Rede und Antwort steht, über seine Taten und seine Absichten Auskunft gibt. Nun hat aber der Kanzler sich darauf beschränkt, auf unbehagliche, aber wichtige Fragen einfach zu schweigen. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik billigen wir ihm ja mildere Umstände zu. Wenn er sich dort noch als Beschränkt fühlt, so wollen wir ihn in dieser Selbstbeschränkung nicht hindern. Aber er hätte dann vielleicht besser getan, die Behandlung der ganzen auswärtigen Politik Herrn v. Schoen zu überlassen und hätte uns nicht Selbstverständlichkeiten zu erzählen brauchen, die für alle Zeiten und Völker passen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Grundzüge, die er vorgetragen hat über friedliche Bestimmung und Stetigkeit sind natürlich gut und schön und werden von jedem geteilt; aber darum dreht es sich nicht. Görne hat einmal gesagt: „Sowie die geizigen Leute Schätze anhäufen, aber das Geld nicht ausgeben, so häufen die reaktionären Regierungen gute Grundzüge an, ohne sie anzuwenden.“

Wenn wir von dem Reichskanzler Auskunft über die auswärtige Politik verlangen haben, so war damit nicht gemeint, daß wir Sensationen erwarteten, sondern wir wünschten bestimmte Erklärungen über wichtige Fragen der auswärtigen Politik des Reiches. Wir hätten gewünscht, daß uns gesagt wird, wann endlich die deutsche Regierung in Verbindung tritt mit dem erhabenen Kaiser des chinesischen Reiches, damit uns

Kiamtschan

abgenommen wird! Wann endlich China veranlaßt wird, auf Grund des Vertrages uns die Kapitalien heranzuzahlen, die wir dort überflüssigerweise angelegt haben. Es sind nun schon mehr als 110 Millionen, die wir jetzt sehr gut gebrauchen könnten, um für ein paar Jahre voraus Witwen- und Waisensicherung zu machen. Der Herr Reichskanzler hätte uns auch was erzählen können über die Garantien, die seinerzeit Fürst Wilow angeblich von einem Besuch bei seinem Herrn dem deutschen Volke zurückgebracht hat. Wir wissen nicht, ob diese Garantien fortwirkten in der Zeit seines Nachfolgers. Allerdings wäre der Herr Reichskanzler bei der Verantwortung dieser Anfrage genötigt gewesen, den Namen seines Vorgängers, des Fürsten Wilow einmal in den Mund zu nehmen. Das wird sich ja auf die Dauer nicht vermeiden lassen. (Heiterkeit.) Wir muten ihm nicht zu, daß er, wie es bei den französischen Akademikern Sitte ist, seinem Vorredner eine grobe Lobrede hält, aber eine klare Antwort in dieser Beziehung erwartet das deutsche Volk doch.

Ferner hätte auch Auskunft gegeben werden können über

die Staatsreisen,

die gemacht wurden. Wir hätten gern erfahren, ob auch im Ausland — wie innerhalb des Deutschen Reiches — bei Reisen des deutschen Kaisers Schnellzüge ausfallen, und ob auch im Ausland das treue Volk eingesperrt wird in die Wartesäle, wie es sonst nur bei Fahrten des Jaren von Rußland geschieht. — Auch über wichtige Fragen der inneren Politik haben wir Auskunft vernimmt. Ich hatte die Absicht, anzufragen über den

Stand der Unterstützungsauszahlung für die Tabakarbeiter.

In der Budgetkommission wurde heute die Erklärung abgegeben, daß die schweren Mißstände, die dort bestanden haben, beseitigt werden sollen. Es wurde mitgeteilt, daß bis Ende November 228 034 M. Unterstützungsgelder an Tabakarbeiter gezahlt worden sind, und daß

bis Ende Oktober schon 34 000 Besuche von arbeitslosen Tabakarbeitern eingetroffen

sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach dieser Erklärung will ich auf die Frage nicht weiter eingehen, sondern nur betonen, daß die schweren Mißstände, die wochenlang auf Tausenden von Arbeitern gelastet haben, früher beseitigt worden wären, wenn rechtzeitig die Gewerkschaftsvertreter gehört worden wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter wünschen wir klare Auskunft, wasum die Beschlüsse des Reichstages über

die Veteranenbeihilfen

nicht beachtet werden. Ich kann mir nicht denken, daß die offiziöse Erklärung ernst gemeint sei: Der Reichstag habe vergessen, das Datum in das Gesetz über das Inkrafttreten desselben hineinzusetzen. Ich würde das als

eine Verhöhnung der Veteranen

auffassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hätte das Recht gehabt, das Gesetz zu publizieren, dann wäre es innerhalb der gesetzlichen Frist von zwei Wochen in Kraft getreten. Nun sagt die Regierung, weil am Schluß des Textes nur steht: „Das Gesetz tritt am ... in Kraft“ — wegen dieses Schönheitsfehlers könnte sie das Gesetz nicht ausführen. Also: es ist besser, wenn die Veteranen die Armenunterstützungen in Anspruch nehmen müssen, als wenn die Regierung in Verdacht läme, die drei Punkte übersehen zu haben! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat auch geschwiegen, als von mehreren Rednern gezeigelt worden ist, daß

die Staatsbürgerrechte der Beamten

nicht beachtet werden. In dem Disziplinarartikel gegen den früheren Bürgermeister Schilling ist der Satz enthalten: „Die Beamten haben die Pflicht, alles zu vermeiden, was zu einer Schmälerung der Staatsautorität beitragen kann.“ Wenn dieser Satz angewendet werden sollte auf Reichskanzler und Gehilfen, dann würde nicht einer von ihnen auf seinem Platze bleiben. (Lachen rechts.) Denn durch nichts ist die Staatsautorität so schwer geschädigt worden als durch die Verläufe, die deutschen Beamten aus ihrer staatsbürgerlichen Stellung herunterdrücken zu einer rechtlosen Prätorianergarde des Absolutismus.

Vizepräsident Dr. Spahn klingelt und murrend etwas; wie es scheint, erteilt er einen Ordnungsruf.

Abg. Dr. Franz (fortfahrend): Der Reichskanzler hat es abgelehnt, einzugehen auf die Uniformbeschwerden des Herrn Abg. Biemer. Es ist gewiß bequem, eine solche Sache mit einer Handbewegung abzutun. Der Herr Reichskanzler hätte sich die Verantwortung abzugeben leicht machen können: er hätte sich in dieser Uniformfrage berufen können auf das erhabene Vorbild eines so großen Mannes wie des Herrn Professor v. Bienermann (Heiterkeit), der auch bei Denkmalsentwürfen Festreden gehalten hat mit Schärfe, Koppelsette und Degen. Aber die Sache liegt doch nicht so einfach; die Beschwerden hat doch einen guten Sinn. Millionen Bürger lassen sie recht ernst auf. Daß der deutsche Kanzler bei einem so wichtigen Staatsakt wie die Eröffnung des Reichstages in Uniform erscheint,

wird von diesen als ein Symbol dafür aufgefaßt, welche Macht bei uns der Militarismus hat. Ein Kollege des Herrn Reichsfinanzlers, der

### Ministerpräsident Jaffe in Danemark

hat die Uebernahme seines Amtes davon abhängig gemacht, daß er seinen schwarzen Rod, und zwar ohne Orden und ohne Ehrenzeichen, behalten dürfe. In Deutschland freilich machen bürgerliche Bankdirektoren die Uebernahme von hohen Ämtern davon abhängig, daß sie den Ehrenzeichen belommen. (Große Heiterkeit, in die auch Staatssekretär Dernburg einstimmt.) Wie es mit dem militärischen Rangverhältnis steht, will ich nicht untersuchen. Herr Wiemer möchte ich nur sagen: seine Beschwerde wäre vielleicht ernster behandelt worden, wenn der Herr Reichsfinanzler nicht daran gedacht hätte, daß in der Kaiserzeit des Blocks sich auch freimüthige Knospfächer schamlos geöffnet haben. (Stürmische Heiterkeit.) Ich freue mich aber, daß Herr Wiemer den Vorzug zur Verbesserung gezeigt hat, und hoffe, daß er bei der nächsten Gelegenheit beweisen wird, daß die Herren Freimüthigen mit und zusammen durch die Tat protestieren werden gegen den höflichen Prunk: Bleiben Sie mit uns weg bei der nächsten Eröffnung des Reichstags! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit rechts.)

Der Reichsfinanzler hat geschwiegen auf alle diese Fragen. Nur einmal hat er gesprochen, und zwar zum Lobe des Hohenzollernhauses. Nicht verteidigt aber hat er den Lebenden König von Preußen gegen die beschimpfenden Zumutungen: daß er das in der Thronrede feierlich gegebene Versprechen nicht halten soll! (Sehr gut! links.) Der Reichsfinanzler hat sich da hinter der „Kompetenzfrage“ verhalten. Es macht einen armseligen Eindruck, wenn man das in einer so großen Sache tut. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darüber besteht heute kein Zweifel mehr, daß die innere Einheit des Deutschen Reiches in Frage gestellt ist, wenn auf die Dauer im Norden die Massen des Volkes entrechtet bleiben, während sie im Süden mitarbeiten am Staate. Und dem Schweigen des Reichsfinanzlers wird das preussische Volk feine Schläffe ziehen. Es wird sich sagen: Es ist gekommen, wie wir es gedacht haben. Wieder einmal war der Wille der Junker stärker als der Wille des Königs. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Schema scheint ja auch schon bereitgestellt zu sein, nach dem die verantwortlichen Männer die Sache dem König mündig gemacht werden werden. Denken Sie an das Geschickliche von Louis XIV. und Voltaire: Ludwig XIV. hatte ein Gedicht gemacht, wie bei Königen meist: ein Ich Leides Gedicht! (Heiterkeit.) Und Voltaire hat es zur Beurteilung gebracht. Und Voltaire sagte: „W. Majestät ist doch nichts unmöglich! Majestät wollten ein schlechtes Gedicht machen, und Majestät ist das glänzend gelungen!“ (Große Heiterkeit.) So wird der Reichsfinanzler im Auftrage der Herren vom „Mehrgold“ (Heiterkeit) zum König beim Preußen kommen, wird über seine Meinung zur Thronrede befragt werden und wird sagen: „W. Majestät ist doch nichts unmöglich. Majestät wollten durch die Thronrede beweisen, daß in Preußen der Wille der Junker stärker ist, als der Wille des Königs, und Majestät ist dies glänzend gelungen.“ (Bravo! links. Heiterkeit.)

Der Reichsfinanzler hat statt einer klaren offenen Antwort über seine Zukunftspläne uns, wie früher schon einmal, nebelhafte Worte gesprochen, er hat von einem „Zwang zum Schaffen“ gesprochen. Da müssen wir fragen: Wer zwingt, und für wen wird geschaffen? Die Antwort lautet: Unter dem Zwang der Junker (Schaffen die Bürokraten für die Junker!) (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da der Reichsfinanzler seine Absichten in Reisel verbirgt, sind wir gezwungen, so gut es geht, seine Absichten zu erraten. Da er früher einmal das Drängen des preussischen Volkes um ein anständiges Wahlrecht beantwortet hat durch den Hinweis auf Kant, so dürfen wir vielleicht annehmen, daß er heute noch seine politischen Entschlüsse auf Grund seines Kant-Studiums faßt. Ich habe ihn im Verdacht, daß er bis jetzt seine Entschlüsse aufgebaut hat auf folgenden Satz seines Meisters Kant: „Die sogenannten gemäßigten Verfassungen bezwecken nur, die Willkür unter dem Schein einer dem Volke vermittelten Opposition zu bemaßeln.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Reichsfinanzler ist, wie so oft schon, der Abg. Freiherr v. Camp zu Hilfe geeilt. Er hat uns vorgeworfen, wir seien gefährlich, und er hat uns hingewiesen auf das englische Beispiel, auf die englischen Arbeiter, die viel geduldsamer seien und es noch nicht so weit gebracht hätten, wie die deutschen. Ich darf vielleicht daran erinnern, daß der zehnjährige Arbeitstag für die Frauen — der bei uns am 1. Januar eingeführt wird — in England bereits im Jahre 1860, also vor 40 Jahren, Gesetz geworden ist! Die deutschen Arbeiter wären auch bereit, sofort zu tauschen mit dem Alters- und Pensionsgesetz der englischen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In den vier Jahren hat der deutsche Kaiser eine sehr dankenswerte Rede gehalten gegen die vielen landwirtschaftlichen Unfälle, denen Arbeiterinnen zum Opfer fallen. Das Reichsversicherungsamt hatte daraufhin Unfallversicherungsmaßnahmen ausgearbeitet, um diesem lächerlichen Wunsch nachzukommen. Darauf hielt Herr v. Camp — damals noch nicht Reichsminister — eine große Rede gegen diese Unfallversicherungsmaßnahmen, obwohl die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht davon abhängt, daß jedes Jahr ein paar Tausend Arbeiterinnen der Unvorsichtigkeit und dem Mangel an Unfallversicherungsmaßnahmen zum Opfer fallen. Der Abg. Scheidemann hat auch nicht getadelt, daß die Interessenverbände in die Politik eingreifen. Wir möchten nur, daß das mit offenerm Blicke geschähe. Wenn sie Gelder aufbringen, dann sollen sie sich auch konstituieren als Partei des Stahlwerksverbandes oder als Partei der Eisenfelder Handwerker; dagegen hat kein Mensch etwas. Das gäbe vielmehr eine wünschenswerte Klärung.

Es ist merkwürdig, wie einseitig und gleichzeitig im Norden und Süden bei den Konservativen und im Zentrum der Ruf nach Regierungshilfe erschallt, man glaubt fast nicht mehr an einen Ruf. Wenn sie schon eine gemeinsame Organisation hätten, so würde ich sagen, die Sache ist von dieser gemeinsamen Zentrale ausgegangen. Bis heute aber haben sie, glaube ich, als einzige gemeinsame politische Organisation die — Spirituszentrale! (Sehr gut! und große Heiterkeit. Enttäuschte Juristen rechts.) Wenn ich Ihnen Unrecht getan habe und sie keine Politik treibt, so ist mir das recht; denn es wäre auch schlimm, wenn Herr Reich der spiritus rector der deutschen Politik wäre. (Heiterkeit.)

Es ist recht traurig, daß die liberalen Parteien so bescheiden sind. Wir Sozialdemokraten verlangen von Ihnen gar nichts. Wir machen unsere sozialistische Politik selber, von Ihnen wünschen wir doch nur, daß Sie liberale Politik machen, daß Sie das Reichstagswahlrecht auch für Preußen fordern (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), daß Sie eine Neueinteilung der Wahlkreise fordern, daß Sie eine Sicherstellung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Beamten verlangen, daß Sie der verfassungswidrigen Bevorzugung der Junker ein Ende machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Lassaule eilt den Arbeitern zu- gerufen hat, ihr Unglück sei ihre verdammte Bedürfnislosigkeit, so möchte man den Liberalen zurufen: Ihr Unglück ist ihre

### Verdammte politische Bedürfnislosigkeit!

Wenn Sie mehr Mut hätten, wenn Sie mehr Willen zur Macht hätten, so wären Sie schon lange über die Sozialdemokraten hinweg- vollzogen auf die Ministerstühle, aber Sie sind nicht gelukkig genug dazu. Nur ein Mitglied ist bei Ihnen zu gelukkig: das Kadgrat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach den letzten Reichstagswahlen hat hier ein Abgeordneter der Zentrumspartei eine Rede gehalten, in der er den Nationalliberalen verwies, daß man seiner Partei einen Vornamen darauf mache, wenn sie sich in der Stichwahl mit der Sozialdemokratie verbünde. Aus der grundsätzlichen Verschiedenheit des Programms — sagte er — folgt nicht die Verpflichtung, in jedem Falle, wo ein Sozialdemokrat mit einem Mitglied einer anderen Partei in Stichwahl steht, für den letzteren einzutreten. Gegenüber dem Härtigen Willow hat er sich auf die Meinung des Deutschen Kaisers berufen, welcher sagte: „Wie man siegt, ist gleichgültig, wenn nur gefestigt wird!“

Kuherdem zitierte er auch aus dem „Offshore romano“: „Kein Katholik kann einem Sozialdemokraten die Stimme geben, mit einer einzigen Ausnahme: wenn es sich darum handelt, den glaubensfeindlichen, in der Maße verhästlichen Liberalismus zu beseitigen. Da ist dem verdeten Feind der offene Feind vorzuziehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird Sie interessieren, zu hören, daß der Zentrumredner von 1907 der — Abg. Gröber war! (Große Heiterkeit links.) Herr Gröber scheint ein merkwürdiges Arbeitszimmer zu haben: einen

### Schreibtisch mit zwei Schubladen:

eine für und eine gegen die Sozialdemokratie. Wenn ich jetzt größer wäre als ich bin (Heiterkeit), so würde ich vielleicht auch von einem Stück politischer Henschelerei sprechen können (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), aber ich konstatiere nur, daß der Abgeordnete Gröber der veränderten politischen Situation seine Ueberzeugung prompt angepaßt hat. (Sehr gut! links.) Das Zentrum ist jetzt vornehm geworden und will sich an hohen Stellen als Damm und Wall gegen die anstürmende rote Flut anstellen. Ich glaube nicht, daß Sie gute Geschäfte damit machen werden, denn Ihre bisherigen Erfolge seit dem letzten Schluß des Reichstages sind nicht vertrauensverdienend, und die Stellen, bei denen Sie sich in Empfehlung bringen wollen, wissen auch, daß das Zentrum bei den Nachwahlen Zehntausende von Stimmen verloren hat und es hat die größte Bedeutung, daß die Wahlen in Baden die erste große Niederlage des Zentrums in Deutschland sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weil Sie wissen, daß die Reichs- und Provinzialparlamentarier kommen, deshalb machen Sie jetzt den Frontalangriff gegen die Sozialdemokraten. Weil die arbeitslosen Tabakarbeiter an Sie die Frage richten: Warum haben die Zentrumsabgeordneten für die Tabaksteuer gestimmt und gegen die Urbanfallsteuer? Weil die kleinen Bauern und Handwerker sich sagen: Wir sind vor den Wagen des Zentrums gespannt worden, deshalb Ihre Erbitterung und Ihr Angriff gegen die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gröber hat eine Wahlrede gehalten. (Lachen im Zentrum.) Sie dürfen nicht denken, daß es draußen Eindruck machen wird, wenn Sie sagen: die Sozialdemokraten können uns in der Steuerfrage nicht kommen, denn sie haben ja nicht gewagt, wie sie in der dritten Lesung stimmen werden. In der zweiten Lesung haben wir einmütig für die Urbanfallsteuer gestimmt und offen und loyal erklärt, daß wir noch nicht wissen, wie wir in der dritten Lesung stimmen werden. Wenn Sie aber so neugierig darauf waren, warum haben Sie dem dann nicht der Vorlage zur dritten Lesung verholten? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Geradezu sinnlos war der Vorwurf, daß unsere verehrten Führer Singer und Debel vor der Fraktionsabstimmung über die Urbanfallsteuer verschiedener Meinung gewesen seien. Kennt Herr Gröber in seiner Fraktion keinen Abgeordneten, der für die Urbanfallsteuer war und gegen sie stimmen mußte? Wenn Sie es überhaupt merkwürdig finden, daß in einer so großen Partei wie der unsigen Abgeordnete verschiedener Meinung sein können, so wenden Sie sich nur an die Herren Heim und Pöcher!

Aus Verzweiflung über die Wahlerfolge der Sozialdemokratie hat Herr Gröber den Versuch gemacht, in merkwürdiger

### Geistesverwandtschaft mit dem Herrn Grafen Edlen zu Puttk

unserer Gegenwartspolitik bestimmen zu lassen durch die Ansicht vor dem Zukunftsstaat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es sind da Wesirer der Vergangenheit durch den Saal gegangen. Unser verehrter Führer Debel hat daran denken müssen, wie nach dem Fall des Sozialistengesetzes der Kampf mit geistigen Waffen losgehen sollte und wie sich die Zukunftsstaatsdebatte entspannen, in der ein Parteigenosse des Herrn Gröber sich den Namen des Gleichmieders erwarb. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es hat seltsam angemutet, daß ein so erfahrener Politiker wie Herr Gröber sich verwundert strikte, als er von unserem Endziel hörte. Hat er denn alle die Zeit über geschlafen und weiß er nichts von den Millionen von Flugblättern und Flugchriften, in denen wir

### unser Endziel

propagieren! Wir haben keine Veranlassung, es zu verschleiern, heute weniger als je! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Von Tag zu Tag wächst die Zahl der Leute, die froh wären, von der Misere des Junkerstaates erlöst zu werden, in einem Staate, der nicht aufgebaut ist auf Unrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gröber sagte, unser Endziel bestehe in der Expropriation. Ich will ihn nicht auf unsere Schriften verweisen, sondern auf den Freiherrn v. Hertling, der doch gewiß kein Revolutionär ist. Herr v. Hertling hat anerkannt, daß besser als ein drückendes Privatmonopol ein Staatsmonopol ist, und das sagte er gegenüber dem heutigen Junker- und Klassenstaat. Wie viel mehr noch würde es gelten bei einem Staatsmonopol in einem demokratischen Staate! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn vor Zeiten das Reich die Hand auf die Bergwerke gelegt hätte, wäre das so schlimm gewesen? Wir hätten dann freilich nicht den Kampf um die Reichsfinanzreform gehabt, aber auch nicht das traurige Schauspiel, daß

### die deutsche Volkswirtschaft unter der Diktatur einer Handvoll Bergherren

steht, und auch nicht das traurige Schauspiel, daß das Schickel von 800 000 Bergleuten in der Hand dieser Herren liegt? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn übrigens die Kartelle und Ringe sich so schnell entwickeln, wer ist daran Schuld als unsere Wirtschafts- und Steuerpolitik! (Sehr richtig! links.) Herr Gröber selbst hat anerkannt, daß unter Umständen die Expropriation der Großbetriebe auch ihm nicht unangenehm sei! Sie sehen, welche Verheerung der sozialistische Gedanke selbst in Ihren Reihen anrichtet hat. (Sehr gut! h. d. Soz.) Er meinte aber, für die Kleinbürger und Bauern sei der Gedanke gefährlich. Aber diese sind durch Ihre Steuerpolitik so gedrückt, daß die volkswirtschaftlich Selbständigen, deren Zahl immer geringer wird, froh wären, wenn sie expropriert würden! Was das die kleinen Bauern betrifft, so weiß ich so belesener Mann wie Herr Gröber doch sicherlich, daß im Erfurter Programm und seinen Erläuterungen von Kantelch ausdrücklich gesagt ist, daß wir nicht daran denken, die kleinen Bauern zu expropriieren. Aber das stört Herrn Gröber nicht. Möge er doch mit uns Anträge unter- stützen, welche die Bindung des Bodens durch Rabelkommissionen aufheben! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir diesen Boden unter Bauern verteilen, so könnten wir Hunderttausende häuerlicher Betriebe schaffen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann noch etwas: Bekanntlich ist die Reichsfinanzreform zu- stande gekommen vor allem dadurch, daß auf die Wünsche der Schnapspatrioten alle bedenkliche Rücksicht genommen worden ist. Die ganze Liebesgabengesetzgebung hat nur das Ziel und die Wirkung, die großen Brennereigüter zu erhalten. Da bietet sich Herrn Gröber ein Feld praktischer, positiver Arbeit für die deutschen Bauern, und ich wünsche Ihnen viel Glück dazu! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Abg. Gröber erkannt gewesen ist, als er von unserem Endziel hat sprechen hören, so möchten wir nur wünschen, daß genau so oft und genau so offen wie wir von unserem Endziel sprechen, die Herren vom Zentrum über ihr Endziel sich ansprechen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber gerade Sie haben in Ihrer Agitation vielfach zu verbergen gesucht, was eines Ihrer wichtigsten Endziele ist: die Auslieferung der Schule an die Kirche! Sie sagen sich: wenn das Kind vom sechsten Lebensjahre an acht Jahre hindurch in der Schule immer und immer wieder die konfessionellen Gegensätze eingeämbert bekommt und wenn es dann hinaustritt ins Leben und in die Welt- stadt und die Fabrik, daß es dann leichter sein wird, die so vorbereiteten Menschen für die konfessionellen Gewerkschaften zu gewinnen. Das ist die Hauptquelle, der die kirchliche gewerkschaftsbewegung entflammt. Unsere Haltung will niemanden in seinem Glauben kränken. Wir sind so wenig wie früher Kulturkämpfer. Aber aus der Rede des Herrn Gröber hat die Sehnsucht nach einem Kulturkampf sehr deutlich herausgeklungen. (Sehr richtig! links.)

für uns bleibt nach wie vor unser Programm bestehen: wir wollen, daß die Religion eine wirkliche Privatangelegenheit wird, und wir kämpfen dagegen, daß sie zu einer politischen Geschäftsjache wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sagen allerdings auch in Zukunft den Massen, was das Zentrum ist.

Wir halten das Zentrum für

### eine politisch konservative Junkerpartei unter clerikaler Führung.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die internationale Solidarität des Klerikalismus wird von keiner klerikalen Partei der Welt so treu gehalten wie vom deutschen Zentrum. Es hat zur Zeit der Dreifus-Affäre Partei genommen für den französischen Kriegsgewinn, und es hat bei der Affäre Ferrer Partei genommen für das Urteil eines spanischen Standgerichts. Der Abg. Gröber hat bei der Erörterung dessen, was er den „Ferrer-Rummel“ nannte, etwas gesagt, was sich hören läßt. Er hat gesagt, es sei nicht richtig, wenn die Liberalen, die Intellektuellen wegen dieses einen Mannes solchen Lärm machen und wenn sie schweigen bei Beamtenmahnregelungen in Deutschland, wie sie jetzt in Kattowitz vorgekommen sind. Ich gebe ihm darin recht. Wir Sozialdemokraten haben das schon wiederholt betont. Wir haben hervorgehoben, daß auch gegenüber den Mahnregelungen von Arbeitern, gegenüber manchen unbegrifflichen deutschen Urteilen, gegenüber den Breuella des Militarismus, gegenüber den Einperrungen von Hunderten und Tausenden von Freiheitskämpfern und gegenüber den zahlreichen Hinrichtungen in Russland die deutsche Intelligenz sich hätte hören lassen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also, Herr Gröber: Sie haben darin recht. Aber Sie haben nicht das moralische Recht, sich über die Mahnregelungen der Beamten und Lehrer in Kattowitz zu entziehen, weil diese Beamtenmahnregelungen nur

### die notwendige Konsequenz der Junkerherrschaft in Preußen

sind, deren treueste Stütze das Zentrum ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist von Abg. Gröber dann auch der Versuch gemacht worden, den toten Ferrer als einen Sozialdemokraten hinzuzufügen. Herr Gröber weiß, daß Ferrer ein Gegner unserer Partei war. Doch wir machen unsere Stellungnahme gegenüber dem, was wir für Unrecht halten, nicht davon abhängig, daß ein Mann unserer Partei angehört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mein Freund Scheidemann hatte die Verpflichtung, zum Ausdruck zu bringen, daß Millionen von Deutschen im Fall des Herrn Ferrer an einen schweren und traurigen Justizmord glauben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen nicht, ob Ferrer ein Freidenker war oder ein Anarchist. Das wird sich hier auch nicht auflären lassen. Aber wenn er Anarchist gewesen ist, dann müssen wir es doch auch offen ansprechen, daß nach unserer Ueberzeugung der spanische Anarchismus direkt verurteilt ist durch den Klerikalismus! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In dem Lande, in dem es keine Schule gibt, im klerikalen Lande der Analphabeten, finden die Lehren der Verewerfung leicht Eingang. Der Abgeordnete Gröber hat zum Fall Ferrer Einzelheiten vorgetragen, ja er hat mit einer Astenkenntnis gesprochen, um die mancher spanische Staatsanwalt ihn beneiden könnte. (Heiterkeit.) Woher er die Alten hat, weiß ich nicht. Ich sage nur, daß ich vor diesen veröffentlichten Akten des Kriegsgerichts denselben Respekt habe wie vor dem Kriegsgericht selbst. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Herr Gröber hat weiter ein Plakat vorgelesen, das angeblich in der Schule Ferrers vorgefunden worden ist. Ich kann und will nicht urteilen, wer das Plakat in die Schule hineingetragen hat und ob es überhaupt drin gewesen ist. Einer meiner älteren Parteigenossen hat mir aus der Provinz des Sozialistengesetzes erzählt, man habe, wenn Volkseidenscham kam, weniger darauf geschaut, was die Leute an Beweismitteln mitnahmen, als darauf, was sie mitbrachten! (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wer weiß, welcher Mann in Spanien die moralische Verantwortung für dieses Plakat trägt? Eins muß ich sagen: Viel Respekt vor seiner Intelligenz hat es bei mir nicht erweckt. Das Plakat ist so plump gehalten, daß ich nicht glauben kann, Ferrer selbst habe es in die Schule gebracht. Ohne irgend welchen ersichtlichen Grund hat Herr Gröber schließlich den Charakter und das Privatleben des erschossenen Ferrer hier herabzuziehen versucht. Für uns Sozialdemokraten ist die Entscheidung darüber, ob Herr Ferrer unrecht geschieden ist oder nicht, ganz unabhängig davon, wie sein Charakter, sein Privatleben und seine Gesinnung gewesen ist. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir wagen nicht zu richten. Gegenüber diesen Ausführungen des Herrn Gröber will ich nur das eine sagen: Wenn hier im Hause über tot gefürstet etwas gesagt wird, dann kommt der Präsident und tuft den Nebener zur Ordnung. Wenn ich über den erschossenen Ferrer, über einen Mann, der mit seinem Glute seine Ueberzeugung befestigt hat, mich hier so ausgeprochen hätte wie der Abg. Gröber, dann würde nicht der Präsident, wohl aber mein Bewissen mich zur Ordnung rufen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Sozialdemokratie wird sich von ihrem politischen und wirtschaftlichen Kampffeld niemals abdrängen lassen zu der Waffenstreckerei. Aber die Bekämpfung des Klerikalismus und des volkshenfeindlichen Zentrums werden wir noch mehr als bisher uns zur Pflicht machen müssen, nachdem immer deutlicher und unverhüllter der Charakter des Zentrums als einer herrschenden Junkerpartei zum Vorschein kommt.

30 Jahre dauert jetzt schon der Kampf der Agrarier gegen das deutsche Volk. Ich weiß nicht, ob es Ihnen (zum Zentrum) gelingen wird, auch fernerhin zusammen mit den Konservativen die Herrschaft aufrecht zu erhalten. Das Volk drängt aber darauf, daß endlich den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen die dazu gehörige politische Form gegeben wird. Das deutsche Volk, das immer mehr ein industrielles Volk wird, läßt sich auf die Dauer nicht von Agrariern und Junkern regieren. Ich glaube und hoffe, daß der Abgeordnete Gröber seine politische Geschichte und Chronik ergänzen muß. Er hat mit so großen und vielen Lettern das Jahr 1879 darin vermerkt. Ich glaube, er sollte beim Jahre 1909 einen neuen Vermerk machen. Er sollte schreiben: Im Jahre 1909 beginnt der Niedergang der klerikal-konservativen Herrschaft in Deutschland, unter der das Volk 30 Jahre gelitten hat. Wenn Herr Gröber sich von Ihnen verabschiedet hat mit dem jübolen Worte: „Adieu, meine Herren!“ dann wird das deutsche Volk den Klerikalen und Konservativen, nicht als Abschiedswort und nicht jübol gemeint, sondern als Kampfesgruß zu- rufen: Jetzt, meine Herren, adieu! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lehrenbach (Z.): Bei der Rede des Vorredners habe ich wiederholt an frühere Reden des Abg. Debel denken müssen. Das war das Donner und Blitz, es hat oft auch eingeschlagen, und manche junge Saat ist zertrübt worden. Aber ab und zu ist auch eine recht wohltätige Lustreinigung überig geblieben. (Bravo! im Zentrum.) Die Vereinfachung des Abg. Frank aber wächst in einer dumpfen Augustnacht, wo schwerwiegende Gerüche niedersteigen. (Heiterkeit.) Die Rede war weiter nichts als eine solche Zusammenstellung von Vorbehalten, die ich der Ehre einer eingehenden Erörterung nicht reichhaltig werden lassen will. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Herr Frank hat Gröber zitiert. Ich bin immer dagegen aufgetreten, wenn das Zentrum für einen Sozialdemokraten gestimmt hat. Wie aber heute die Entscheidung geht, weiß ich wirklich keinen großen Unterschied mehr zwischen einem Sozialdemokraten und gewissen Jungliberalen. (Hört! hört! und lebhaft Zustimmung im Zentrum.) Im Schlußmachen der Reichsfinanzreform haben übrigens die Nationalliberalen den Sozialdemokraten den Rang noch abgelassen an Unwahrheiten, Verdrehungen, Verbeugungen. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich habe das Gefühl, daß Herr Debel aus seiner Erörterung heraus mehr Bedauern hat gegen diese Kooperation der Sozialdemokratie mit den Nationalliberalen als der jugendliche Politiker Herr Frank. Aber das ist Ihre Sache, und es ist Ihnen so gelungen, in geradezu rasendem Tempo den Libera-

Wahns zu Ihren Anschauungen hinüberzugehen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Frank hat die Haltung der Zentrumsredner gegenüber den Konservativen auffallend gefunden. Der Selbständigkeits der Konservativen und des Zentrums will niemand Abbruch tun. Aber was heute nottut, ist ein Zusammenhalten der rechtsstehenden, konservativen, staatsbehaltenden Parteien. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.) Das wird keine Beschränkung der Freiheit sein. (Große Heiterkeit links.) Wir sind stets für die Freiheit eingetreten. (Erneutes stürmisches Gelächter links.)

Die Herrereffäre hätte Herr Gröber nicht hereinbezogen, wenn nicht Herr Scheidemann Herr Gröber auch heute noch zum Heros der Freiheit und zum Märtyrer seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung hätte stampeln wollen. Es ist bedauerlich, daß es nach allem, was von Herr Gröber gesagt ist, immer noch heute gibt, die einen Verbrecher als einen Heros hinstellen. (Große Unruhe links, stürmischer Beifall im Zentrum und rechts.) Sie kämpfen für diesen Mann aus Ihrer religiösen Überzeugung heraus, ich trete ein für gerechte Anerkennung eines Gerichtsurteils eines zivilisierten Volkes. (Gelächter links.) Die Art, wie der Herrereffäre in Versammlungen und in der Presse andenkend wird, auch heute noch, ist ein Wegweiser für uns, die staatsbehaltenden, konservativen Parteien. (Stürmischer, anhaltender Beifall im Zentrum und rechts.)

Württembergischer Ministerialrat Schlechtauf weist den Vorwurf des Abg. Gröber vom Sonnabend gegenüber der württembergischen Regierung zurück.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Interessant war die Rede des Herrn Heidenreich: Hand in Hand mit Herrn v. Heidenreich fordert er die Freiheit für das deutsche Volk — eine seine Freiheit! (Sehr gut! links.) Demokratische Freiheit fordert er in demselben Atemzuge, wo er sich den Konservativen an den Hals wirft! (Sehr wahr! links.) Das Zentrum braucht eben die harmlosen Herren auf der Rechten (Heiterkeit) zur Erfüllung seiner Absichten auf „kulturellem“ Gebiete. In der Zentrumspresse, vor allem auch in Flugblättern der Herren Erzberger und Müller-Fulda ist in bezug auf die Finanzreform eine ganz raffinierte Geschichtsklitterung getrieben worden.

Vizepräsident Erzberger zu Hohenzollern: Von Mitgliedern des Hauses bitte ich Sie so etwas nicht zu sagen. (Heiterkeit.)

Abg. Müller-Reinigen (fortfahrend): In einem anderen Teile der Zentrumspresse lautete es freilich anders. Wer hat die Finanzreform als roh und ungeschickt bezeichnet? — Herr Martin Spahn! (Hört! hört! links.) Wer hat von agrarischem Egoismus, von dem Streben des Zentrums, die Finanzreform politisch anzunehmen, von arroganter Unwissenheit des Zentrums in Steuerfragen gesprochen? Der Zentrumsmann Stadtpfarrer Feuerstein aus Donaueschingen! (Hört! hört! links, Lachen im Zentrum.) Und ein Zentrumsblatt war es, das über die Worte des Zentrums schrieb: „Die schwarzen Junker wollten um jeden Preis die Hofe wieder lieb und werden.“ (Hört! hört! links.) Von der Brauwahlbesetzung ist es jetzt im Zentrum ganz still geworden, während Herr Erzberger seinerzeit die Reform der Brauwahlbesetzung als Vorbedingung der Zustimmung des Zentrums zur Finanzreform hingestellt hatte! (Hört! hört! links.)

Herr Gröber hat uns auch die Wändnisse der Liberalen mit den Sozialdemokraten vorgeworfen. Er mußte dazu bis zum Jahre 1874 zurückgehen und in den 90er Jahren aufhören. Ueber die Wändnisse des Zentrums in Bayern mit den Sozialdemokraten sagte er nichts; dort haben sie bereits 1899 ein solches Wändnis geschlossen, und zwar nicht zur Erringung des gleichen, allgemeinen Wahlrechts, denn die Verfassung in Bayern betrachteten sie damals noch als unüberänderlich unter der Regenschaft. 1905 haben Sie das Wändnis erneuert und 1907 ebenfalls. Daraus sprechen Sie freilich nicht, denn es empfiehlt nicht für einen Anschlag nach rechts, wenn man ein Jahrzehnt lang mit der Sozialdemokratie durch die und dann gegangen ist. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) 1907 sind Sie ja mit der Sozialdemokratie geradezu eine Partei gewesen. (Schallende Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) In solchen Momenten erkennt selbst die konservative Presse an, daß das Zentrum eine politische Mißbildung ist zum Schaden des Volkes und Reiches. Sollen Sie (nach rechts) sich nur mit dieser Mißbildung zusammen, das Volk wird Ihnen seinerzeit die Leutung dafür geben! (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Erzberger (B.): Herr Müller-Reinigen hat uns Geschichtsklitterei vorgeworfen. Beweisen hat er das nicht. Herr Dr. Martin Spahn hat längst richtiggestellt, was ihm nachgelagt wird. — Wir verantworten, was wir getan haben, hier und draußen; die Brauwahlbesetzung ist reformiert und für das Gewerbe auf eine bessere Grundlage gestellt worden. (Widerpruch links.) Die kleinen Gewerbetreibenden in Süddeutschland haben mir das durchweg bestätigt. Den ganzen Sommer hindurch ist das deutsche Volk in unehrlicher Weise gegen die Mehrheit bei der Finanzreform aufgehetzt worden. Nicht ein Prozent dessen, was von der Finanzreform erzählt wurde, ist wahr. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wie kann man im Ernst die Behauptung aufstellen, die 9000 Junker bederrschen das ganze Volk? Sie haben mit den Konservativen kein Wändnis geschlossen; wenn aber der Liberalismus so weiter nach links rückt, daß bald kein Unterschied zwischen ihm und der Sozialdemokratie zu erkennen ist, so wird es dahin kommen.

Ueber Herr Gröber will ich nichts sagen; betonen will ich nur, daß Herr Gröber nicht seine Ueberzeugung mit Blut gefärbt hat, er ist wegen seiner Lüge bestraft; das liegt heute klar zutage. (Sehr richtig! im Zentrum, Widerspruch links.) Das Schaulwies liegt in Spanien keineswegs so im argen, wie Herr Frank behauptet hat; nur da sind in Spanien die Schulen nicht in genügender Anzahl vorhanden, wo der Radikalismus vorherrscht, ganz so wie bei uns in Berlin. (Widerpruch bei den Liberalen.) Der Liberalismus ist immer nur groß in Worten, nie in Taten! (Sehr richtig! im Zentrum.)

An der Kolonialpolitik werden wir gern mitarbeiten, wenn sie in vernünftiger Weise gestaltet wird. Dazu gehört vor allem eine bessere Regelung des Justizwesens in den Kolonien. Wirtschaftlich müssen die Kolonien dahin kommen, daß sie nicht nur zu den Kosten ihrer Zentralverwaltung beitragen, sondern auch zu den für sie notwendigen militärischen Ausgaben. (Bravo! im Zentrum.)

Damit schließt die Debatte. Es folgen

**Verständliche Bemerkungen.**

Abg. Scheidemann (Soz.): Herr Erzberger hat behauptet, ich hätte seinen Freunden Veranlassung gegeben zu ihren menschenfreundlichen Äußerungen über Herrn Gröber. Ich habe das nicht getan. Das wäre auch eine Dummheit gewesen, weil ich weiß, daß Herr Gröber ein entschiedener Gegner meiner Partei und der Arbeiterbewegung in Spanien überhaupst gewesen ist. Ich habe die neue Mehrheit des Reichstages gekündigt und in Anspielung auf eine frühere Rede des Reichstages eine Äußerung der Zentrumspresse über Herr Gröber zitiert, bezog sie auf „Regensburger Morgenblatt“, worin es heißt: „Doppelt und zehnfach hat er den Tod verdient! In Wahrheit ist er ein größerer Verbrecher als ein Mörder, der ein Dutzend Menschenleben auf dem Gewissen hat, denn er hat Ungeheures den Glauben aus dem Herzen gerissen!“ Ich habe also nicht Herr Gröber verhöhnt, sondern das Verhalten der Zentrumspresse gegeißelt und betont, daß heute mit einer solchen Weltanschauung zur Mehrheit des Herrn Reichstages gehören.

Herrn war Herr Hans Eder zu gutlich so freundlich, über mich zu sprechen, als ich nicht hier war. Es ist mir gleichgültig, was ein Mitglied einer Partei — (Lolche des Präsidenten) — ein Wort nur, es ist ganz persönlich. (Heiterkeit.) Der Herr gehört zu den Konservativen, die verlangen, daß der König von Preußen sein Wort bricht. (Vizepräsident Dr. Spahn: Das ist nicht persönlich.) Es kommt sofort. Er soll gesagt haben, daß meine Ausführungen schamlos oder so ähnlich gewesen seien — ich stelle fest, daß mir gleichgültig ist, was Herr Hans Eder zu gutlich sagt. Abg. Erzberger (B.): Herr Scheidemann hat also Herr Gröber nicht verhöhnt, sondern nur in Scham genommen. (Heiterkeit.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Sie billigen mir also mildernde Urtheile zu. (Heiterkeit.)

Der Etat geht in seinen Hauptteilen an die Budgetkommission. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Zweite Beratung des Nachtrags Etats 1909. Interpellation der Sozialdemokraten und des Zentrums über den Zehnererwerbssatz. Schluß um 7 1/2 Uhr.

**Parlamentarisches.**

Aus der Budgetkommission. Die Budgetkommission hielt am Montag ihre erste Sitzung ab; sie erledigte nach längerer Debatte den gesamten Nachtragsetat, aus welchem wir die Hauptziffern bereits mitgeteilt haben, mit der einzigen formellen Aenderung, daß der Posten zur Unterstützung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter für 1910 von 2 auf 2 1/2 Millionen Mark erhöht wurde. Nur formell ist diese Erhöhung um bedwillen, weil die Regierung, wenn diese 2 Millionen nicht ausgereicht hätten, das Recht gehabt hätte, darüber hinauszugehen, bis der gesamte Fonds aufgebraucht war.

Nach Mitteilung des Staatssekretärs Wermuth wurden vorausgibt: bis Ende November insgesamt 1 228 024 M., darunter auf Preußen 825 000 M., auf Baden 190 000 M., auf Sachsen 90 000 M., auf Hamburg 44 000 M., auf Hessen 28 000 M. und auf Bayern 21 000 M. — Unterstützungsgesuche waren eingegangen: Bis Ende Oktober insgesamt 34 000, davon allein 12 900 aus Westfalen!

Belanntlich müssen die Tabakimporteure für ihre Rechnungen über den im Ausland gekauften Tabak von den deutschen Konfularbehörden beglaubigen lassen, daß der darauf angegebene Preis auch der tatsächlichen Marktlage entspricht. Das geschieht, um Steuerhinterziehungen zu verhüten. Für die im Interesse des Reichsfiskus angestellten Bescheinigungen nun hat der Importeur die Gebühren zu zahlen! Auf Antrag Erzberger wurde beschlossen, den Reichsanwalt zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß die Beglaubigungen kostenfrei erfolgen.

Die nächste Sitzung der Kommission wird erst nach den Weihnachtstagen eintreten werden.

**Bergarbeiterlöhne im Ruhrbecken.**

Aus dem Ruhrbecken wird uns geschrieben:

Hat der von den rheinisch-westfälischen Grubenbesitzern geplante Arbeitsnachweis eine große Erbitterung unter den Ruhrbergarbeitern hervorgerufen, so auch nicht minder die elenden Lohnverhältnisse, wie sie zurzeit im Ruhrbecken herrschen. Seit Ende des Jahres 1907 ist es mit den Löhnen bergab gegangen. Und das in einem Tempo, wie kaum jemals vorher. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß infolge der fortgesetzten Lohnreduktionen und infolge der in den letzten Jahren eingetretenen Teuerung die Lebensverhältnisse der Ruhrbergarbeiter auf einen Stand gekommen sind, wo Unterernährung und größte Entbehrung in vielen Bergarbeiterfamilien sich breit machen muß. Darum auch das vielfache Verlangen der Bergarbeiter, mit der Frage der Beseitigung des einseitigen Arbeitsnachweises eine Lohnforderung an die Werksbesitzer zu verknüpfen. Der Drang nach einer Lohn-erhöhung ist um so stärker geworden, als augenblicklich Kohlenförderung und Kohlenverkauf außerordentlich in die Höhe geschwenkt sind.

Was den Kohlenabsatz anbelangt, ist von einer wirtschaftlichen Krise in den letzten beiden Monaten nichts mehr zu spüren. Wenn wir auch zugeben müssen, daß starker Winterbedarf und die Streikgefahr zu dieser Erhöhung des Kohlenabsatzes beigetragen haben, so zeigt die Stetigkeit des hohen Absatzes, ferner die starke Steigerung der Förderung in den übrigen preussischen Steinkohlenrevieren, daß der Kohlenbergbau angefangen hat, die Klippe der wirtschaftlichen Krise zu überwinden. Es geht wieder aufwärts! Auch das trägt dazu bei, die Lohnfrage in den Vordergrund zu drängen.

Im Monat Oktober dieses Jahres nahm die Förderung wie der Absatz einen starken Auftrieb, der sich weiter auch im Monat November steigerte. So betrug der Kohlenverkauf der Zechen, Kokerieien und Brückwerke vom 1.—30. November in 24 1/2 Arbeitstagen 504 588 Wagen, d. i. durchschnittlich auf den Arbeitstag 24 289 Wagen zu 10 Tonnen gegen 541 086 und auf den Arbeitstag 22 545 Wagen in demselben Zeitraum des Vorjahres. Soweit wir schon eine Uebersicht über den Monat Dezember haben, ist der Stand ein ähnlicher wie im Vormonat.

Wie aber steht es mit den Löhnen der Ruhrbergarbeiter? Der Durchschnittslohn für die eigentlichen wie der der gesamten Bergarbeiter hat sich nach der sechsten veröffentlichten amtlichen Statistik im 3. Quartal gegenüber dem 2. Quartal des Jahres um ganze 8 Pfennig pro Schicht gehoben! Im Vergleich zu vorhergegangenen Quartalen zeigen sich folgende Zahlen: Im letzten Quartal 1907, das wir als das letzte Quartal in der verflochtenen Hochkonjunktur im Bergbau bezeichnen können, betrug der Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter — also solche, die bei der Kohlen-gewinnung beteiligt sind — pro Schicht 6,14 M., der Durchschnittslohn für sämtliche Ruhrbergarbeiter 4,99 M. Die jetzt veröffentlichte amtliche Statistik zeigt nun folgende Lohnentwicklung:

	Gesamtbelegschaft	Lohnsummen	Schichtzahl	Schichtlohn
1. Viertel 1908	820 485	123 869 054 M.	78	4,87 M.
2. " " "	1909 820 478	116 520 257	75	4,82
3. " " "	1908 828 808	136 730 006	81	4,82
4. " " "	1908 835 858	119 768 687	75	4,76
1. " " "	1909 835 295	109 770 809	72	4,56
2. " " "	1909 825 210	106 838 242	74	4,45
3. " " "	1909 827 008	117 843 804	78	4,48

Hieraus ist die Gesamtbelegschaft gegen das Vorquartal um rund 1800 Köpfe gestiegen, der gesamte zur Auszahlung gelangte Lohn ging um 11 460 506 M. in die Höhe, da auf jeden Bergmann vier Schichten mehr kamen als im Vorquartal. Für die einzelnen Arbeiterklassen gestalteten sich die Lohnverhältnisse wie folgt:

	Eigentliche Bergarb. Hauer	Sonstige Arbeiter unterirdische über Tage	Jugendliche Arbeiter
1. Viertel 1908	5,94 M.	4,09 M.	3,80 M.
2. " " "	5,85	4,09	3,98
3. " " "	5,89	4,08	3,90
4. " " "	5,77	4,05	3,92
1. " " "	5,42	3,94	3,85
2. " " "	5,28	3,88	3,81
3. " " "	5,31 M.	3,98 M.	3,88 M.

Der Durchschnittslohn sank also seit dem 4. Quartal 1907 bis zum 2. Quartal 1909 für die eigentlichen Bergarbeiter um 86 Pfennig, für die gesamten Ruhrbergarbeiter um 54 Pfennig pro Schicht, um dann im 3. Quartal 1909 um ganze 3 Pfennig pro Schicht zu steigen!

Auf die einzelnen Bergreviere des Oberbergamtsbezirks Dortmund verteilt, betrug der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter in den Revieren Dortmund I 4,31 M., Dortmund II 4,41 M., Dortmund III 4,48 M., Ost-Essen 4,48 M., West-Essen 4,46 M., Süd-Essen 4,47 M., Nord-Bochum 4,52 M., Süd-Bochum 4,21 M., Markt, Gelsenkirchen 4,47 M., Witten 4,29 M., Wailenscheid 4,48 M., Ost-Redlinghausen 4,83 M., West-Redlinghausen 4,73 M., Werden 4,27 M., Herne 4,43 M., Hattingen 4,28 M., Gann 4,41 M., Duisburg 4,88 M., Oberhausen 4,58 M. Demnach stand der Durchschnittslohn am höchsten in West-Redlinghausen mit 4,73 M. und am niedrigsten in Bochum-Süd mit 4,21 M., d. i. 52 Pf. weniger. Die Lebensverhältnisse in den beiden Bezirken dürften aber nicht sehr voneinander abweichen.

Ob sich von nun ab die Löhne heben beginn, sich in aufsteigender Linie bewegen werden, bleibt abzuwarten. Die Steigung um 3 Pf. im letzten Quartal besagt nichts. Aus der oben angeführten Tabelle geht hervor, daß auch im vergangenen Jahre im gleichen Zeitraum die Löhne um etwas höher wurden, um dann tüchtig zu fallen.

Wie die Dinge heute liegen, kann man es also den Bergleuten nicht verdenken, wenn sie neben der Frage des Arbeitsnachweises sich auch mit der Lohnfrage beschäftigen. Die Grubenherren mögen rechtzeitig einlenken.

**Aus der Partei.**

Auch ein Sozialist.

In dem konservativen und jingoistischen Blatt „Daily Mail“ veröffentlicht Herr Clatford, der Herausgeber des „Clarion“, eine Art Reisebericht aus Deutschland, in dem sich allerdings phantastische Erzählungen über deutsche Weitererwerbssabhiaten finden. Die Artikel müssen den Eindruck erwecken, als hätte sich der Verfasser durch die Lesüre und die Erzählung alldeutscher Fabeln eine akute Bekleidungsfrage gezogen. Die „Daily Mail“ öffnen dem Unikum wohl nur die Spalten, weil das Eintreten Clatfords für Verstärkung der Land- und Seerüstungen natürlich der konservativen Wählern zugute kommt. Da aber auch deutsche bürgerliche Blätter das Geschreibsel gegen die Internationalität der Arbeiterpartei auszunutzen sich beifallen lassen könnten, möchten wir feststellen, daß Herr Clatford von jeder einen höchst konfuson Sozialismus auf eigene Faust betrieben und weder mit der Arbeiterpartei noch mit der Sozialdemokratie England etwas zu tun hat.

**Der Ausschluß Enrico Ferris aus der Partei?**

Rom, 13. Dezember. (Fig. Ber.) Da Ferris unlängst in einem auch von uns erwähnten Interview des „Secolo“ dem neuen Kabinett sein Wohlwollen zum Ausdruck gebracht hat, und sogar von der Unterstützung eines Ministeriums Sonnino-Betolo durch die Parteifraktion gesprochen hat, drückt das „Kaisler Tempo“ die Ueberzeugung aus, daß Ferris sich nachgerade ganz von der sozialistischen Partei und ihrer Parliamentsfraktion losgelöst hätte. Ueber diese Frage hat die reformistische Zeitung den Sekretär der Fraktion, Genossen Rogari, gehört, der meinte, daß Ferris Verhalten bei der nächsten Fraktionsitzung zur Sprache kommen würde. Die Fraktion könne nicht dulden, daß gleichsam in ihrem Namen individuelle Ansichten ausgesprochen würden. Es könnte sein, daß Ferris überhaupt davon abläße, an der Fraktionsitzung teilzunehmen, womit er seine Ablösung von der Partei auch formell zum Ausdruck bringen würde. — Uns scheint, daß viele Mitglieder der italienischen Parliamentsfraktion seit Jahren in ihren Interviews Dinge gesagt haben, die sie besser für sich behalten hätten. Man hat sich in der Beurteilung dieser Fälle stets der allergnädigsten Toleranz befleißigt. Warum sollte man auf einmal so puritanisch werden, weil es diesmal Ferris ist, dem die Zunge austritt?

**Sum preussischen Parteitag.**

In Düsseldorf wurde Genosse Westkamp delegiert.

Vom Fortschritt der Parteipresse. Vom 1. April 1910 ab soll die „Dressener Volkszeitung“, die jetzt in der Parteipresse gedruckt wird und ihren politischen Teil mit der „Dressener Volkszeitung“ gemein hat, in eigener Druckerei zu Dreßden gedruckt werden. Am 1. Februar soll die Redaktion, die jetzt der Genosse Taubadel allein führt, durch den Genossen Paul Döhne-Taubadel verstärkt werden. Genosse Döhne, von Beruf Drechsler, war bisher schon Mitarbeiter der „Volkszeitung“.

**Unsere Toten.**

Brüssel, 12. Dezember. (Fig. Ber.) Western ist in Seraing der Rüttcher Deputierte Paul Smeets an den Folgen einer Halsoperation gestorben. Er war ehemals Metallarbeiter und spielte im Rüttcher Industriegebiet als Führer der Arbeiterbewegung eine entscheidende Rolle. Im Parlament, dem er seit 1894 angehört, war er eine der markantesten Erscheinungen unter den Arbeitervertretern, sowohl seinem charakteristischen Sprechern nach als auch in bezug auf sein prinzipielles Temperament. Selbstverständlich waren auch ihm politische Verfolgungen nicht erspart geblieben. Smeets wurde 52 Jahre alt. Die Partei verliert in ihm einen treuen Kämpfer und originellen Kopf, die Arbeiter Rüttcher einen energiegelassen und ergebenden Anwalt.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Ein Verhörsprotokoll.**

Am letzten Sonnabend wurde vor dem Schöffengericht Stuttgart eine Verleumdungsklage des Obermeisters der Stuttgarter Väterzweigsgewinnung W. Kälberer und der Mitglieder des Innungsvorstandes gegen den Genossen Westmeyer von der „Schwäb. Tagwacht“ verhandelt. Kälberer kandidierte im Jahre 1907 zum Gemeinderat, er wurde auch gewählt. Die „Schwäb. Tagwacht“ hatte die Wahlmandate, denen Herr Kälberer seine Wahl zu verdanken hatte, scharf kritisiert. So waren den Mitgliedern anderer Innungen und Vereine Wahlauforderungen zugesandt worden, deren Inhalt und Form so gehalten waren, daß die Adressaten der Meinung sein mußten, Wahlauforderung und Stimmzettel für den Herrn Kälberer seien vom Vorstand ihres Vereins bezug ihrer Innung ihnen zugesandt. In Wirklichkeit waren die Aufforderungen auf dem Sekretariat der Väterzweigsgewinnung fabriziert und von dort versandt worden. Die Diptierten erhoben später in den Blättern öffentlich Protest gegen diese unaufrichtigen Wahlmandate. Herr Kälberer erhob auf die Kritik der „Tagwacht“ eine Gegenerklärung, er habe von der Agitation für seine Person nichts gewußt. Die „Tagwacht“ antwortete mit dem Abdruck des Protokolls des Innungsvorstandes, wonach Herr Kälberer sich bereit erklärt hatte, im Falle seiner Wahl die gesamten Wahlkosten, anderenfalls die Hälfte der Kosten zu tragen. Das Protokoll war von Herrn Kälberer mit unterschrieben. Zur Kennzeichnung der Wahrheitsliebe des Herrn publizierte die „Tagwacht“ weiter einen Auszug aus einem schöffengerichtlichen Urteil, in dem festgestellt wird, daß der Herr Obermeister seine Stellung benutzt hat, um auf wenig einwandfreie Weise eine Provision von 500 M. zu erlangen. Im Organ des Herrn Kälberer war hingegen behauptet, daß die Verhandlung die Unschuld des Herrn Obermeisters in allen Punkten dargetan habe. Der Innungsvorstand glaubte nun seinen Herrn Obermeister sowohl in dieser Provisions- wie in der Wahlmandate-Affäre beden zu müssen. Trotz Protokoll und Urteil wurden in einer öffentlichen Erklärung alle Angaben der „Tagwacht“ für „gegenstandslos“ erklärt und dem Herrn Kälberer ein einstimmiges Vertrauensvotum ausgestellt. In der Verhandlung am letzten Sonnabend mußte der Herr Kälberer zugeben, daß seine öffentliche Erklärung, er habe von der Wahlagitation nichts gewußt, eine Unwahrheit war. Weiter mußte er bekennen, daß er die gefälschten Wahlauforderungen vor ihrer Versendung gefälscht hat. Er will sie aber nicht verantworten, sondern der Meinung gewesen sein, sie seien im Einverständnis mit den betreffenden Vereinen und Innungen gemacht worden. Der Angeklagte Westmeyer bot Beweis dafür an, daß auch diese Angaben des Herrn Obermeisters unwahr seien. Der Beweis Antrag wurde abgelehnt, Westmeyer wegen Verleumdung des Herrn Obermeisters und der anderen Vorstandsmitglieder zu 600 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die Verleumdungsklage Westmeyers erhielt Herr Kälberer wegen Verleumdung Westmeyers 75 M. Geldstrafe. Beiden Angeklagten wurde Publikationsbefugnis zugesprochen. Wegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

**Vereinsgeschliches.**

Dieser Tage fand vor dem Schöffengericht zu Wiedenkopf die Aktion des Bürgermeisters von Wiedenkopf ihren Abschluß, die

von dem Herrn gegen die dortige Ortsgruppe des sozialdemokratischen Kreisvereins injiziert war. Genosse Gogowski hatte gegen zwei Strafmandate richterliche Entscheidung beantragt. Einmal sollte die Mitgliederversammlung vom 6. November eine öffentliche Versammlung gewesen sein, die nicht angemeldet war, dann sollte eine Bestrafung mit 15 M. eintreten, weil der Leiter der Mitgliederversammlung von seinem Hausrecht Gebrauch gemacht hatte und den zur Überwachung der Versammlung entsandten Wachtmeister Köpke zweimal energisch aufgefordert hatte, das Versammlungsgelände zu verlassen. In beiden Fällen kam das Gericht zu einem Freispruch, da es zu der Überzeugung kam, daß es sich nur um eine Mitgliederversammlung handele. Die Kosten muß die Staatskasse tragen. Den weiteren Antrag des Genossen G., ihm auch die Unkosten für den Termin zu ersetzen, lehnte das Gericht ab.

## Soziales.

### Zur Konzeptionspflicht der Privat-Krankenanstalten.

Der Naturheilkundige Kiewewetter hatte vergeblich die Genehmigung zum Betriebe einer Privat-Krankenanstalt nachgesucht. Der Bezirksauschuss in Liegnitz wies seine Klage ebenfalls ab. Das Oberverwaltungsgericht gab aber seiner Revision statt und verwies die Sache an den Bezirksauschuss zurück. Begründend wurde ausgeführt: Es sei ein Rechtsirrtum, wenn der Bezirksauschuss davon ausgehe, daß mit Bezug auf Verwaltung und Leitung einer Privat-Krankenanstalt jemand schon unzuverlässig sei, wenn er die für eine ärztliche Behandlung nötigen Kenntnisse nicht besitze. Die Gewerbeordnung gehe davon aus, daß als Unternehmer einer Privat-Krankenanstalt jeder, auch wenn er nicht Arzt sei, konzeptionsfähig werden könne, vorausgesetzt natürlich, daß er bezüglich der Leitung oder Verwaltung nicht unzuverlässig sei. Allerdings würde eine Unzuverlässigkeit dann anzunehmen sein, wenn der Unternehmer einer Privat-Krankenanstalt nicht dafür sorgen würde, daß ärztliche Hilfe da sei, wenn sie gebraucht werde. Andererseits würde nur aus dem Umstande, daß der Unternehmer nicht dauernd ärztliche Hilfe in der Anstalt habe, nicht auf Unzuverlässigkeit im Sinne der Gewerbeordnung geschlossen werden können.

### Hans von Ribbed.

Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch hebt ausdrücklich jedes Züchtigungsrecht, das einzelne Landesgesetze den Diensthöfen gegenüber direkt oder indirekt einräumten, auf. Zu diesen Gesetzen gehören auch die ostpreussische vom November 1810. Trotzdem das Bürgerliche Gesetzbuch und damit die Beseitigung dieser Prügelparagraphen seit dem 1. Januar 1900 in Kraft ist, gibt es noch preussische Gerichte, die das mittelalterliche Prügelrecht lustig weiterleben lassen. Zu diesen gehört, wie nachstehender Bericht über eine Verhandlung beweist, das Amtsgericht Rauen.

Der Rittergutsbesitzer Hans v. Ribbed auf Ribbed (West-Labelland) hatte seine Köchin, die vierzigjährige Witwe Alma Ludwig beleidigt, bedroht und mißhandelt. Nach den Befundungen des Angeklagten soll sich die L. sehr venitent benommen haben. Das Schöffengericht in Rauen sprach den Angeklagten frei, da er durch das Gebaren der L. schwer gereizt worden sei und das ihm nach der Befehlsordnung zustehende Maß der Zurechtweisung nirgends überschritten habe.

Es dürfte am Platze sein, daß das Reichsjustizamt endlich energisch die Richter auf die Notwendigkeit, die Reichsgesetze zu beachten, hinweist. Hoffentlich legt die arg mißhandelte Köchin Berufung gegen das falsche Urteil ein. In Goethes „Faust“ wird in der Auerbach-Keller-Szene von Froch auf die Grabheit des Herrn Hans von Nippach hingewiesen. (Ihr seid wohl spät von Nippach aufgebrochen? Dabt Ihr mit Herrn Hans noch erst zur Nacht gespeist?) Nippach ist ein Dorf in der Provinz Sachsen. Ribbed liegt im Brandenburgischen. Dem Sinn der Goetheschen Stelle würde es wenig Abbruch tun, an Stelle Nippach Ribbed zu setzen.

## Gerichts-Zeitung.

### Zum Attentat im Reichsgerichtsgebäude.

Kopfschüttelnd werden unsere Leser das in der Nacht zum Sonntag gefällte Urteil in dem Prozeß gegen Grosser gelesen haben. Ein Mann, dessen Bewußtseinsstörung schon aus der Art der Ausführung seiner Tat zur Evidenz hervorging, ein halb verhungertes, geist verflämmerter Mensch, dessen Zurechnungsunfähigkeit im Moment der Tat von zwei bedeutenden Psychiatern nach genauer Untersuchung begutachtet ist, für schuldig befunden! Ein Kranker auf zehn Jahre ins Gefängnis geschickt!

Ein Fehlspruch, der noch ungeheurer erscheint, wenn man als einzige Erklärung für ihn den Umstand betrachtet, daß Professor Weber die Frage, ob der Angeklagte „gemeingefährlich“ sei, noch nicht mit einem unbedingten Ja beantwortet zu können glaubte. Es scheint, daß die Geschworenen sich durch die Erwägungen leiten ließen: Ist der Mann nicht gemeingefährlich krank, so besteht die Möglichkeit, daß er nicht in einem Irrenhaus, nicht in einer Krankenanstalt untergebracht wird und dann von neuem entsetzliche Taten begeht. Solche Erwägungen sind menschlich begreiflich, aber irrig. Was eine Tat ohne Bewußtsein, als Kranker oder im Zustande momentaner oder geistiger Zurechnungsunfähigkeit begeht, ist nicht strafbar, wird in keinem Kulturlande als strafbar erachtet, darf daher nicht für schuldig erklärt werden. Die Frage, ob der Kranke gemeingefährlich ist und welche Maßnahmen gegen die Gemeingefährlichkeit zu ergreifen sind, zu beantworten, ist nicht Aufgabe des Schwurgerichts. Die vom Vorsitzenden über die Gemeingefährlichkeit gestellte Frage gehörte nicht zur Sache, hatte mit der Frage, ob schuldig nicht zu tun.

Das Urteil des Gerichts, das trotz der Bejahung der mildernenden Umstände zu 10 Jahren Gefängnis verurteilte, ist auch deshalb verfehlt, weil die einheitlich vorgenommene unsinnige Tat des Kranken in mehrere Handlungen — in eine vollendete und mehrere versuchte Tötungsversuche — aufgelöst ist. Die gesamte Tat, gleichviel wieviele bedauerenswerte Opfer durch sie getroffen waren, war einem einheitlichen Willen entsprungen. Es durfte daher nur eine Handlung angenommen werden: als höchste Strafe hierfür kennt § 213 des Strafgesetzbuchs fünf Jahre Gefängnis. Trotzdem erkannten die gelehrten Richter auf das Doppelte.

In der Verhandlung wurde auf einige Zeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen, weil die mit Beleidigungen gegen Institutionen und einzelne verbrämten Klagen des Angeklagten über das ihm vermeintlich zugesetzte Unrecht die öffentliche Ordnung gefährden sollten! Das ist eine in den Annalen der deutschen Rechtsprechung noch nicht dagewesene schwere Verletzung des Begriffes der öffentlichen Ordnung. Gegen sie muß auf entschiedene Proteste werden, weil die Befolgung dieses neuen Prinzips die im Interesse der Gerechtigkeit so dringend erforderliche Öffentlichkeit des Verfahrens aufs schwerste gefährdet. Eine solche Ausschließungsmöglichkeit gefährdet weit mehr die öffentliche Ordnung als die karmantelsten Klagen eines Kranken. Wie kann denn, selbst wenn die Beschwerden und Vorwürfe des Angeklagten vollständig zutreffend wären, durch sie öffentliche Ordnung gefährdet werden? Der Gerichtsbeschluss, der sich auf diesen Standpunkt stellt, ist unbewußt von einer Furcht vor abfälliger Kritik beeinflusst. Die öffentliche Ordnung erscheint das heile Licht der Öffentlichkeit bis in die dunkelsten Tiefen hinein. Der Gerichtsbeschluss erschüttert die öffentliche Ordnung, nicht das Gebahren des Angeklagten. Möglich, daß dieser Gerichtsbeschluss zur Aufhebung des Urteils führt.

Eigenartig ist der von der Verteidigung mit anerkanntem Wert abgewendete Versuch der Staatsanwaltschaft, aus der Zeugenaussage des völlig objektiven Fabrikanten Hochstros das Gegenteil dessen herauszuflesen, was dieser Zeuge meinte.

Noch auffällender und für den Wert von Zeugenaussagen und für die Aufklärungsgabe gebieter Unteroffiziere charakteristisch ist der Widerspruch der Aussagen des Gerichtsboten mit der Darstellung des Vorfalles durch den Fabrikanten Hochstros und durch den 70-jährigen Reichsgerichtsrat Männer, eines der bedauerenswerten Opfer der Tat eines Geistesgestörten. Um so auffällender und psychologisch interessanter dieser Widerspruch, als es sich um ein so ungeheuerliches Ereignis handelte, daß man annehmen sollte, jeder Zeuge hätte auf genauere den Hergang sich eingepreßt, und als der nach bestem Gewissen, aber falsch bekundete Gerichtsbote keinerlei Motive für seine falsche Darstellung hatte. Dieser Widerspruch der Aussagen lehrt aufs neue: der Mensch, insbesondere der an Gehorsam gewöhnte Mensch kann nicht einen Vorfall so schildern, wie er sich angetragen hat, sondern nur so, wie die Photographie des Vorfalles in seinem Gehirn allmählich geändert ist. Eine dringende Mahnung zur Vorsicht gegenüber Zeugenaussagen von Beamten und eine eindringliche Mahnung zur größten Vorsicht bei Bejahung einer Schuldfrage wegen Falschbescheidens an alle Richter und Geschworenen.

### Flugblätterverbreitung eine Arbeit?

Eine öffentlich bemerkbare Arbeit sollte der Arbeiter Weber durch Verteilen von Flugblättern am Sonntag verrichtet haben. Er wurde deshalb von der Staatsammer in Nordhausen auf Grund der Oberpräsidialverordnung vom 27. Oktober 1906 zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Strafkammer sagte annehmen, daß das Austragen von

Flugblättern unter allen Umständen eine Arbeit im Sinne der Verordnung sei. Das sei richtig. Die Tätigkeit müsse mit einer gewissen Anstrengung verbunden sein und öffentlich in die Erscheinung treten. Wegen jenes Mangels müsse sich die Verurteilung noch einmal mit der Sache befassen. Unendlich häufig hat das Kammergericht solche verkehrte Urteile aufgehoben und sofort freigesprochen. Es hätte das auch in diesem Falle tun sollen, weil Flugblätterverbreitung sowie eine Bibel tragen eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der Polizeiverordnung sein kann und überdies das Verbreiten von Flugblättern durch die Reichspostgesetzgebung zu der Zeit, zu der Briefe von der Post ausgetragen werden, ausdrücklich reichsgesetzlich gestattet ist.

### Ein „Königlicher“ Logischwindler.

Vor dem Schöffengericht in Köln stand der Sohn des früheren Königs von Kamerun, Manga Bell, ein schneidig geleiteter, hochgewachsener Kegerjüngling. Er gibt an: Ich heiße Hans Bell, bin Arzt und mit dem Gouverneur von Putzammer als dessen Diener nach Deutschland gekommen. Meine beiden Brüder sind in Berlin und studieren Medizin und Jura, der letztere, um in Kamerun Richter zu werden. — Der Angeklagte hatte in Köln sich als beim Reichstheater angeheiratet ausgegeben, und stets nach mehreren Tagen ohne Bezahlung der Logischwindler die Wohnung gewechselt; verschiedentlich nahm er Kleidungsstücke und Wertgegenstände mit. Der „Prinz“ wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Bezüglich mehrerer anderer Diebstähle wurde die Verhandlung vertagt. Prinz Bell erkannte die Strafe an.

## Vermischtes.

### Ein Raubanfall im Sitzzuge.

Am Sonnabend 9 Uhr wurde, wie eine amtliche Meldung aus Deuten besagt, im Sitzzug Nr. 9 kurz vor Bahnhof Deuten O./S. bei Strecken 1 im Eisenbahnabteil 2. Klasse eine alleinstehende Dame von einem Mann schwächerer Figur, der eine Eisenbahnmütze und Mantel trug, überfallen, mit einem Revolver bedroht und beraubt. Anscheinend ist der Mann, der sich im Zuge befand, aus der Toilette in das Abteil 2. Klasse eingedrungen. Durch Ziehen der Rotzette hat er den Sitzzug zum Stehen gebracht und ist dann im Dunkel der Nacht verschwand. Die Spur wurde sofort mit Polizeihunden aufgenommen. Entwendet wurde eine schwarze Damentasche mit 300 M. in amerikanischem Gelde sowie eine sehr wertvolle Damenbroche mit fünf großen Steinen und ein Gepäcklein Hamburg-Kattowik. Es wird vermutet, daß der Täter dieselbe Person ist, die am 4. d. M. im gleichen Sitzzuge bei kurzem Aufenthalt in Königshütte ebenfalls eine Damenhandtasche entwendet hat. Der Revolver, der gefunden wurde, enthielt noch eine Patrone, während drei abgeschossen waren.

### Das neunte Opfer der Hamburger Katastrophe.

In der Nacht zum Sonntag ist, wie aus Hamburg gemeldet wird, der Kupfermeister Janowski im Hofenkrankenhaus gestorben. Die Zahl der Opfer der Brandkatastrophe steigt damit auf neunzehn. Gestern sind hier wieder drei Opfer des Brandes beerdigt worden.

Blériot mit seinem Apparat verunglückt. Aus Konstantinopel wird unterm 12. Dezember gemeldet: Als Blériot heute nachmittag eben vor einer großen Zuschauermenge aufgestiegen war, wurde der Aeroplan vom Wind erfasst und gegen ein Haus geschleudert. Der Apparat ist zerstört, Blériot blieb unverletzt.

### Der fünfsache Mord bei Jully.

Die beiden Räubhirschen, die den fünfsachen Mord bei Jully verübt hatten, sind, wie eine Meldung aus Paris besagt, in einem in der Nähe gelegenen Gehölz, das seit Sonnabend umstellt war, Sonntag früh ergriffen worden.

Lauchermord in Neapel. Bei Graneli, wo gegenwärtig fünf-hundert Meter vom Strande entfernt auf dem Neeressboden Arbeiten ausgeführt werden, und zwar in Preßluft-Caissons, rief die Rette eines Caissons, was einen schweren Unglücksfall verursachte. Die Leichen zweier Arbeiter wurden bereits geborgen. Vier Leute konnten gerettet werden, sie sind schwer verletzt.

Später haben Laucher festgestellt, daß die sieben Arbeiter, die nach dem Unglück bei Graneli vermisst wurden, von dem Caisson erschlagen worden sind.

Zum Weihnachtsfeste sind

# Manoli

Dandy . . . 3 Pf. | La Fleur . . . 6 Pf.  
Gibson Girl . 5 „ | The Kaiser . 7 „

## Cigaretten

das passendste Geschenk.

**Hygienische Husten**

Dr. med. Carl Neust. Kaiserl. Hofarzt  
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. f. Unger, Gummihandlung  
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/9

**Bruch-Pollmann**

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Gesehhalten, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenhäuser.

Berlin N.,  
Jest Lotharinger Straße 60.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Gelen, angenehm u. weich am Körper.

**Ausnahme-Angebot** für die Leser des „Vorwärts“

# Die Wunder der Urwelt

und die Entwicklungsgeschichte der Erde.

Nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen bearbeitet und herausgegeben von Gustav A. Ritter.

700 Seiten mit 535 Original-Illustrationen und farbigen Kunstbeilagen.

Ganzleinen-Prachtband. Lexikon-Format.

In klarer jedermann verständlicher Sprache zieht hier die Schöpfungsgeschichte von den Uranfängen bis zur Gegenwart an uns vorüber. Wir sehen nicht nur den Erdball selbst entstehen, sondern auch die organische Welt, die auf demselben lebt, Pflanzen sowohl wie Tiere, sich von dem unvollkommensten organischen Körperchen, durch Zeiträume von Jahrmillionen zu immer vollkommenem Gestalten entwickeln, bis sie in dem Menschen, als dem höchst organisierten und vollendetsten Wesen ihre höchste Schöpfungskraft finden.

Was Kopernikus, Kepler und Newton ergründet, was Kant und Laplace erdacht, was alle die vielen Forscher nach ihnen, von Alexander v. Humboldt bis zu Haeckel, als richtig erkannt und zu einem mächtigen Geistesbau zusammengelagert haben, das wird in diesem Buche in großen Zügen entwickelt.

Das Werk wird an dem außergewöhnlich billigen Preis von **3 Mark** an die Leser des „Vorwärts“ abgegeben.

Wir empfehlen, möglichst bald zu bestellen, um sich den Besitz des wertvollen Werkes zu sichern.

Der Bestellschein ist einzusenden an

## Willibald Wendes Verlag,

BERLIN W., Lützowstr. 31.

Ansichts-Exemplare liegen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung aus.

**Lenkester-Zigaretten**

Deutsche, sowie amerikanische Zigarettenraucher sind einig in der Beurteilung dieser hervorragenden Zigarette! In Zigarren-Geschäften zu haben!

**Brillanten**

als Spezialität außergewöhnlich billig.

Max Brinner, Jerusalemstr. 42.  
Der Ruf der Firma (gegründet 1865) bürgt für strengste Realität.

Ringe	14k. m. 1 Br. v. 9 M. an
Ohringe	14 „ „ 18 „
Broche	14 „ 1 „ 20 „
Horr.-Nadeln	14 „ 1 „ 13 „

usw. bis zum feinsten Genre.

**Glumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.



# Parteitag der Sozialdemokratie Preußens

am 3. Januar 1910 und folgende Tage  
in Berlin im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

## Tages-Ordnung:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Bericht-erstatte: Eugen Ernst.
2. Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Bericht-erstatte: Hugo Heimann.
3. Die Wahlrechtsfrage in Preußen. Bericht-erstatte: Heinrich Ströbel.
4. Die Verwaltung Preußens. Bericht-erstatte: Karl Liebknecht.
5. Das Kommunalprogramm für Preußen. Bericht-erstatte: Paul Hirsch.
6. Sonstige Anträge.

## Geschäftsordnungsentwurf für die Verhandlungen des Parteitages.

1. Die Redungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 15 Delegierten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Jurauf erfolgen.

3. Sobald ein Antrag die nötige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegierten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.

5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

6. In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

7. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmen- den gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.

8. Auf Antrag von mindestens 15 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

9. Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegierte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Verreisenden sind im Protokoll zu vermerken.

## Anträge.

### Zur Festsetzung der Tagesordnung.

Antrag Göttingen a. M. (Kreis Bochum-Gelsenkirchen). Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Zentralarbeitsnachweis des Zehnerverbandes im Ruhrrevier.“

## Kleines feuilleton.

Der Streit um die Schutzfrist. Noch immer wogt in literarischen, künstlerischen und buchhändlerischen Kreisen der Streit um die Frage hin und her, ob die bestehende dreißigjährige Schutzfrist für Werke der Literatur und Kunst auf 50 Jahre verlängert werden solle oder nicht. In neueren „literarischen Echo“ werden eine Reihe gutachtlicher Verurteilungen zu diesem Gegenstande mitgeteilt, aus denen hervorgeht, daß die übermäßige Mehrzahl der schaffenden Künstler selbst für die dreißigjährige und gegen die fünfzigjährige Schutzfrist stimmt. Aus der Fülle der Antworten sei nur der warnende Satz Wilhelm Raabes wieder- gegeben: „Wer in der Gesellschaft, in der Presse, in öffentlicher Ver- handlung oder gar im Reichstage dafür stimmt, daß die Schutzfrist für Werke der Literatur, der bildenden Künste oder der Musik nach dem Tode der Urheber von dreißig Jahren auf fünfzig verlängert werde, macht sich einer schweren Verurteilung an seinem Volke schuldig!“

Auch aus den Kreisen des Buchhandels ist kürzlich ein Protest gegen die Verlängerung der Schutzfrist in Gestalt einer Eingabe an den Reichstag ergangen.

Eine Gewerkschaft dramatischer Künstler hat sich in Paris konstituiert. Sie ist an den Verband der Theaterarbeiter ange- schlossen und vereinigt Darsteller und Schriftsteller. Sie stellt sich die Aufgabe, die Macht der verschiedenen auf dem Gebiete des Theaters herrschenden Trusts zu bekämpfen. So vor allem — im Interesse der Autoren — die der Autoren-Gesellschaft, die in ihrer heutigen Konstitution die Theater zum Profit einer Clique in Ab- hängigkeit hält. Auch will sie das System der festen, nach Prozenten berechneten Lohntantiemen reformieren und an seine Stelle einen zwischen Direktor und Autor unter Vermittlung der Gewerkschaft frei verein- barten proportionalen Tarif legen. Ferner wird sie die Armensteuer bekämpfen, die die Theaterbudgets belastet, infolge der enormen Verwaltungskosten aber für den angegebenen Zweck nicht viel übrig läßt. Sehr löblich ist der angeführte Kampf gegen die Theateragenturen, für den wöchentlichen Rubetrag, Rechtschutz im Kontursfall, Minimallohn (für beide Geschlechter gleich), Dehung der hygienischen und moralischen Situation der Schauspieler. Dagegen scheint das die Organisation der Theaterunternehmungen betreffende Reformprogramm ziemlich anfechtbar. Die Gewerkschaft, die nicht ohne Berechtigung das heutige Konzeptionsystem abschaffen will, beabsichtigt nämlich, es durch die profitlose Überlassung der Theater- gebäude an Gesellschaften für kurze Zeit — eine bis sechs Wochen — zu ersetzen. Die Fährdung von Spieltruppen mit wenigen Re- pertoirmitgliedern würde weder das Niveau der Schauspielerkunst, noch das der dramatischen Literatur, noch auch das des öffentlichen Ge- schmacks heben. Hier zeigt sich die Einseitigkeit der syndikalistischen Genossenschaftlichkeit.

Die größte Bewässerungsanlage der Welt, die nach ihrer Voll- endung durch seine Größenvhältnisse auch die bekannte Nilaltperrre bei Assuan noch weit übertreffen wird, ist, nach dem „Prometheus“

Wahlverein des 4. Berliner Kreises: „Auf die Tagesordnung des preussischen Parteitages zu setzen: „Die polnische Parteiorgani- sation und die Sozialdemokratie“, und soll dazu ein polnischer Ge- noffe als Referent bestimmt werden.“

### Zu Punkt 1 der Tagesordnung.

(Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.)

Wahlverein Frankfurt a. M. und Magdeburg: Die Berichte zum Preuentag sollen künftig früher wie seither erscheinen, damit bei Stellungnahme zum Preuentag diese Berichte als Grundlage dienen können.

### Zu Punkt 3 der Tagesordnung.

(Die Wahlrechtsfrage in Preußen.)

Wahlverein Breslau: „Die Versammlung erwartet vom Parteitage, daß er die Fortführung des Kampfes um ein freies Wahlrecht in Preußen mit verschärften Mitteln beschließt. Ins- besondere soll das Volk aufgerufen werden, sich für die Erringung des Wahlrechts durch eventuelle Arbeitseinstellung zu rüsten.“

Wahlverein des 6. Berliner Kreises: „Die Versammlung er- wartet vom preussischen Parteitage, daß er mit aller Entschiedenheit für eine intensivere Agitation zur Erringung des freien Wahlrechts eintritt und als letztes Mittel hierzu auch den politischen Massen- streik im Auge behält.“

Wahlverein Spandau-Osthavelland: „In Erwägung, daß die preussische Reaktion die Klassenbewußte Arbeiterschaft und ihre Be- wegung immer rücksichtsloser und infamer bekämpft und der unheil- volle Einfluß der preussischen Reaktion auf Verwaltung und Gesetz- gebung des Deutschen Reichs immer mehr zunimmt, in Erwägung, daß das elendeste Dreiklassenwahlrecht eine wichtige Stütze der Reaktion der preussischen Reaktion bildet, fordert die Kreis- konferenz, der preussische Parteitag wolle beschließen: Der Wahl- rechtskampf in Preußen zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und zur Vernichtung der politischen und wirtschaft- lichen Macht der preussischen Reaktion ist mit verstärkter Energie und mit den schärfsten Mitteln aufzunehmen.“

Wahlverein Frankfurt a. M.: „Der Preuentag wolle be- schließen, daß der Wahlrechtskampf durch zentrale Demonstrationen, die bei gegebenen Momenten durch den Parteivorstand zu organi- sieren sind, energischer aufgenommen wird.“

Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg: „Der Preuentag möge der Wahlrechtsbewegung den größtmöglichen Nachdruck verleihen.“

### Zu Punkt 5 der Tagesordnung.

(Das Kommunalprogramm für Preußen.)

## Entwurf eines Kommunalprogramms für die Sozial- demokratie Preußens.

(Kommissions-Entwurf.)

In Uebereinstimmung mit der von dem Parteitag der deut- schen Sozialdemokratie in Bremen beschlossenen Resolutionen stehen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Preußens auf dem Standpunkt, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden kann, welche die Wohlfahrt aller gleichmäßig fördert.

Zur Erreichung dieses Zieles sind auf dem Gebiete der Gesetz- gebung durchgreifende Änderungen erforderlich, die den Gemein- den eine entsprechende Tätigkeit zum Wohle der Gesamtheit ermög- lichen. Aber auch unter den heutigen Gesetzen ist der Wirkungs- kreis der Gemeindepolitik mehr und mehr im Sinne kommunaler Sozialpolitik in der Richtung des Sozialismus auszugestalten.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Preußens fordern daher:

### A. Von der Gesetzgebung.

I. (Verfassung.) Unter Aufhebung aller zurzeit in Preußen geltenden Stadt- und Landgemeindevordnungen für den gesamten Umfang des Staates eine einheitliche Gemeindeordnung auf folgen- der Grundlage:

- a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime, von dem Bezug öffentlicher Unter- stützungen unabhängige Wahlen nach dem System der Ver- hältniswahlen; Gewährung des aktiven und passiven Wahl- rechts an alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts; Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes; Einkammersystem; Gewährung von Diäten an

zurzeit im nordamerikanischen Staate Neu-Mexiko am Rio Grande in Ausführung begriffen. Neu-Mexiko bildet eine Hochebene, die von einzelnen Gebirgszügen der Rocky Mountains durchzogen wird und sehr wasserarm ist. Dazu kommt noch, daß, wie eingebende Untersuchungen der klimatischen Verhältnisse gezeigt haben, in ziemlich regelmäßigen Zwischenräumen Jahre vorkommen, in denen der Wassermangel sich besonders empfindlich fühlbar macht. Unter diesen Trockenperioden hatte bis- her die Landwirtschaft schwer zu leiden, und so hat man sich denn entschlossen, das ganze Land mit einem System von Bewässerungsanlagen zu überziehen, das eine be- sonders hohe Ausnutzung des Bodens ermöglichen soll. Ein Teil dieser Anlagen ist die große Talperrre am Rio Grande, deren Baukosten auf 33 Millionen Mark geschätzt sind. Durch eine 58 Meter über den jetzigen Hochwasserspiegel hinausragende Sperre, deren Fundamente 20 Meter unter die Sohle des Flußbettes hinabreichen, wird der Rio Grande zu einem gewaltigen See aufgestaut, der bei einer Länge von 45 englischen Meilen, einer Breite von 5 bis 6 englischen Meilen und einer Tiefe bis zu 60 Metern über 2000 Millionen Kubmeter Wasser fassen soll. Diese gewaltige Wassermenge wird dann in Trockenzeiten zur Be- wässerung der umliegenden Ländereien benutzt.

### g Theater.

Neue freie Volkshöhne (im Metropol-Theater): „Die Kreuzkämpfer“. Von Ludwig Angenruber. Eine würdigere Gedenkfeyer für den einziggroßen italienischen Dichter ließ sich kaum bewerkstelligen, als durch Aufführung dieses köstlichsten aller Angenruberischen Volksdramen. Und das umso mehr, weil diese Aufführung schlechtweg vollendet genannt werden darf. Es genügt, Joseph Giampietro, der das Stück auch meisterhaft in Szene gesetzt hatte, den Steinloppschand spielen zu sehen, um diese Be- hauptung zu rechtfertigen. Alle Lebensweisheit, aller mildwärmender Humor des Dichters, in diese Prachtgestalt gebannt, tönte und leuchtete aus deren Verkörperung durch Giampietro wunderbar wieder. Das ist urständiges süddeutsches Volkstum, mit Augen der Seele gefaßt, ein volles Erleben mittels wahrhaft großkünstlerischer Mittel! Und wenn wir direkt neben Giampietro Friß Raffary (Joseph Huber) und Karl Fann (Anton Huber), die beiden herhaft frischen Darsteller des häuerlichen Ehepaars vom „gelben Hof“ namhaft machen, so ergibt das einen Dreiklang in Dur, wie er harmonischer und voller schwer- lich oft auf der Volkshöhne zu hören sein dürfte. Die blässere Färbung einzelner Nebenfiguren, insoweit solche durch norddeutsche Schauspieler vertreten waren, wurde hingegen wieder völlig in kräftig abgerundete Gesamtleistungen aller Mitwirkenden aufgelöset. So war's eine stimmungreiche, eine fein abgetönte Aufführung, die denn auch einmütigen begeisterten Beifall erweckte.

### Humor und Satire.

#### Das Kärdchen von der Flora.

Im Lande Preußen lebte ein grundgelehrter Herr Geheimrat, der hatte durch die Kraft seiner Wissenschaft ein uraltes italienisches

die Gemeindevertreter; Strafflosigkeit für Neuerungen in Ausübung ihres Amtes.  
b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemein- den, Prüfung ihrer Befehmsfähigkeit durch die ordentlichen Gerichte, Aufhebung der Selbstverwaltung einschränken- den Befehlsgehalt der Staatsbehörden gegenüber den Ge- meinden sowie des Befähigungsrechts der Aufsichtsbehörden gegenüber Organen, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung bestellt sind.

### II. (Polizei.) Uebertragung der Ortspolizei auf die Gemeinden.

III. (Finanzwesen.) Deckung der Gemeindebedürfnisse durch progressiv gestaltete Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer; Er- hebung von kommunalen Zuschlägen zur Ergänzungsteuer; Ver- bot der Erhebung von indirekten Steuern durch die Gemeinden; Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen, Lehrer und Offiziere.

### IV. (Vollschulwesen.)

- a) Bestlichkeit der Schulen, sachmännische Schulaufsicht.
- b) Einführung der obligatorisch zu besuchenden konfessionslosen Einheitschule mit gemeinsamem Unterbau und einem nach den verschiedenen Bildungszielen gegliederten Oberbau.
- c) Regelung der Schulpflicht.
- d) Ueberrahme sämtlicher Schullasten auf den Staat.
- e) Uebertragung der gesetzlich zu regelnden Verwaltung auf die Gemeinde.

### V. (Gesundheitspflege.) Erlaß eines Gesetzes über die öffent- liche Gesundheitspflege auf Grundlage der kommunalen Selbstver- waltung.

#### B. Von den Gemeinden.

I. (Wahlrecht.) Vornahme der Wahlen an einem geschlichen Ruhetage, Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes, Ermäßigung des Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß.

II. (Finanzwesen.) Deckung der Ausgaben der Gemeinde durch Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer, durch Einführung einer Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden, durch Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen Wert unter stärkerer Be- lastung des baureifen unbauten Grund und Bodens, durch Um- schichte beim Verkauf von Grundstücken, durch mäßige Ueber- schüsse der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden.

### III. (Bildungswesen.)

- a) Solange die Einheitschule nicht erreicht ist, fortschreitenden Ausbau der Volksschule und besondere Berücksichtigung der weniger Befähigten und Begabten. Anschaffung aller Schulsysteme, die den Ausbau der Volksschule hemmen. Un- entgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Von und Unterhaltung der Schulhäuser (Turnhallen, Spielplätze, Schulbäder, Schulgärten usw.) sowie Festsetzung der Klassen- frequenz und der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer ausschließlich nach den Grundfragen der Schulhygiene und Pädagogik. Pflege des Körpers in der Schule durch allge- meine Einführung von Turn- und Schwimmunterricht.
- b) Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte (auch Spezialärzte) und Bereitstellung ärztlicher Hilfe für die krank behundenen Schullinder auf Kosten der Gemeinde. Einrichtung und Unterstüfung von Ferienkolo- nien. Speisung bedürftiger Schullinder. Einrichtung von Schulfarmstuden und Schulküchen.
- c) Schaffung von Kindergärten für noch nicht schulpflichtige Kinder und von Kinderhorten für Schullinder, die der häus- lichen Beaufsichtigung entbehren; Beratung der Schüler bei der Berufswahl.
- d) Oeffnung der höheren Schulen für die befähigten Kinder der unbemittelten Klassen durch die Bereitstellung von Frei- plätzen, Gewährung freier Lernmittel und Unterhaltsgelder.
- e) Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Leses- hallen sowie von Anstalten für Volksunterhaltung und Be- lehrung.
- f) Obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für Lehrlinge und jugendliche Angestellte sowie ungelernete Arbeiter beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahre. Erteilung des Fortbildungsschulunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit. Erweiterung des Hochunterrichts. Haus- wirtschaftlichen Unterricht für Mädchen.

Widwert ausgefunden. Da er es heimgebracht hatte, pilgerten alle Gelehrten zu dem Wunderwerke und beteten den Geheimrat an. Der aber sprach: „So wahr ich Geheimrat Bodo heiße, kein anderer als Meister Leonardo kann diese herr- liche Flora geschaffen haben!“ Und es geschah, daß Herr Bodo in Liebe zu seinem Bildwerke entbrannte. Der mächtige Zanberer, dem damals das Reich Preußen zu eigen war, bemerkte, daß Bodos Wangen täglich bleicher wurden, und als er den Grund seines Kammers erfahren hatte, da berührte er das Bildnis der Flora mit seinem Fingerring und sprach: „Von Stund an sollst Du lebendig und unserm Geheimrat von Herzen zugetan sein!“ Sogleich begann die Flora sich zu regen. Bodos Herz schlug höher. Er ergriff eine Grammatik der altitalienischen Sprache, um der Geliebten seine Gefühle verständlich zu machen. Doch Flora war der italienischen Sprache nicht mächtig. Aber auch in ihrer Brust glühte das Feuer der Liebe, und sie sprach: „I love you“ („Ich liebe dich“). Da entbot der Herr Rat die Gelehrten des Reiches zu sich, auf daß sie erörtern sollten, welcher längst verfallenen Sprache diese Worte wohl an- gehören möchten. Keiner vermochte das Geheimnis zu ergründen. Gerade verblüdeten nun die rätselhaften Worte im Lande und ver- liehen hohen Lohn dem, der sie deuten könne. Und siehe, ein ein- sander Oberlehrer aus dem Volke wußte zu vermelden, daß diese Worte einer Sprache angehören, die heutzutage in England ge- sprochen wird. „Ha! Teufelsof Weib!“ rief Bodo aus, indem er ergrimmte, und ich habe meinen geheimräthlichen Namen verpönt, daß Dich Meister Leonardo im italienischen Engerecento gezeugt habe!“ Er schlug ihr die Grammatik um das liebliche Haupt und versüßte sie zur selbigen Stunde. Flora fand gastliche Aufnahme bei fahrenden Leuten. Auf Messen und Märkten wurde sie (als Mädchen ohne Unterleib) dem bewundernden Volke gezeigt, und wenn sie nicht gestorben ist, so lebt sie heute noch.

(„Simplicissimus.“)

### Notizen.

Die Gipsabgüsse von Michelangelos Tages- zeiten. Aus Florenz teilt Dr. Walter Bombe mit, daß leider zu früh die Nachricht in die Öffentlichkeit gedrungen ist, daß ihm in Perugia Gipsabgüsse Vincenzo Dantis nach den Allogorien der Tageszeiten Michelangelos aufgefallen sind, die von den Marmororiginalen teilweise abweichen. Er hatte damals erst begonnen, die sich daraus ergebenden Fragen zu untersuchen, zweifelt aber nicht an der Originalität der Sarkophagfiguren in Florenz. Die fraglichen Abweichungen lassen sich auch durch ein besonderes Vorgehensverfahren unter Verwendung von Danti frei modellierter Zufüge erklären. (Wenn doch die Kunsthistoriker ihre Untersuchungen zu Ende führen möchten, ehe sie zu gaderen an- fangen. Hätte Herr Bodo z. B. die Untersuchungen an der Flora- büste vornehmen lassen, ehe er sie taufte, so hätten wir 180 000 M. gespart und hätten den ganzen notgedrungenen Kampf gegen ihn nicht zu führen brauchen.)



**RIXDORF**  
Berliner Str. 54-55, Ecke Jägerstraße

**H. JOSEPH & Co.**

**RIXDORF**  
Berliner Str. 54-55, Ecke Jägerstraße

Dienstag, den 14. Dezember

Mittwoch, den 15. Dezember

Donnerstag, den 16. Dezember

Freitag, den 17. Dezember

Um es vielen unserer werten Kundschaft zu ermöglichen, die doppelten Vorteile unseres Prämien-Sparsystems auch in diesem Jahre zu genießen, haben wir uns kurz vor Ende des Jahres entschlossen,

**Doppelte Rabattmarken**

zu gewähren. Ausgenommen sind einige Artikel.

**Worin der doppelte Vorteil besteht:**

Bei Einlösung während der Dauer eines Kalender-Jahres

von 25 vollen Rabattkarten vergüten wir in bar mit 25 Mk. und 10 Mk. Extra-Prämie = 35 Mk.
von 40 vollen Rabattkarten vergüten wir in bar mit 40 Mk. und 20 Mk. Extra-Prämie = 60 Mk.

Lebensmittel sind vom Prämien-System ausgeschlossen.

Die Auszahlung der Prämien findet bis 31. Dezember statt.

Auf Lebensmittel den üblichen Rabatt.

**Für das Weihnachtsfest**

empfehlen wir als Prämie für die Leser des „Vorwärts“

**Shakespeares sämtliche dramatische Werke.**

In drei eleganten Leinenbänden geb. (ca. 2500 Seiten umfassend)  
Übersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck  
Mit einer biographischen Einleitung von Rudolph Gendé

Preis nur 3,50 M.

Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68 147/17\*  
Lindenstr. 69, Laden

**Knecht Ruprecht**

bringt  
**Für den Vater** einen modernen Teppich von M. 8,50, 13, 20, 30, 50 usw.  
**Für die Mutter** hübsche Steppdecken und Gardinen von M. 6,50, 8, 10 usw.  
**Für Sohn u. Tochter** Reisedecken, Diwan-, Tischdecken, Felle etc. von M. 2,50, 3,75, 5, 8, 7 usw.  
Zum diesjährigen Fest sind große Partie-Posten  
bis **40%** herabgesetzt  
Gelegenheitskauf praktischer Weihnachtsgeschenke.

**Teppichhaus Adler**

Königstraße 20-21, an der Jiltenstraße.

**Pelz-Stola-Verkauf**

zu hervorragend billigen Preisen!

**Eigene Kürschnerei.**

en gros **Riesenhafte Auswahl** detail  
über **1000** Stolas von 3 Mark an  
Colliers von 1,50 M. an  
Echte Skunks-Stola 1,60 Meter lang von 25 M. an

**Eile zu Weile**

Dresdener Str. 119, Oranien-Platz.

Bitte genau auf die Nr. 119 u. Firma „Eile zu Weile“ zu achten.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.



**So wie die Palme**  
das auf der Erde wandelnde Tierreich überträgt, so überträgt das aus ihrer Frucht gewonnene Pflanzenfett Palmöl alle tierische Fette durch seine Reinheit und Güte.  
Palmöl eignet sich gleich vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.



**Teilzahlung Woche**

Herren-, Damen- u. Wanduhren, sämtliche Gold- und Silber-Waren, Alfenide etc., Wandbilder etc., Sprechmaschinen, Gardinen, Stores.

**R. Rohnke, N., Christinenstr. 32, 1**  
(am Schönhauser Tor).



**Pulmonon**  
Viel's Sob Pfönst-Bitterbrot!  
„Pflanzm-Litter-Monoposin“  
H. Schlinck & Cie A-G  
Hamburg und Mannheim

**Umsonst**  
Verkaufen erhalten Sie einen **Stroh-Apparat**  
einmalige Gelegenheit  
zu einem Preis von  
3 Mk. 20 Pf. oder auf  
Teilzahlung  
**J. Kurzberg**  
Rosenblüthenstraße 40  
Hofstr. 1, Etage  
Kass. Kasse- und Franko.

Wochenrate  
**1** Mark.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.**  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Größtes Lager in sämtlichen gangbaren  
**Kautabaken**  
stets frisch zu äußersten Engros-Preisen.  
Spezialität:  
**Kautabake von G. A. Hanewacker in Nordhausen**  
Nur echt **10 Pf.-Rollen** mit eingepacktem Fabrikzettel.  
Amt IV, 3014.

**Zum Weihnachtsfest Beste Bezugsquelle**  
Auf Teilzahlung  
Wöchentlich nur 1 Mark  
Herren- und Damenuhren, Ketten, Wand- und Standuhren, Gramophone, Silber- und alle Musikwaren.  
**Rollschuhe.**  
**Jahre & König,**  
Warschauer Strasse 67  
Reinickendorfer Strasse 101  
und Götzenstrasse 19.  
Achten Sie genau auf unsere Firma.

**Leihhaus**  
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.  
Seit 25 Jahren  
Ecke Ritterstr. Prinzenstr. 28

**Weihnachts-Extrapreis!**  
Eine Partie **große Diwandecken**  
auf beiden Seiten benutzbar  
**Mk. 4,35** (Wert 6,75)  
Buntpersische doppelseitige Diwandecken  
**Mk. 7,50-8,75** (Wert 12-15 M.)  
Bunte **Plüsch-Diwandecken**  
Größe 150/200 cm **23,50** (Wert 33 M.)  
Diwanrückwände **3,85**  
mit reicher Stickerei  
Teppich-Spezialhaus

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben  
Größe für Maß.  
Anfertigung nach Mass.  
Tadellos ausgearbeitet.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister.  
Gr. Frankfurterstr. 37, 11  
Gangway Straußberger Weg.  
H. Geschäft:  
**Turmstr. 18,**  
1. Stock über oben.

Stempel-Probier  
von 36/42  
**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Oranienstr. 143.  
Liefert (Schnell und billig alle Arten  
Stempel  
in bester  
Ausführung.  
Schnelldruck-Appar. Verfertigt  
zum Aufhängen einzelner Briefe  
sowie ganzer Eide von 1,50 M. an  
**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin C.,  
Direksenstraße 20  
zwischen Bahnh. Alexanderplatz und  
Gottliebstraße. — Amt VII, 13790  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Spezialant für alle Kranke.

**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
**Weihnachts-Extraliste u. Katalog**  
einem billiger Geschenkartikel  
(100 Abbild.) gratis und franko.  
**Auch Sonntags**  
bis Weihnachten geöffnet.

# W. WERTHEIM G. m. b. H.

POTSDAMER STRASSE  
10/11, 13



FRIEDRICH-STRASSE 110/112  
PASSAGE-KAUFHAUS

Nur Dienstag und Mittwoch:

## 5

**besonders  
vorteilhafte  
Sonder-  
Angebote:**

3000 halbfertige Wollbatist-Blusen elfenbeinfarbig, m. Seide bestickt, Original Schweiz. Stickerei, Stück **2.50**

Reinseidene Blusenstoffe Gestreifte Satin - Messaline, hell-, mittel- u. dunkelfarbig, in viel. modern. Streifen, Mtr. **1.00**

Damen- Glacé-Handschuhe Ia Ziegenleder, 3 Paar im Karton **6.00**

Satin-Tändelschürzen im Liberty-Geschmack, in acht modernen Farbenstellungen, Stück **95 Pf.**

Ein Drittel bis zur Hälfte des bisherigen Preises:

Wollene, gestrickte Matinees **2.65**  
und Kimonos zum Teil Handarbeit, in diversen Farben . Stück

## H. Esders & Dyckhoff

### Ausverkauf

in fert. Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis  
wegen Füllal-Aufgabe

Oranien-Str. 48

Besondere Gelegenheit!

Ein Posten  
Einsegnungs-Anzüge, ganz bedeutend ermäßigt!

Ausverkauf nur Oranien-Str., Ecke Luckauerstr.  
am Moritzplatz.



MAH. LINDENITAEDE

### Garderobe

für  
Herren, Damen und Kinder,  
neueste Fassons  
größte Auswahl.  
Pelz-Garnituren  
für Damen und Kinder  
in kolossaler Auswahl  
wöchentlich 1 Mark.

### Möbel

Polsterwaren, Komplette  
Wohnungs- und Küchen-  
einrichtungen, Leib- und  
Bettwäsche, Betten, Stepp-  
decken, Teppiche, Gardinen,  
Portieren, Bilder, Wand-  
und Taschenuhren, Gas-  
und Petroleumkronen,  
Sport- u. Kinderwagen

### auf Kredit

an jedermann, eventuell  
ohne Anzahlung  
bei kleinster Abzahlung.

**S. Dorn**

Alte Schönhauser Straße 3  
Ecke Linienstraße.



Unsere echten Biere  
sind überall zu haben.  
In Flaschen, Kannen  
und Syphons.  
Tel. VII, 4088, 89, 90.

**BÖHMISCHES  
BRAUHAUS**



### Pelz- waren

Jeder Art  
vom einfachsten  
bis feinsten  
Genre

direkt aus  
der  
Fabrik.

Einzelverkauf.  
Engrospreisen.

**F. Kalman,**  
Kommandanten-  
straße 15, I.  
Mein Laden.  
Teleph. I. 3017.

**Hygienische Bedarfsart.**  
Drogerie Zaremba  
Weinbergsweg I. dir. a. Rosenhaler  
Tor. Billigste Bezugsquelle!  
Besuch i. ga. Dameruden Stundtschaft.

## Als praktische Weihnachtsgeschenke

Man achte auf den Namen „MAGGI“ und den Kreuzstern.

bestens empfohlen:  
MAGGI Würze in Fläschchen von 10 Pf.  
bis M. 6,—.  
MAGGI Suppen in Würfeln zu 10 Pf. für  
3 Teller. (Mehr als 30 Sorten.)  
MAGGI Bouillon-Würfel zu 5 Pf.  
für 1/4 Liter.

Partei - Angelegenheiten.

Stierter Wahlkreis. Bei der am Sonntag, den 12. Dezember, stattgefundenen Wahl der Delegierten zum Freudentage wurden 4120 Stimmen abgegeben, davon waren 178 ungültig und 3 zersplittert.

Gewählt wurden: Genossin Köhler mit 1505 Stimmen, Genosse Betsche mit 1153 Stimmen, Genosse Verkobski mit 956 Stimmen.

Die übrigen Stimmen verteilten sich auf die anderen 22 Kandidaten. Der Vorstand.

Wahlverein Friedenau. Heute abend pünktlich 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Meckel, Handjerystraße 80/81. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Vortrag des Genossen Horst-Adlershof über: „Der proletarische Klassenkampf“.

Lichtenberg. Heute abend findet im Lokale der Gebr. Krüchold-Frankfurter Chaussee 5/6, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen E. E. über: „Die politische Lage“. 2. Vereinsangelegenheiten. — Das Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Treptow - Baumfischulweg. Ortsteil Baumfischulweg. Heute Dienstag findet bei Speer eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernheim: „Der Volk der Denker in der Zwangsjacke“. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Die Jugendchriften-Ausstellung findet anstatt in dem in Aussicht genommenen Lokal in der Expedition, Laufenerstr. 2 bei Henjes statt. Auswahl in Jugendchriften, Bilderbüchern und Kinderspielen ist vorhanden. Die Genossen werden ersucht, ihren Bedarf dort zu decken. Der Vorstand.

Mariendorf. Morgen Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, bei Preuß, Kurfürststr. 44: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen E. Eichhorn über: „Schiller und seine Zeit“.

Wilhelmsruh. Heute Dienstag findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal von Vardi, Viktorstr. 7, statt. Die Segitileitung.

Vorsigwalde-Wittenau. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Jachinski: Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Der Höl Buch. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Vereinsangelegenheiten.

Röpenitz. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Hippow, Grünauer Straße: Versammlung. Referent ist Genosse Rohs.

Spandau. Heute, Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Gornwald, Schönwalder Straße 80, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 2. Bericht der Geschäfts-Kommission und Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Freude und Stolz über die Siege der Berliner Genossen

und über die Erfolge der Partei im Reich ein Brief eines alten Berliner Genossen zum Ausdruck, den wir aus St. Louis (Amerika) erhalten. Der Briefschreiber gehört zu jenen unserer alten Garde, die unter dem Schandgesetz juristisch und unerschrocken allen Verfolgungen zum Trotz mit dem größten Idealismus und Opfertum für unsere Sache kämpften. Der Maschinenbauer Max Sendig ist es, der uns seine Grüße übermittelt und der in den achtziger Jahren im 6. Kreise tätig war; längere Zeit gehörte er dem Berliner C. C. an, fiel aber im Jahre 1882 dem Ausweisungsparagrafen zum Opfer und mußte ins Exil gehen. In Deutschland von Ort zu Ort gehend, schüttelte er schließlich den heimlichen Staud von den Pantoffeln und ging nach Amerika, um dort eine Existenz zu finden. Und von dort schreibt er uns:

„St. Louis (Amerika), 25. Nov. 1909.

Berliner „Vorwärts“!

Werte Genossen!

Sehen Sie sich in unserer „Arbeiterzeitung“ über die Siege der letzten Wahlen unserer Partei in Baden, Sachsen und Berlin. Viele glauben vielleicht nicht, daß Tausende von Weibern entfernt Genossen leben, die vor langen Jahren Deutschland verlassen mußten, die die Bewegung verfolgen und deren Herzen vor Freude und Genugtuung höher schlagen, wenn sie erfahren, daß es vorwärts geht. Haben Sie doch das Bewußtsein, daß auch Ihre treudilig geleistete Arbeitskraft nicht umsonst gewesen ist.

Wenn ich als Berliner Ausgewandertener die Feder ergreife, um meiner Genugtuung über die Fortschritt zum Ausdruck zu bringen, so ist es zu gleicher Zeit meine Absicht, ein Lebenszeichen der alten Garde zukommen zu lassen; fände ich doch unter den gewählten Berliner Stadtvätern Genossen, die ich seit 30 Jahren gekannt und mit denen ich für unsere Prinzipien gearbeitet: die Genossen Singer und Ewald.

Ja, unermüdet haben wir gearbeitet, die eigene Person wenig oder gar nicht in Betracht gezogen. Wie viele Beispiele könnte ich den jüngeren Genossen hierfür beibringen! Wenn ich den hiesigen Genossen davon erzähle, glauben dieselben, es seien Märchen.

Dier tuzt einige kleine Episoden. Es war im Jahre 1881, wo wir unseren alten braven Genossen Wilhelm Hasenckler im 6. Wahlkreise aufstellten. Das Auswahlgesetz bestand. Wir hatten keine offene Organisation, keine Presse, kein Geld, nur den guten Willen. Da war es, wo wir uns Mühe hinstreuten und Flugblätter schrieben mit den Anfangsworten: „Arbeiter Berlins, wählt den Volksmann Wilhelm Hasenckler“ usw. Des morgens in aller Frühe von 5 bis 8 Uhr wurden dieselben flüchtigend den zur Arbeit Gehenden zugesteckt. Dann beim, wenn man und nicht nach der Polizei schleppte, schnell ein bißchen Kaffee hinuntergegossen und dann zur Arbeit.

Als man mich eines Morgens verhaftete und Hausdurchsuchung hielt, fand man noch einige Flugblätter, aber man konnte uns nichts anhaben. Der politische Polizei war es beinahe unsahbar, daß Arbeiter aus Idealismus, nachdem sie am Tage gearbeitet, in den Nächten Flugblätter schreiben und verteilen können. Vielen alten Genossen wird noch bekannt sein, wie ich das erste Flugblatt nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes unter den schmerzlichen Verhältnissen nach Berlin schmuggelte, wie ich, in der Siegelischen Anstalt in der Straßburger Straße arbeitend, mitten an einem Strich heruntergelassen wurde, über die Mauer setzte, mit abgeschnittenem Schnurrbart, als Pfaffe verkleidet, daselbst aus Trimmischau, wo es gedruckt war, als Passagiergut nach Berlin brachte und hier in drei Stunden 20 000 Exemplare vertrieb.

Ja, die Erfolge dieser Agitationsarbeit sind nicht ausgeblieben und das Vormarschreiten der Bewegung ist genügende Belohnung für unsere Arbeit.

Was meine Person betrifft, so bin ich noch immer aktives Mitglied der Partei, Sektion St. Louis, trotzdem ich beinahe 60 Jahre alt bin. Mein Augenlicht ist schwach, doch da ich einer von denen bin, die nicht an Zufriedenheit sterben wollen, muß ich noch tüchtig arbeiten nicht bloß für meine Existenz, nein auch bis zu meinem hoffentlich baldigen Ende für die Befreiung

der Massen von dem heutigen grundfalschen wirtschaftlichen System.“

Genosse Sendig schloß seinen Brief mit besten Grüßen an die Alten und die Jungen.

Wenn wir im vorliegenden Falle einmal ausnahmsweise den Inhalt eines Privatbriefes wiedergeben haben, so haben wir es getan im Hinblick darauf, den Genossen zu zeigen, welchen Eindruck unsere Erfolge im Auslande machen und andererseits, um bei dieser Gelegenheit nachzuweisen, unter welcher schweren Verhältnissen früher gearbeitet werden mußte. Was Max Sendig hier geschrieben hat, ist keine Uebertreibung; er selbst gehörte zu jenen Leuten, die mit aller Energie und Aufopferung für unsere Sache kämpften, was auch im zweiten Bande der „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ nachzulesen ist. Möchten sich diese jüngere Genossen an der Opferwilligkeit und Arbeitstüchtigkeit der Alten, wie Sendig einer war, ein Beispiel nehmen.

Der silberne Sonntag, der von mildem, wenn auch bewölkttem Wetter einigermaßen begünstigt war, hat diesjährig wiederum gezeigt, daß von der Poesie des Berliner Weihnachtsstrubels immer mehr abbröckelt. Die schätzbaren Reste des sogenannten Weihnachtsmarktes auf dem Arkonaplatz, in der Warschauer und Petersburger Straße, am Belleallianceplatz und bei der Petrifriede sahen noch düstrierer aus als sonst. Es ist ein Wunder, daß überhaupt noch Geschäftsleute den Mut finden, hier ihre billigen Verkaufsstände aufzuschlagen. Von dem ehemaligen Berliner Weihnachtsbazar, der so herzerfreuend wirkte, ist so gut wie nichts mehr zu spüren. Die jugendlichen Weihnachtshändler mit ihren drohenden Anpreisungen fehlten fast gänzlich. Nur hin und wieder sah man so einen kleinen Mann, den selbst die Angst vor dem „Greifer“ nicht abhielt, Hampelmann und Blechspieltram feilzubieten. Desto zahlreicher waren arbeitstüchtige Männer und Frauen aus dem Volke als Straßenhändler zu bemerken. Nach den großen Warenhäusern mit ihren prächtigen Weihnachtsausstellungen gab es schon an diesem ersten der beiden metallisch glänzenden Sonntage die übliche Massenwanderung mit der Parole: „Alles besetzen, wenig kaufen!“ Es wurde ja immer noch genug mit Spargroschen eingehandelt, aber die Kaufkraft stand doch nicht im Verhältnis zu den sich drängenden und schubenden Massen. In der übrigen geschäftlichen Geschäftswelt, namentlich in den größeren Ladengeschäften, soll man diesmal mit dem Ansatze des Weihnachtsgeschäftes außerordentlich zufrieden sein. Wer Geld und Zeit dazu hat, dem ist es ja auch ein Leichtes, seine Weihnachtseinkäufe nicht bis auf die letzten Tage vor dem Feste zu verschieben. Und sie haben es ja heute in allen Anpflöckern, die auf den möglichen, mühseligen Höhen des Lebens. In Hülle und Fülle steigt ihnen unter dem dämonischen Zauber unserer jämmerlichen Weltordnung der aus den Arbeiterhuden gemünzte Rammon zu. Die Entschieden der Arbeiterklasse müssen sich vorläufig noch begnügen mit dem Anstaunen der herrlichen Dinge, die ihnen durch eigene Kraftentfaltung erst mal in einer späteren Zeit erreichbar sein werden. Können sie am „goldenen“ Sonntag ein paar Worte erörtern für den bescheidenen Weihnachtstisch, so ist das schon viel Glück. Mander hat für seine lebensdürftige und freudhungrige Familie selbst noch am Weihnachtsabend nichts weiter als ein paar Tannenzweige mit dünnen Lichtern und ein mageres Brot — trotz allen frommen Wohltätigkeitschwindsels.

Ans einer Klinik für Unfallverletzte,

in die wir schon im vorigen Jahre einmal hineinkuckten, sind uns jetzt neue Klagen zugegangen. Es handelt sich um die im Hause Mariannenufer 2 befindliche Heilanstalt vom Roten Kreuz, die unter der Leitung des Arztes Dr. Stabel steht und den Berufsgenossenschaften dazu dient, Unfallverletzte möglichst rasch und möglichst vollständig zu kurieren. Von Arbeitern werden solche Heilanstalten im Hinblick auf Art und Zweck des Heilverfahrens, das in ihnen zumeist üblich ist, als „Rentenquetschen“ bezeichnet.

Die Zustände in der genannten Anstalt sind uns geschildert worden in einer schriftlichen Darstellung, die von zahlreichen Patienten durch Namensunterschrift bestätigt worden war. Wir haben dann selber die Klinik besucht und haben aus der Besichtigung einer ausreichenden Zahl Patienten den Eindruck gewonnen, daß die meisten ihrer Klagen nicht unbegründet sind. Absehen wollen wir von der Unzufriedenheit mit der Verpflegung, absehen auch davon, daß die Benutzung der Patienten zu Dienstleistungen für andere Patienten und sogar zur Reinigung der Aufenthaltsräume als zu weitgehend empfunden wird, und schließlich selbst davon, daß für die Übungen an den Apparaten, durch die die verletzten Glieder wieder gebrauchsfähig gemacht werden sollen, mehr Beachtung und Anleitung gemäht wird. Wir nehmen an, daß über diese Dinge die Ärzte eine andere Meinung haben werden als die Patienten. Wahr ist auch, daß ein Kranker eher als ein Gesunder bereit ist, Mängel zu entdecken. Aber auf einen Uebelstand, dem wir in solchen Anstalten immer wieder begegnen, kann nicht oft genug und nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden. Wir meinen die leidige Neigung, sich den Krankheitszustand eines Unfallverletzten aus unbedachter Einbildung oder gar aus bewußter Verstellung zu erklären, sobald die Kunst des Arztes versagt. Wenn ein Arzt sich alle Mühe gibt, Kranke so rasch und so vollständig zu kurieren, wie man es von ihm erwartet, dann ist es begreiflich, daß zuletzt der Wunsch ihm zum Vater des Gedankens wird und er Kranke für gesund hält, auch wenn sie's nicht sind. Wehe aber dem gesundheitsberaubten Kranken, gegen den nun der Arzt — im besten Glauben — ein entsprechendes „Heilverfahren“ anwendet. Auf den Beweismomenten wird so lange eingeredet, bis er schließlich selber glaubt, daß er gesund sei. Auch in der obengenannten Heilanstalt vom Roten Kreuz scheint man viel davon zu halten, gegen „eingebildete“ Krankheiten es mit diesem Verfahren zu probieren. Und dabei leidet sich diese (wenn man so sagen darf) „Suggestionstherapie“ manchmal in Formen, die dem doch sehr eigenartig sind.

Ein dort untergebrachter Patient, dem nach einem Unfall ein Finger der rechten Hand abgenommen worden ist, sagte einmal über Stiche in dieser Hand. Der Assistenzarzt Dr. Kolten soll mit einer bezeichnenden Handbewegung nach dem Kopf ihm geantwortet haben: „Sie haben das Stechen hier.“ Der Patient versichert uns, so habe er verstanden, und von anderer Seite wird uns das bestätigt. Wir vermuten im voraus, daß der Herr Doktor uns belehren wird, er habe gemeint, das Stechen bestche lediglich im Kopfe des Patienten, d. h. in seiner Vorstellung, in seiner Einbildung. Aber was würde ein Arzt sagen, wenn ein Kranker mit gleicher Handbewegung ihm zu verstehen geben wollte, der Herr Doktor selber leide an der bloßen Einbildung, daß die Krankheit nur eine eingebildete sei! Ein anderer Patient, der bei einem Unfall keine äußere Verletzung erlitten hat, aber mit dem Rücken zu dessen durch immer wiederkehrende Anfälle, bei denen er sich in Judgenen windet. Herr Dr. Stabel hat ihm mehrfach gesagt, er solle nicht daran denken, das bilde er sich ein, er müsse nur wollen. Schließlich erklärte Stabel: „Die Anfälle müssen aufhören.“ Das war ja leicht gesagt, aber die Anfälle hörten nicht auf. Da soll Dr. Stabel dem Patienten eine Wette vorgeschlagen haben: wenn kein Unfall kommt, wolle der Herr Doktor 50 Pf. zahlen, wenn aber doch wieder ein Unfall auftritt, beantrage er von dem Patienten 50 Pf. Als am anderen Tage der Patient meldete, inzwischen seien sogar zwei Anfälle aufgetreten, soll Stabel die Hand hingehalten und gesagt haben:

„Dann bekomme ich also 1 M.“. Das sei nur ein Spas gewesen, wird Herr Dr. St. uns belehren. Bewiß, daran zweifeln wir nicht, und auch davon sind wir überzeugt, daß er und sein Assistent ihre eigenartigen Behandlungsweisen durchaus in gutem Glauben anwenden. Aber der Patient hat über diese „Wette“ doch etwas gründlicher nachgedacht, als der Herr Doktor darüber nachgedacht zu haben scheint und hat eine derartige Behandlung als beleidigend empfunden. Bei einer früheren Gelegenheit soll Stabel demselben Patienten über seine immer wiederkehrenden Anfälle sogar gesagt haben: „Nichten Sie sich die Sache doch mal ein, wenn ich hier bin, ich gebe Ihnen 1 M. dafür, wenn Sie mir das mal zeigen.“ Der Patient wird da den Herrn Doktor mißverstanden haben. Aber uns ist es — trotz aller wohlmeinenden Bemühungen — nicht gelungen, dem Patienten auszureden, daß in solchen und ähnlichen Nebenreden der beleidigende Vorwurf der Simulation liege.

Es ist eben ein eigen Ding mit der Kunst der Suggestion; sie ist doch wohl nicht so einfach, wie sie aussieht. Wir sind nicht Meister darin — na, und die Herren, die sie in ihrer Unsaftigkeit probieren, scheinen ja leider ebenfalls nicht viel Glück damit zu haben. In den uns bekannt gewordenen Fällen haben sie weiter nichts als eine tiefergehende Verstimmung und Unzufriedenheit erreicht.

Auf dem Bureau der Berliner Stadtkasse scheint eine schöne Wirtschaft zu herrschen. Das haben die täglich gemeldeten Unterschlagnungen bewiesen. Jetzt wird von neuen Unterschlagnungen berichtet. Sie wurden bereits im Jahre 1904 verübt. Damals befanden sich die Bureauassistenten Johannes Grund und der Wilmersdorfer Straße zu Charlottenburg und Wilhelm Schmidt aus der Postanstraße, die beide verheiratet und verschwägert sind, in Geldverlegenheit. Da meldete sich ein vermöglicher Mann, der noch jüdischen zum evangelischen Glauben übergetreten war, aber noch keine Kirchensteuerabgabe erhalten hatte, freiwillig als Steuerzahler. Sein Uebeltritt lag schon einige Jahre zurück, er wollte auch für diese Zeit die Steuern nachzahlen. Sein Beauftragter geriet nun an Grund und Schmidt, und diese be-mühten die Gelegenheit, die Ebbe in ihrer Privatkasse zu benutzen. Sie veranlagten den Mann auf eigene Faust und zogen von ihm 11 000 M. ein. Das war nun aber dem Steuerzahler doch etwas zu viel und er legte Berufung ein. Diese bearbeiteten aber wiederum die Bureauassistenten. Um sich nicht zu veraten, ermäßigten sie den Steuerfuß etwas und schickten einen entsprechenden Teil der Summe zurück, so unangenehm ihnen das auch war. Erst jetzt bei der allgemeinen Revision kam diese Unterschlagnung an den Tag, und Grund und Schmidt folgten Volt und Banneide in das Untersuchungsgefängnis.

Zum Frauenmord. Die neueren Ermittlungen haben ergeben, daß sich die Anna Arnold vielfach, auch seit ihrem letzten Besuch bei ihrer Schwägerin, auf Rixdorf Gebiet aufgehalten hat. Die Kriminalpolizei durchsucht deshalb mit ihren Diensthunden das ganze Raubengelände von Rixdorf ab, weil es möglich ist, daß sie dort irgendwo ihren Tod gefunden hat, und daß Körperreste und Kleidungsstücke dort verborgen gehalten werden. Ein Heer von Beamten ist unterwegs und öffnet jede Raube. Gleichzeitig finden auf dem Polizeipräsidium wieder viele Vernehmungen statt. Von Hamburg, wo die Arnold unter dem Namen Klara Schmidt bestrast worden ist, hat man sich ihre Photographie verschafft, die nun allen Jungen vorgelegt wird.

Weitere Nachforschungen der Kriminalpolizei und Untersuchungen der Ärzte haben zu neuen Feststellungen geführt. Der Spezialarzt Dr. Frankel hat die Haare von dem Rumpsteil und den Armen untersucht und festgestellt, daß sie in der Wurzelbildung, in der Stärke und ihrer inneren Gestaltung durchaus übereinstimmen. Sie weisen sogar beide übereinstimmend gewisse Krankheitszeichen auf, die bei starkem Schwitzen aufzutreten pflegen. Dazu ist ermittelt worden, daß die Anna Arnold fast jeden Abend bei Dobberten in der Mariannenstraße gefasst hat. Eine andere Feststellung ist die, daß die Arnold nicht in anderen Umständen war. Es können also alle Ermittlungen nach der Richtung eines Verbrechens gegen das lebende Leben und seine Folgen bei den ferneren Untersuchungen ausgeschlossen werden. Ueber den Verbleib der Arnold in der letzten Zeit ist jetzt ihr Aufenthalt vom 23. bis zum 29. November festgestellt. Nach dem 29. November, abends 9 1/2 Uhr, blieb die Ermordete verschunden.

Es sei darauf hingewiesen, daß der Täter jetzt nach so langer Zeit scheinlich noch Leidensteile in seiner Wohnung haben kann. Nun hat der Gerichtschreiber Professor Dr. Jeserich festgestellt, daß sich an dem Strich, mit dem das in der Spree gefundene Paket der Rumpsteil, verhängt war, Restfall befindet. Es besteht also die Vermutung, daß der Körper die Leidensteile, die bis jetzt noch nicht gefunden worden sind, mit Restfall vermischt hat oder wenigstens den Versuch gemacht hat, sie zu vernichten. Das kann er in seiner Wohnung unternommen haben. Möglich ist aber auch, daß er die Leidensteile irgendwo in eine Klaustrube geworfen hat. Alle Klaustruben, auch außerhalb der Reichsgränze Berlins und der Provinz, sollten auf Leidensteile und Kleidungsstücke genauer untersucht werden.

Ausstellung empfehlenswerter Jugendchriften und Wand-schmuckausstellung im Gewerkschaftshaus. Wegen des starken Andranges am vergangenen Sonntag — die Ausstellung war von über 3000 Personen besucht — war es Vielen nicht möglich, die Bücher und Bilder zu besichtigen. Deshalb wird die Ausstellung, die am Sonntag geschlossen werden sollte, am kommenden Sonntag nochmals wiederholt werden. Um den Besuch zu erleichtern, soll die Wanderausstellung von der Bücherausstellung getrennt werden. Die Wanderausstellung verbleibt im Saal III, dagegen soll die Bücherausstellung in dem doppelt so großen Saal I stattfinden. Der Verkauf findet wie bisher im Saal II statt. Die Ausstellung wird von 2 bis 9 Uhr geöffnet sein.

Die Ausstellung und der Verkauf der Sonneberger Spielwaren findet während der ganzen Woche bis einschließlich Sonntag, den 19. Dezember, im Gewerkschaftshause statt.

21 000 Morgen Wald und keine Weihnachtsbäume. In dieser eigenartigen Lage befindet sich die Stadt Fürstentum. Während die Verwaltung des Stadtförstes in früheren Jahren Bestellungen auf Lieferung von Weihnachtsbäumen in ausgedehnter Maße entsprochen konnte, wird diesmal keine Fürstentum-Lösung den Weihnachtsstich schmücken. Das ist darauf zurückzuführen, daß im letzten Frühjahr in den Beständen des jungen Tannenwuchses wiederholt infolge Funkenauswurfes von Lokomotiven Feuer wütete und die als Weihnachtsbäume in Betracht kommenden Tannen und Fichten vernichtet hat. Die Waldverwaltung hat für den hierdurch der Stadt Fürstentum entstehenden Schaden eine bedeutende Summe zahlen müssen.

Sein Rangieren gerät. Zwischen Rampe und Wagen wurde vorgestern mittag um 12 Uhr der 68-Jährige alle Rangierer Friedrich Berghaupt aus der Nopernstraße, 9, der seit 33 Jahren auf dem Güterbahnhof der Eisenbahn an der Fruchttrasse beschäftigt war, todschlacht. Er wollte auf die Mühlrampe hinaufsteigen und über-fah, daß soeben ein beladener Wagen herangeschoben wurde. So geriet er zwischen diesen und die Rampe.

**Ueber die Befestigung in der Heimstätte** Wütergoh werden seit Jahr und Tag Klagen erhoben, die nicht verstummen wollen. Wir haben bisher eine ganze Anzahl Beschwerdeführer mit ihren Klagen an das Kuratorium für die städtischen Heimstätten verwiesen, Besserung scheint aber nicht erfolgt zu sein, und so muß einmal öffentlich ein Wort darüber gesagt werden. Es ist gewiß richtig, daß die Urteile über das Essen sehr auseinandergehen können, weil die „Geschmäcker sehr verschieden sind“; allein richtig ist auch, daß den in Heimstätten befindlichen Patienten eine stärkende, gute Kost verabreicht werden muß, soll der Aufenthalt in der Heimstätte seinen Zweck erreichen und die Patienten wieder arbeitsfähig machen. In Wütergoh scheint, nach uns gewordenen Mitteilungen, die Ober-Schwester eine recht sparsame Wirtschaft zu betreiben. Wenn diese Eigenschaft auch im allgemeinen recht lobenswert sein kann, so ist sie doch verfehlt und direkt schädlich, wenn bei Zusammensetzung des Essens für Heimstättenpatienten allzu knauserig verfahren wird. Das trifft zu, wenn man hört, daß der Hauptbestand aus Zwiebeln, Kartoffeln, Sülze und Käse, der vielfach recht verdorben ist, besteht. Das Fleisch zum Mittagessen (zu Wirsinglohn) soll vorher schon einmal zur Soufflon Bewertung gefunden haben, Klopse verdienen ihrer Zusammensetzung nach eher den Namen ausgebeugtes Brot, wobei zu beachten ist, daß übriggebliebene Klopse mit Lungenhohlräume zusammen verarbeitet wurden. Daß Patienten vom Arzt diätetische Kost verordnet wurde, mit dem ausdrücklichen Verlangen, gekochte Eier zu verabfolgen, die Eier aber nicht gegeben wurden, nur nebenbei. Fest steht, daß schon zahlreiche Patienten die Heimstätte wegen der schlechten Verpflegung verlassen haben und erst dieser Tage sind aus diesem Grunde 4 Mann fortgegangen. Die Häufung der Beschwerden über das Essen und das Verlassen der Anstalt aus diesem Grunde kann unserer Meinung nach dem Kuratorium nicht unbekannt sein. Es kann nicht genügen, wenn die Leitung der Heimstätten und das aufsichtsführende Personal über die Klagen sich äußert und sie als unberechtigt erklärt. Es wird Zeit, daß man endlich einmal sich der Patienten annimmt und Abhilfe schafft und so zugleich dafür sorgt, daß die Heimstätten ihren eigentlichen Zwecken zugeführt werden. Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß die Klagen, die uns vorgetragen wurden, von Leuten herrühren, die keineswegs besonders hohe Ansprüche zu stellen gewohnt sind.

**Ein Gerüststurz**, wobei vier Personen verunglückten, ereignete sich gestern nachmittag an der Ecke der Schönhauser Allee und Schönebergener Straße. Die Verletzten erlitten Brustquetschungen und andere Verletzungen und erhielten auf der Hilfswache in der Gaudystraße Verbände. Alle vier konnten von dort nach der Wohnung entlassen werden, sind aber einstellend arbeitsunfähig. Das zusammengebrochene Gerüst diente einem Lebensausbau.

**Neue Bahnpostautomaten** sollen demnächst auf den Stationen Friedrichstraße, Anhalter und Stettiner Bahnhof aufgestellt werden. Es sind sogenannte „Selbstdrucker“ für Bahnsteigkarten, welche der Apparat mit dem üblichen Zeit und außerdem noch mit einer fortlaufenden Nummer bedruckt, zugleich werden die Karten, die aus weichen, etwas dünnerem Karton bestehen, von der Rolle abgetrennt, wie dies schon bei anderen Automaten der „Eisbahn“ der Fall ist. Der Vorteil der neuen Apparate besteht, abgesehen von der billigeren Herstellung und leichteren Kontrolle der Karten, darin, daß die Automaten eine erheblich größere Zahl von Karten aufzunehmen vermögen, als die älteren Behälter, in denen die fertigen Karten aufeinandergeschichtet sind und, sobald sie Feuchtigkeit angezogen haben, zuweilen die Ausfallsöffnung verstopfen. Die von den „Selbstdruckern“ hergestellten Bahnsteigkarten berechnen sich zum Betreten eines beliebigen Berliner Bahnhofs.

**Ein üblicher Straßenbahnunfall** ereignete sich am Sonntag in der Reichenberger Straße. Eine etwa 45jährige, anscheinend den mittleren Ständen angehörende Dame, deren Personalien bisher noch nicht ermittelt werden konnten, verließ einen von ihr benutzten Straßenbahnwagen der Linie 14 trotz der eindringlichen Warnung seitens des Schaffners während der Fahrt. Sie kam zu Fall und blieb besinnungslos auf dem Fahrdamm liegen. Die Rettungslücke wurde nach der Rettungswache am Vörlinger Bahnhof gebracht, wo sie unmittelbar nach ihrer Einlieferung an den Folgen der erlittenen schweren inneren Verletzungen und eines Schädelbruchs verstarb.

**Thalia-Theater.** „Die süße Cora“ heißt der neueste Schwank, als dessen Verfasser Jean Ren und Arthur Lippich verantwortlich zeichnen. Wie üblich, haben sie den Jugstrafen des Thaliatempels altbewährte Rollen in ungekempelter Form auf den Leib geschrieben, so zwar, daß wir uns zugleich wieder einmal an reichen Theaterhumor hinsichtlich seiner mannigfaltigen erotischen Reize erfreuen können. Das gibt dann zusammen hundert durch-einanderwickelnde Gewänder, deren Träger in die tollsten waghalsigen Situationen geraten und die schlauesten Streiche vollziehen — bis dann zum Schluß die Paare um den Segen des Publikums bitten. Natürlich schließen Helene Vallot, Arnold Ried, Grete Ly, Emil Sondermann und Johanna Junker-Schach den Vogel ab. Desgleichen kommen Theodor Stolzenberg, Kurt Diferer und Walter Formes sowie auch das ganze Börsen-singen-lustige Chormitglied zu ihrem Recht. Ein „Bluff“ ist dabei. Die Titelheldin ist zwar eine „Ist“, aber gemeinhin eine richtige Schlange, folglich ein großes machendes Reptil, obwohl es auf den Namen „Süße Cora“ hört. Soviel ist allerdings erwiesen: „Cora“ bedarf weder eines Kostüms, noch einer Darstellerin, um ihr Dasein auf der Bühne zu erproben. Es geht da „oben“ turbulent genug her, hauptsächlich in der „Kostümprobe bei der Schlangentänzerin“. Außerdem sorgen die Couplettdichter Alfred Schönfeld und die Versorger Viktor Holländer und Max Schmidt, daß die Stimmhänder nicht trocken. Und endlich hat Walter Collo die Berliner Leberlächer durch seine Gesangsleinlage „Am schönsten ist's bei uns zu Haus“ um eine neue Walze bereichert.

**Wer ist der Tote?** Auf dem Laubengänge an der Riechholzstraße zu Treptow, in der Nähe der Pumpstation, wurde gestern ein etwa 60 Jahre alter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, erhängt aufgefunden. Der Tote ist 1,68 Meter groß, hat eine hohe Stirn mit Glatze, graue Augen, eine dicke Nase, einen breiten Mund, ein rundes Gesicht, graugemischtes Haar und Schnurrbart und eine mittlere Gestalt. Er trug einen schwarzen steifen Hut, einen braunen Krümmelbergzieher, ein dunkel gefreites Jackett, eine blaue wollene Unterjacke, eine grau karierte Hose und schwarze Schnürstiefel.

**Feuerwehrrachrichten.** Wegen einer gefährlichen Wasser-Koffgasexplosion wurde gestern früh um 7 1/2 Uhr die Feuerwehre nach der Köpenicker Straße 22-23 an der Warschauer Brücke alarmiert. Dort war im Keller der Auergesellschaft, Deutschen Gaszucht-Alliengesellschaft, angeblich durch Unvorsichtigkeit, ein Behälter mit Wasserstoffgas explodiert, wobei eine Mauerwand und einige Fenster eingestürzt wurden. Da Personen nicht verletzt waren und eine weitere Gefahr schnell beseitigt war, konnte die Feuerwehre bald wieder abrücken. Durch eine Spiritusexplosion entstand am Sonntag in einer Mädchenkammer in der Friedrichstraße 27 ein Brand, wobei die Köchin Just Brandwunden erlitt und außer Spiritus, Decken und Möbel in Brand gerieten. Der erste Zug aus der Riechholzstraße hatte in der Gontardstraße 3 einen größeren Kellerbrand zu löschen. Durch kräftiges Wassergeben wurde eine weitere Ausbreitung verhindert. Längere Zeit hatte ein Zug in der Weinmeisterstraße 3 zu tun. Dort brannte das Zwischengebäude, Kuchboden u. a. In der Steinstraße 11 wurden bei einem Brande Wurst- und Speckkäse ein Raub der Flammen. Wegen einer Gasvergiftung rückte der Zug 18 nach der Probenstraße 18 aus. Eine Person wurde durch Einflößen von Sauerstoff ins Leben zurückgerufen. Gestern nachmittag brannte in der Warschauer Straße 21 der Inhalt eines Schaufensters. Küchen- und

Wohnungsbrände wurden aus der Pflegerstraße 3, Stolker Straße 64, Dresdenstraße 53 u. a. Stellen gemeldet. Auf der Straße vor dem Hause Reichenberger Straße 63 brannte Teer u. a. In der Ecke der Schönhauser Allee und Schönebergener Straße war ein Kind unter einem elektrischen Straßenbahnwagen geraten. In der Stralauer Straße 18 mahlte in einem Kolonialwarengeschäft ein Brand gelöscht werden. Schuerverlappen, Strohpäckung usw. brannte dort.

## Vorort-Nachrichten.

### Rigdorf.

Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung trachten der Sozialdemokratie einen ersten Sieg. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt; sei es, daß man auch im gegnerischen Lager der Meinung ist, daß die dritte Abteilung der Sozialdemokratie gehört.

Das Wahlergebnis ist folgendes:

22. Bezirk: Jaeger (Soz.) 635 Stimmen.

24. Bezirk: Keil (Soz.) 681 Stimmen.

Genau von 1 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends Wahl in der 2. Abteilung (Nordbezirk). Wahllokal: Namerhof, Kaiser-Friedrich-Straße 212. Kandidaten: 1. Wilhelm Lemmig, Kaufmann, Steinmeyerstr. 69; 2. Wilhelm Diekmann, Eigentümer, Weichselstr. 59. Die Genossen, welche gewählt sind zu helfen, treffen sich bei Anger, Kaiser-Friedrich-Straße 32. Das Wahlkomitee.

**Liberaler Wahrschicksal.** Die sehr es dem Liberalismus ernst ist mit der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, zeigt das folgende drastische Beispiel der Rigdorfer liberalen Mannes. Am heutigen Dienstag sind zwei Mandate der zweiten Wählerabteilung des Nordbezirks zu belegen. Bisher hatte die sogenannte „Neue bürgerliche Fraktion“ die Mandate in ihrem Besitz, die doch mehr oder weniger der Herren vom Richardspfad waren, wenngleich es auch besitzten wird. Hinter der „Neuen bürgerlichen Fraktion“ stehen die „unpolitischen“ Bezirksvereine und der Grundbesitzerverein „Kaiser-Friedrichstadt“. Um die Eroberung dieser beiden Mandate ist ein heftiger Kampf entbrannt und zwar zwischen dem bürgerlichen Kommunalwählerverein der Demokratischen Vereinigung und der Sozialdemokratie. Interessant ist bei diesem Kampfe die Tatsache, daß die Mäcker der „unpolitischen“ Bezirksvereine ihre liberale Gesinnung besonders betonen. Vor einigen Tagen hatten die Herren eine Wählerversammlung nach der „Neuen Welt“ einberufen, zu der nur erprobte und zuverlässige Befannungsverbundene Zutritt hatten. Diese Versammlung sollte zu den bevorstehenden Wahlgängen Stellung nehmen; u. a. wurde auch die Stellung der „Neuen bürgerlichen Fraktion“ zu der Wahlrechtsfrage erörtert. Wer nun glaubte, daß die anwesenden liberalen Stadtväter ihre schmälliche Handlungsweise, die sie sich bei der Wahlrechtsverfechtung am 17. Dezember des vergangenen Jahres durch ihre Mißhilfe haben zu schämen lassen, eingesehen hätten, täuschte sich gewaltig! Kommunalfragen müssen eben anders beurteilt und bewertet werden wie Fragen der höheren Politik, das ist der ewig wiederkehrende Refrain dieser „Liberalen“. Auch der gibt sich einer Täuschung hin, der da glaubt, daß aus der Versammlung heraus von den sonstigen Liberalen darauf hingewirkt worden wäre, daß die liberalen Rathausvertreter aus im Rathaus die Grundzüge des Liberalismus zu vertreten verpflichtet wären. Im Gegenteil! Die Haltung der „Neuen bürgerlichen Fraktion“ bei dem Wahlrechtsraub wurde ausdrücklich gutgeheißen, was besagt, daß die „liberale“ Politik der „unpolitischen“ Bezirksvereine kein Jota höher zu bewerten ist als die schämmste Interessenspolitik der Herren vom Richardspfad: die Anbetung und politische Entwürdigung der Mittel- und Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiterklasse, ist in Wirklichkeit der Weg, auf dem die Herren ihr Ziel erstreben. Um sich aber gar keine Gelegenheit entgehen zu lassen, die besondere Güte ihrer liberalen Gesinnungstätigkeit zu offenbaren, wurden die Kandidaten der Demokratischen Vereinigung noch dadurch besonders gekennzeichnet, indem „aus den Kontrollisten früherer Wahlen festgestellt wurde, daß die Kandidaten der Demokratischen Vereinigung früher ihre Stimmen für die Kandidaten der Sozialdemokratie abgegeben haben“. Bei dieser Art von Liberalen scheint das allem Anscheine nach ein besonders schweres Verbrechen zu sein.

Männer, die ihre liberale Gesinnung öffentlich herborheben und so reaktionär wie nur möglich handeln, verdienen nicht als Vertreter der Bürgerlichkeit zu gelten. Öffentlich gelangt es heute, diesen Herren die einzige und verdiente Antwort zu geben und die Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen.

**Hinterrück** erforscht hat am Sonnabend abend der Ardenzurichter Reinhold Barowick aus der Alsterstr. 42 in dem Lokal von Gänsehals den 25jährigen Lichler Paul Müller aus der Reichenberger Straße 124. Müller starb bald darauf. Der Täter hatte sich an der rechten Hand verletzt und wurde festgenommen. Er gab an, daß nicht dem Müller, sondern dem 19jährigen Schlosser Heinrich Vicker das Attentat gegolten habe. Dieser war mit Müller, seinem Bruder Konrad, deren Bräuten in das Lokal von Gänsehals gekommen, wo Barowick schon anwesend war. V. fing mit Hänfellein an, die zum Streit führten, den der Bier jedoch salbierte. Als Müller das Billardzimmer betrat, folgte ihm V. und schlug ihn mit einem Gensdarmen von hinten zwischen die Schultern. V. drückte gleich zusammen und war, noch bevor ein Arzt zur Stelle war, eine Leiche. Den Gensdarmen warf V. unter das Billard.

### Charlottenburg.

**Elterverein für freie Erziehung.** Auf die am Mittwoch, den 15. d. M., stattfindende Märchenausführung wird hierdurch nochmals hingewiesen. Zur Aufführung gelangt „Die Iwergepost“, gespielt von 30 Kindern des Vereins. Anfang 4 Uhr. Entree für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.

### Mariendorf.

**Umfangreiche Arbeiterentlassungen** haben im Laufe der vergangenen Woche im Gastwerk der Englischen Gasanstalt stattgefunden. Die Arbeiterzahl von circa 500 Mann ist plötzlich um circa 20 Proz. verringert worden. Ein Vorgang, der in der Zeit der Hochkonjunktur der Gaswerke, wie dies die Monate Dezember-Januar sind, außerordentlich befremdlich erscheint. Unter den Entlassenen befinden sich Leute, die 5 Jahre und länger ununterbrochen im Gastwerk beschäftigt waren und die niedrigen Löhne im Hinblick auf die „dauernde“ Stellung in Kauf genommen hatten. Das bei jeder Gelegenheit betonte „Wohlmollen“ für ihre Arbeiter hat die Verwaltung nicht abgehalten, im Interesse einiger englischer Kapitalisten zahlreiche Arbeiter die Hungerperle als Weihnachtsgeschenk zu bringen. Das ist um so unerklärlicher, als noch wenige Tage bevor die ersten 50 Mann entlassen wurden, der Direktor Rohmer, der im Nebenamt noch Gemeindegewerkschaft in Mariendorf ist, dem Arbeiterausschuß gegenüber geäußert hatte, daß Entlassungen nicht beabsichtigt seien. Herr Rohmer hat nun Gelegenheit, als Gemeindegewerkschaft von Mariendorf für die durch ihn arbeitslos gewordenen etwas zu tun. Die circa 100 Entlassenen wohnen größtenteils in Mariendorf. Wie nehmen an, daß Herr R. seinen Einfluß in der Gemeindeverwaltung dahin geltend macht, daß die Entlassenen von der Gemeinde mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Ober vielleicht beantragt der Herr Gemeindegewerkschaft, daß die Gemeindeverwaltung sich einmal mit den Arbeiterangelegenheiten der Gasanstalt beschäftigt, um eventuell Schädigungen der Gemeinde oder deren Mitglieder durch das Vorgehen der Verwaltung zu verhindern.

Die Arbeiter haben den Antrag gestellt, durch entsprechende Verfügung der Arbeitszeit weiteren Entlassungen vorzubeugen.

### Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Um der schulentlassenen Arbeiterjugend die Weiterbildung zu ermöglichen, hat es sich die Arbeiterkassette von Lichtenberg-Friedrichsfelde zur Aufgabe gemacht, ein Jugendheim zu schaffen. Zur Lösung dieses Problems soll eine „Vereinigung Jugendheim“ gegründet werden. Der Mitgliedsbeitrag zu dieser Vereinigung ist auf nur 10 Pf. pro Monat bemessen, so daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sehr leicht der „Vereinigung Jugendheim“ beitreten kann. Die Anmeldung der Mitgliedschaft ist an den Genossen Alfred Klem, Fittelstraße 16, zu richten. Um das geplante Heim möglichst schnell zu schaffen, ist eine große Mitgliederzahl erforderlich. Es werden daher sämtliche Anhänger unserer Ideen aufgefordert, mit allen Kräften Mitglieder für diese Vereinigung zu werden. In den Räumen des Heims sollen Vorträge gehalten und Lesarten für die Weiterbildung der Jugend verabsichtigt werden; auch wird zu gesellschaftlicher Veranlassung Gelegenheit geboten.

### Ober-Schöneweide.

**Pläne der Gasanstalt Oberspree.** Die Gesellschaft, welche für das Gemeindegebiet einen Monopollieferungsvertrag bis 1949 hat, verlangt als Gegenleistung für die Einführung eines Gabelnheitspreises die Verlängerung der Vertragsdauer um weitere 20 Jahre. Dabei ist zu bedenken, daß nach Ablauf des Vertrages die Gesellschaft ohnehin das Recht hat, ihren Betrieb weiter zu führen, nur mit der Einschränkung, daß von diesem Zeitpunkt an die Errichtung von anderen Werken möglich ist.

Es dürfte jedoch der Konkurrenz im Hinblick auf die hohen Abschreibungen einer neuen Anlage usw. nicht leicht werden, das Feld zu behaupten. Nach dem Vertrage ist die Gesellschaft verpflichtet, Leuchtgas zum Preise von 16 Pf. und Kochgas mit 10 Pf. pro Kubikmeter zu liefern, und hat ab 1. Januar 1909 an die Gemeinde eine Prämieabgabe von 5 Pf. des im Gemeindebezirk entnommenen Leuchtgases (ausschließlich des von der Gemeinde selbst benötigten) abzuführen, was für das laufende Jahr den Betrag von circa 4000 Mark ausmacht. Nach dem Auerbieten der Gesellschaft soll ein Einheitspreis von 13 Pf. festgelegt werden, erst nach längerem Verhandlungen ließ sie sich herbei, die Abgabe von 5 Proz. an die Gemeinde statt der in Aussicht gestellten 2 1/2 Proz. beizubehalten. Wenn auch der Gemeinde hierdurch eine jährliche Mehreinnahme von circa 8000 Mark zufließt, so sieht dem doch gegenüber, daß durch die Verteuerung des Kochgases um 3 Pf. der Gasgesellschaft eine wesentliche Mehreinnahme sicher ist, was ja auch wohl die Triebfeder des Vorgehens sein mag. Es dürfte ohnehin an der Zeit gewesen sein, die hohen Gaspreise zu erniedrigen; daher liegt für die Gemeinde wirklich kein Bedürfnis vor, zugunsten eines hohen Einheitspreises ein Kompromiß einzugehen, welches der Gesellschaft Vorteile auf alle Fälle bringt, der Gemeinde aber ein wichtiges Recht auf Jahre hinaus aus der Hand windet. Hoffentlich macht die am Dienstag sich mit dieser Angelegenheit beschäftigende Vertreterversammlung einen Strich durch die Rechnung der Gasgesellschaft.

### Adlershof.

**Eingemeindung Adlershofs in Köpenick?** In der letzten Gemeindevertreterversammlung lag u. a. ein Antrag der Vertreter der zweiten Abteilung vor, welcher die Eingemeindung Adlershofs in Köpenick bezweckte. Begründet wurde derselbe vom Direktor Lindenbergh, der darauf hinwies, daß Adlershof und Köpenick räumlich sich immer näher rücken und bei den bevorstehenden hohen Ausgaben für die Uebernahme der Privatschule (jährlicher Zuschuß circa 50 000 M. vom Jahre 1913 für ungefähr 120 Schüler) und dem Rathausbau (mindestens 850 000 M.) die Eingemeindung in Erwägung zu ziehen wäre. Was Adlershof fehlt und doch dringend gebraucht werde, besitze Köpenick. Dort sind höhere Schulen, ein Rathaus, elektrische Straßenbahnen, von denen Adlershof profitieren könne, ohne daß erhebliche höhere Kosten entstehen. Es sei gar kein Zweifel, daß bei einem Zusammenschlusse beider Gemeinden auf kommunalpolitischem Gebiete Großes geleistet werden könne, während die Misshandlung beider Gemeinden nur zum Schaden derselben ausfallen müsse. In der Diskussion wurde der Antrag vom Genossen Hildebrandt lebhaft unterstützt und die Zusammenfassung der Kräfte in beiden Kommunen gefordert. Als Gegner des Eingemeindungsgedankens sprachen die Herren Schäffen Bach und Kaiser, deren Gründe aber nur lokalpatriotischer Natur waren und jedes größere Interesse für die Aufgaben innerhalb der Kommunen vernichten ließen. In nennlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die 4 Vertreter der 2. Abteilung und unsere Genossen. Der Gemeindevorsteher, die Schäffen und die Vertreter der 1. Abteilung stimmten gegen den Antrag. Die Herren Schäffen Kaiser, Luhe, Kruse und Genosse Hildebrandt wurden als Kommission gewählt, welche sofort mit Köpenick in Verbindung treten soll. Durch die Annahme dieses Antrages ist schon jetzt in den beiden vorhandenen Lokalblättern ein wüster Kampf entbrannt. Da die Frage neu ist, werden sich auch unsere Genossen des öfteren damit beschäftigen müssen, und in dem bevorstehenden Kampfe zum Gemeindeparlament, welcher in den nächsten Wochen beginnt, in Versammlungen usw. ihre Ansicht scharf zum Ausdruck bringen. Infolge der Annahme des Eingemeindungsantrages wurde die Beratung betr. Uebernahme der höheren Privatschule ausgesetzt und betr. Rathausbaues die feste Erwerbung einzelner Grundstücke auf ein halbes Jahr beschloffen.

**Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter sowie der Löhne der Gemeindearbeiter** nahm die letzte Gemeindevertreterversammlung vor. Das neue Lehrerbefoldungsgesetz hat auch den hiesigen Lehrerkollegien Veranlassung gegeben, eine Ortszulage von 750 Mark zu beantragen. Die Schuldeputation sprach sich für den Antrag aus, dem auch die Gemeindevertretung zustimmte. Nach dem Beschlusse wird das Grundgehalt der Lehrer hinfirt 1800 M. und die Alterszulage in den ersten 7 Stufen 50 M. betragen. Das Grundgehalt der wissenschaftlichen Lehrerinnen 1475 M. und eine Alterszulage von je 50 M. in der 1. und 2. Stufe.

Den technischen Lehrerinnen werden als Grundgehalt 1200 M. und in der 1. und 2. Altersstufe je 25 M. Zulage gezahlt werden. Für die Rektoren kommt eine Amtszulage von 1200 M. in Anrechnung. Diese Ortszulagen sollen vom 1. April 1909 ab gezahlt werden. Da für den Beschluß die Genehmigung der Regierung nachgesucht werden muß, wurde beschlossen, vorläufig die Hälfte der Erhöhungen noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen. Mit dem Antrage des Lehrpersonals ging pünktlich ein Antrag der Gemeindebeamten auf gleiche Erhöhung ihrer Bezüge ein. Die Vertretung stimmte auch diesem Antrage mit der Bedingung zu, daß auch hier die Hälfte vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen soll. Nun hätte man eigentlich erwarten sollen, daß der Gemeindevorstand auch für die Gemeindearbeiter eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge in Vorschlag bringen würde. Denn wenn von allen Seiten die Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter als notwendig, entstanden durch die ungeheuren Verteuerungen aller Bedarfsartikel, anerkannt wird, dann ist es doch selbstverständlich, daß der bedeutend geringer entlohnte Arbeiter erst recht einer Aufbesserung seiner Bezüge bedarf. Aber hier bedurfte es erst eines Antrages unserer Genossen, um für die Gemeindearbeiter eine Mehrerinnahme zu erzielen. Gegenüber dem Antrage wurde vom Gemeindevorsteher versucht, die Beschlußfassung hinauszuschieben, indem er auf die Beratung eines Entwurfes für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter verwies, in welchem auch eine Neuregelung ihrer Bezüge ausgesprochen werden soll. Unsere Genossen verlangten aber sofortige Beschlußfassung, da bei dem vorhandenen Bewußtseinsstande sämtlicher Gemeindevertreter für die Aufbesserung der Gehälter eine Aufbesserung der Bezüge der Gemeindearbeiter nicht auf abgelehnt werden könnte, während bei späterer Beratung des Entwurfes dieselbe eine Erhöhung von 1 M. pro Woche der ganze Erfolg gewesen sein würde. Entsprechend dem Vorgehen unserer Genossen wurde denn auch beschlossen, den Wochenlohn der Arbeiter von 24 M. auf 27 M. und den des Vorarbeiters von 30 auf 31,50 M. zu erhöhen; auch hier sollen die Zahlungen vom 1. Dezember ab geleistet werden. Die

beschlossenen Erhöhungen der Gehälter und Löhne werden im nächsten Etat eine Mehrausgabe von circa 25 000 M. bedingen, das sind 25 Proz. unferes durch den Kommunalsteuerausgleich vorgezeichneten Steuerfußes. Gegenüber dieser voraussichtlichen Mehrforderung an den Etat ist nur zu begrüßen, daß die Mehrheit sich von ihrer Gegnerschaft zur Wertzuwachssteuer befreit hat und bereit war, für diese wie auch andere Steuern, die in erster Linie den unbebauten Grundbesitz treffen, zu stimmen. Die Wertzuwachssteuerordnung beginnt mit 10 Proz. bei einer Wertsteigerung von 10 Proz. und endigt mit 25 Proz. bei 100 Proz. Wertsteigerung. Als Anfangstermin der Wertsteigerung wurde der 24. September 1879 angenommen, an welchem Tage Adlerhof ein selbständiges Gemeinwesen wurde. Von einigen Vertretern wurde versucht, die erste Stufe auf 5 Proz. herabzusetzen, von anderen Vertretern wurde eine weitere Steigerung der Sätze verlangt. Auch der übrige Umfang des Grundstückes sollte zu einer Steigerung führen. Sämtliche Anträge wurden aber abgelehnt und der Entwurf der Kommission gegen die Stimmen der Herren Lindenberg und Lube angenommen. Die Umsatzsteuerordnung wurde dahin abgeändert, daß auch diejenigen Grundstücke, welche der Zwangsübersteigerung unterliegen, aber bisher von der Umsatzsteuer befreit waren, zum vollen Werte zur Steuer herangezogen werden. Bei der Grundwertsteuerordnung wurde beschlossen, für unbebaute Grundstücke einen höheren Prozentsatz als bei bebauten Grundstücken zu erheben. Es wird dabei in Aussicht genommen, daß bei der Festsetzung des Voranschlags für 1910-1911 6 Proz. für unbebaute Grundstücke und 4 Proz. für bebauten Grundstücke als Grundwertsteuer festgelegt werden.

### Tempelhof.

Die Einwohnerzahl betrug am 1. Oktober 1909: 17 814 Personen; es hat in dem einen Jahre ein Zugang von 1960 Personen stattgefunden. — Zur Herstellung und zum Betriebe einer Erweiterung des Bahnhofs Teltow ist beim Regierungspräsidenten die Genehmigung nachgesucht worden.

### Weihnäse.

Weihnachtsausstellung. Die Arbeiterkassette wird auf die Ausstellung und den Verkauf von guten Jugendschriften, Bilderbüchern, Spielen, Märchenbüchern usw. aufmerksam gemacht, welche wie alljährlich in den Räumen des Lokales von Gustav Kohnstorf, König-Chaussee 88, stattfindet. Derselbe ist geöffnet an den Wochentagen von nachmittags 5 Uhr bis 10 Uhr, Sonntag, den 19. von morgens 9 Uhr bis abends 10 Uhr und am 24. Dezember (Heiligabend) von 8 bis 9 Uhr abends.

Parteienossen, unterstützt durch Deckung eures Weihnachtsbedarfs bei und die Ausstellung. Bestellungen nimmt die Parteipostition jederzeit entgegen.

### Bernau.

In der letzten Wahlvereinsversammlung gab Genosse Knöckle unter anderem einen kurzen Bericht von der erfolgten Stadtverordnetenwahl. 24 rührige Agitation zur Wahl hatte den Erfolg, daß unsere Genossen mit 406 gegen 30 bürgerliche Stimmen gewählt wurden, so daß jetzt sämtliche Mandate der dritten Abteilung in unserem Besitz sind. Vor sechs Jahren unterlagen noch unsere damaligen Kandidaten den jetzt ausgeschiedenen bürgerlichen Stadtverordneten, während die Gegner diesmal nicht einmal die nötigen Durchsichtskandidaten aufstellen konnten, um in eine Wahlbewegung eintreten zu können. — Vor allem ist aber auch durch das Eintreten der Sozialdemokratie in die Stadtverordnetenversammlung ein größeres Interesse für kommunalpolitische Angelegenheiten unter der Einwohnererschaft zu verzeichnen, was die zunehmende Wahlbeteiligung am besten beweist.

Den Genossen Kunze, Restaurateur, A. Wünsche, Restaurateur, und Ch. Wagner, Zigarrenhändler, wurde, weil sie ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, eine Rüge erteilt. Ein Antrag auf Ausschluß wurde abgelehnt. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde zunächst Genosse W. Altmann als zweiter Bezirksleiter gewählt. Das Wahlabstimmungslokal des 1. und 2. Bezirks ist vom Januar ab das Restaurant Eglismum. — Durch die vorausgegangene Agitation für den „Vorwärts“ und den Wahlverein, wie auch durch die Agitationsberaumung für die Frauen wurden 6 Abonnenten sowie 88 neue Mitglieder, darunter 18 Frauen, gewonnen. Der Frauenlesabend wird anfangs Januar stattfinden, in welchem die Frauen den Tag endgültig festlegen sollen. Vor allem soll die Bezirksleitung mehr für geselligen Verkehr unter den Genossen und Genossinnen sorgen.

### Spandau.

Das „Wirken“ der Polizei bei Verordnungen hat am Sonntag und Sonntag wieder einmal berechtigter Empörung unter den an den Verordnungen Beteiligten hervorgerufen. Am Sonntag wollte der Stadtverordnete Genosse Pieper gerade unter zahlreichem Beiseite seinen einzigen von fünf Kindern übrig gebliebenen 13 Jahre alten Sohn zur letzten Ruhe bestatten lassen, als kurz vor der Beerdigung ein berittener Polizeiergeant in voller Uniform auf den Friedhof beraus ritt. Dort mußte der Beamte zunächst auf Intervention des Friedhofsinpektors von seinem Gaul herunterklettern und das Pferd vor dem Eingang des Friedhofes hinführen! Er übergab das Pferd einer Person zum Halten und kam dann wieder auf den Friedhof, um sich während der Trauerfeier in der Nähe der Trauerberaumung herumzudrücken. Als am Sonntagmorgen der Genosse Albert Weile zur letzten Ruhe bestattet wurde, bekamen die Teilnehmer noch mehr von der Polizei zu sehen. Am Eingang zum Friedhof, der ziemlich abgelegen ist, stand schon längere Zeit vor der angelegten Beerdigung der Kriminalpolizeiergeant Sehle. Als die Deputationen des Wahlvereins, der Buchdrucker und des Gewerkschaftslokals mit

den gestifteten Kränzen mit roten Schleifen anlangten, verlangte der Beamte die Beiseitigung der roten Schleifen. Die Kranzträger verzweigten dies, da nach einem Stadtverordnetenbeschlusse Kränze mit roten Schleifen am Grabe niedergelegt und auch der Leiche von der Halle bis zur Gruft nachgetragen werden können. Der Beamte packte nun den einen Kranzträger am Arm und wollte die Schleife gewaltsam entfernen. Es entstand nun durch das Verhalten der Polizei ein tumultuöser Aufruhr vor dem stillen Friedhof. Erst den Vermählungen des anwesenden Stadtverordneten Pieper und des Friedhofsinpektors Bergemann gelang es, den Polizeibeamten von seinem Verlangen abzubringen, der indes behauptete, vom Polizeikommissar den Auftrag erhalten zu haben, das Mitführen von roten Schleifen zu untersagen. Unsere Genossen im Stadthaus werden sicher über dies unerhörte Vorgehen der Polizei, entgegen einem ausdrücklichen Beschlusse der Stadtverordneten, Beschwerde führen. Die Beerdigung selbst verlief dann, da der Beamte nicht mehr zu sehen war, in ruhiger, würdiger Weise.

### Potsdam.

Zur Stadtverordneten-Stichwahl im ersten Wahlbezirk der dritten Abteilung sind alle diejenigen berechtigt, die Ende 1908 und Anfang 1909 in der Teltower Vorstadt, Bröndener Vorstadt und Südhalbinsel der inneren Stadt gewohnt haben. Wer keine Legitimation hat, bringe den Steuerzettel mit. Heute Dienstag wählen alle Wähler von A bis L (einschließlich) und Mittwoch diejenigen von M bis Z.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst widmet der Vorsitzende dem plüßlich verstorbenen Stadtverordneten Tollnits einen warmen Nachruf. Für die weiblichen kaufmännischen Angestellten soll am 1. April 1910 eine obligatorische Fortbildungsschule errichtet werden. Die Kosten werden zu einem Drittel von der Stadt gedeckt, außerdem gibt sie Raum, Heizung und Licht. Ein weiteres Drittel zahlt der Staat und das andere die Handelskammer. Unterricht soll wöchentlich zweimal drei Stunden erteilt werden. In Betracht kommen etwa 150 Mädchen. — Die bis zum 31. März 1910 gültige Grundwertsteuerordnung wurde auf ein Jahr verlängert. — Das Eichamt wird von der Burgstraße nach der Brauerstr. 6 verlegt. — Die Kolonien „Dabem“ und „Cecilienhöhe“ schiden laut Vertrag ihre Kinder nach der Potsdamer Gemeindefschule. Diese Verträge sollen gekündigt und die Schulpflicht unter Berücksichtigung des Schulunterhaltungsbeitrages erhöht werden. Die Ede Leipziger und Saarmünder Straße soll ein schöneres Bild erhalten. In diesem Zwecke werden die Vorgärten der Eigentümer Freudenhagen und Schirmer angekauft. Um Erparnisse zu erzielen, trat die Gemeinde für die Lehrer und Lehrerinnen der mittleren händischen Schulen des Alterszulagenklasse des Regierungsbezirkes bei.

Zur den Inhalt der Interzesse übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, 14. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Das Ahnengold. Königl. Schauspielhaus. Maria Stuart. (Anfang 7 Uhr.) Deutsches. Ein Sommernachts Traum. Kammerspiele. Das Heim. Anfang 8 Uhr. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen. Neues Schauspielhaus. The rivals. Fessing. Lantier der Karr. Romische Oper. Der polnische Jude. Neues. Ein königlicher Spaß. Neues. Heuchler. Die Medaille. Neues Operetten. Mit Dabelfad. Berliner. Hohe Politik. Trianon. Durand's Spiel. Residenz. Im Landenschatz. Heibel. Der Skandal. Schiller. (Opern-Theater.) Der Schmir der Treue. Sch. u. Charlottenburg. Wolfenstein Lager. Die Piccolomini. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der Bibliothekar. Weken. Die geschiedene Frau. Thalia. Die lune Gora. Zuffen. Gib mich frei. Volkoper. Der Troubadour. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Role. Kabale und Liebe. Lustspielhaus. Der dunkle Punkt. Met. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Die große Neue. Folies Caprice. Sicher ist sicher. Bunter Teil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.) W. Noack. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Casino. Der Obergauner. Gebr. Herrfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmitel. Karl Haverland. Spezialitäten. Walthalla. Spezialitäten. Gasspiel. Der Hüttenbesitzer. Panagr. Aufst. Die Gysi. Spezialitäten. Roads. Die größte Sünde. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Palau. Die neue Herrin. Taft. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Suggenhagen. Spezialitäten. Ademos 8 Uhr: In den Dolomiten. Sternwarz. Anachdanti 7-82.

Lessing-Theater. 8 Uhr: Lantier der Karr. Mittwoch, 8 Uhr: Vor Sonnenanfang. Donnerstag, 8 Uhr: Geykenker.

Berliner Theater. Heute: Hohe Politik. Morgen: Hohe Politik.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Ein königlicher Spaß. Morgen und folgende Tage: Ein königlicher Spaß.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 10, a. d. Luisenstr. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Mit Dabelfad. Mittwoch nach 3 Uhr ermäßigte Preise: Die goldene Märchenwelt.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Mittwoch, 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Sonntag 4 Uhr: Struwwelpeter. Sonntag 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Dienstag, den 14. Dez., Anf. 8 Uhr: Fingemann als Erzieher. Mittwoch 8 Uhr: Der Ehrenrat. Donnerstag zum erstmalig: Die Dautenlerche. Freitag: Die Hausenlerche.

Residenz-Theater. Direktor: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Im Taubenschlag.

Volks-Oper. SW. Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8. Gasspiel des Herrn August Bookmann. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Gib mich frei.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 182. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Kabale und Liebe.

Apollon Theater. 8 Uhr: Das Progr. d. Novitäten! 8 Uhr mit Prinz Pinne. Varietete in 3 Bildern. Hauptrolle: Henry Bender. 9.30 Der Schimpanse. Konrad James Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhläufer. 10 Uhr: Das Wunderkind. Polit. Robert, d. kleinste u. beste Klopffuß. Virtuose der Welt.

Prinz Pinne. Varietete in 3 Bildern. Hauptrolle: Henry Bender. 9.30 Der Schimpanse. Konrad James Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhläufer. 10 Uhr: Das Wunderkind. Polit. Robert, d. kleinste u. beste Klopffuß. Virtuose der Welt.

Apollon Theater. 8 Uhr: Das Progr. d. Novitäten! 8 Uhr mit Prinz Pinne. Varietete in 3 Bildern. Hauptrolle: Henry Bender. 9.30 Der Schimpanse. Konrad James Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhläufer. 10 Uhr: Das Wunderkind. Polit. Robert, d. kleinste u. beste Klopffuß. Virtuose der Welt.

Prinz Pinne. Varietete in 3 Bildern. Hauptrolle: Henry Bender. 9.30 Der Schimpanse. Konrad James Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhläufer. 10 Uhr: Das Wunderkind. Polit. Robert, d. kleinste u. beste Klopffuß. Virtuose der Welt.

Prinz Pinne. Varietete in 3 Bildern. Hauptrolle: Henry Bender. 9.30 Der Schimpanse. Konrad James Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhläufer. 10 Uhr: Das Wunderkind. Polit. Robert, d. kleinste u. beste Klopffuß. Virtuose der Welt.

Prinz Pinne. Varietete in 3 Bildern. Hauptrolle: Henry Bender. 9.30 Der Schimpanse. Konrad James Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhläufer. 10 Uhr: Das Wunderkind. Polit. Robert, d. kleinste u. beste Klopffuß. Virtuose der Welt.

Prinz Pinne. Varietete in 3 Bildern. Hauptrolle: Henry Bender. 9.30 Der Schimpanse. Konrad James Great als Tourist, Radelfahrer, Rollschuhläufer. 10 Uhr: Das Wunderkind. Polit. Robert, d. kleinste u. beste Klopffuß. Virtuose der Welt.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Der Schwur der Treue. Lustspiel in 3 Akten v. O. Stumme. Ende 10 1/2 Uhr. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die erste Gelbe. Donnerstag abends 8 Uhr: Der Heineidbauer.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Wallensteins Lager. Heraus: Die Piccolomini von Friedrich Schiller. Ende 11 Uhr. Mittwoch, abends 8 Uhr: Wallensteins Tod. Donnerstag, abends 8 Uhr: His Hobbs.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Zirkus Schumann. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Henry Valdorf mit seinem lebenden Karussell. The Durwal Brothers. Der Amerikaner Mr. Niblo mit seinen konvergierend. Papageien. Ringkampf. (Parodie) der Clown Jim Jam und Cottrell. Um 9 Uhr. Ende 11 Uhr. Sum 43. Rait: Die drei Rivalen oder Das mysteriöse Schloß in der Normandie. Am 8. Akt: Die Wildschweinjagd.

Gastspiel-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Kleine Preise.

Folies Caprice. Anfang 8 1/2 Uhr. Sicher ist sicher. Neuer bunter Teil. Der Mann meiner Frau.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das Riesen-Program. Bolliel-Truppe. Eugen Milards. Jahne u. Mary. Tatt? Tatt? Pawel-Comp. Fata Morgana. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Vorzugsarten überall zu haben. Den p. h. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeier zur Abhaltung einer Matinee freigegeben ist. Restkarten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung gr. Versammlungen und Matineen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.

Tausende und abemals Tausende behaupten mit Recht, das

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

Union-U.T. Theater. Alexandersplatz, im Grand Hotel, (Riesen-Kinematograph) steht unerreicht u. einzig da! Heute: Das neue grandiose Elite-Programm! Jede Piece ein Kanonenschlager!

## Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstr. 72: 55/30  
**„Erziehung u. Sozialismus.“** Referent: Heinrich Schulz.  
 Gäste willkommen. Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III, Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den „Müller-Reduzalen“ (unterer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

**Versammlung**  
 für alle in Gas-, Wasser- u. Dampfmaschinen- sowie Kronenbetrieben beschäftigten Eisen-, Metall- und Revolverdreher.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Ed. Bernstein über: „Arbeitslohn und Arbeitszeit“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Wahl eines Mitgliedes zur Branchenkommission.  
 In dieser Versammlung sind die Kollegen von Butzke, Joseph, Gaebert, Schäfer & Oehlmann und von allen anderen Betrieben hiermit eingeladen.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!

Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den „Vorfass-Sälen“, Adlerstr. 6/7:

**Versammlung**  
 aller in den Eisengießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der in der Versammlung am 11. Oktober gewählten Kommission. 2. Jahresbericht der Agitationskommission. 3. Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Zahlreichen Besuch erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Ortsverwaltung Berlin. Geschäftsstelle Berlin O. 54, Mülackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

## Brauereiarbeiter-Gruppen-Versammlungen

Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal V) für  
**Maschinisten, Heizer, Handwerker und deren Hilfsarbeiter.**

Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal I) für  
**Bierfahrer, Mitfahrer, Reservefahrer, Automobilfahrer, Stallente u. Hofarbeiter.**

Donnerstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal IV) für  
**Flaschenkellerarbeiter, Diverse und Weißbier-Brauereiarbeiter.**

Sonntag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal I) für  
**Brauer und Brauereiarbeiter.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:  
 Tarifvorlage. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.  
 Kollegen! Holtet kräftig für einen zahlreichen Besuch dieser Gruppenversammlungen. Kein Kollege, soweit er nicht dringend am Geschehen verhindert ist, darf in diesen Versammlungen fehlen. Kollegen! Bringt die Knorrgaufferten mit!  
 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf. Donnerstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 49:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Die Kündigung des Vertrages in der Berliner Holzindustrie. 2. Verbandsangelegenheiten.  
 Die Ortsverwaltung.

Eine **Delikatesse** auf dem Weihnachtstisch sind  
**Cyliax**  
 Fabrikate in hervorragender Qualität als:  
 Honigkuchen, Makronenkuchen, Pralines, Marzipan, Schokoladen, Baumkonfekte, Nervol-Kakao.  
 Acußerst preiswert.  
 Filialen in allen Stadtteilen.

## 2. Wahlkreis.

Heute, Dienstag, den 14. Dezember 1909, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:

## Fortsetzung der General-Versammlung

in der Berliner Bock-Brauerei, Fidicinstraße.

Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung der Pressekommmissions-Mitglieder. 2. Neuwahl von zwei Mitgliedern zur Pressekommision. 3. Vereinsangelegenheiten.  
 Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen!  
 Mitgliedsbuch legitimiert!  
 Der Vorstand.

## Achtung! Moabit. Achtung!

Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, in den Prachtsälen „Nord-West“, Wicteffstraße 24:

## Große Volks-Versammlung.

Tagesordnung: „Die letzte Landtagswahl und welche Lehren ziehen wir daraus?“  
 Referent: Stadtverordneter Adolf Hoffmann.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Das Komitee. 3. u. Max Richter, Wicteffstr. 24.

## Verband sozialdemokrat. Wahlvereine.

Freitag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59:

## Frauen-Versammlung.

TAGES-ORDNUNG:  
 1. „Der preußische Parteitag“. Referentin: Frl. Ottilie Baader.  
 2. Wahl von 3 Frauen zum preußischen Parteitag.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Der Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

**WEIHNACHTS PRÄMIEN**  
 In dem Sonntags-Insert der Firma  
**BAER SOHN**  
 soll es heißen:  
**Knaben-Manchester-Anzüge**  
 Größe 1 3.50 M.  
 Jede weitere Größe: 10 Pf. mehr.

Stellen Sie selbst Vergleiche an und prüfen  
**JOSETTI JUNO**  
 CIGARETTEN.  
 Sie werden finden, dass dieselben tatsächlich in Qualität sowohl wie im Geschmack Unübertroffenes bieten und wir sind sicher, dass sie dann dem allgemeinen guten Urteil aus Überzeugung zustimmen.  
 Josetti-Junio-Cigaretten m. u. o. M. 10 Stück 20 Pf.



Stellen Sie selbst Vergleiche an und prüfen  
**JOSETTI Cigarettes · JOSETTI Cigarettes**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Landsberger Viertel. Begl. Nr. 302, Teil I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Julius Fink** (Weidenweg 43 221/11) gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am 11. d. Mts., abends 9<sup>1/2</sup> Uhr, verstarb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel, der Restaurateur und Genosse **Johann Wohlgemuth** im 54. Lebensjahre. Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause Guttenstr. 8 aus statt. Dies zeigen tiefbetrubt an Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises. Todes-Anzeige. Am 11. Dezember verstarb unser Mitglied, der Restaurateur **Johann Wohlgemuth** Guttenstr. 8. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. Dezember, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause aus auf dem Heilands-Kirchhof, Wöhlertstr. 8 aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Johann Wohlgemuth** (Guttenstraße 8, Begl. I) verstorben ist. 75/14 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. d. Mts., nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Heilands-Kirchhof in Wöhlertstr. 8 aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und herzensgute Mutter **Rosalie Gentsch** (Kohlsater Str. 29) nach langen schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Moabit aus nach dem Heilands-Kirchhof in Wöhlertstr. 8 aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankagung.**  
 Für die Kranzspenden und vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **August Wagner** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie Herrn Hof für seine tröstlichen Worte, dem sozialdemokratischen Wahlverein des vierten Berliner Reichstagswahlkreises, dem 22. Bezirk, dem Zentralverband der Maurer, sowie den beigefügten Sängern unseren besten Dank.  
 Anna Wagner geb. Rammchen nebst Söhnen.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Frau Emilie Stieber.**

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie dem Personal der Firma Emil Billig nachfolgend unseren herzlichsten Dank.  
 Gustav Wedde nebst Kindern.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.



Der Mord im Scheunenviertel.

Die schon 6 Jahre zurückliegende Gassenmordaffäre Grabowski gelangte gestern zur Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I, nachdem sie schon die verschiedenartigsten Wandlungen durchgemacht hat.

Vor Auslösung der Geschworenen erheben die Verteidiger Einspruch gegen die Anordnung des Vorsitzenden, wonach hinter dem Angeklagten ein Schutzmann im Anklageraum Platz zu nehmen hat.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 28. September 1903 gegen 1 Uhr mittags wurde die Ehefrau des Angeklagten in ihrer Wohnung Rüdigerstr. 6 tot aufgefunden.

Schneiderin Köbler, bei welcher die getötete Frau G. wohnte, gesehen haben will. Der Angeklagte stellt diese sehr schwerwiegende Behauptung als unrichtig dar, da er sich um diese Zeit in der ziemlich weit von der Rüdigerstraße gelegenen Wohnung des Jaremba befunden und geschlafen habe.

In der Beweisaufnahme befanden der Maschinenmeister Klein und dessen Ehefrau: Am 24. September standen beide gegen 12 Uhr nachts vor dem Hause Rüdigerstr. 6.

Die Zeugin Frau Lindow und ihre Schwester hatten feinerzeit eine Wohnung inne, die von der Grabowski'schen Wohnung nur durch eine Raibwand getrennt war. In der Nacht vom 24. zum 25. September, der Mordnacht, hörten die beiden Zeuginnen, wie es an der Tür der Köblerschen Wohnung klopfte und eine Person die mit dieser zusammenhängende Sprache sprach.

Die Verhandlung wurde sodann auf Dienstag, 9 1/2 Uhr, vertagt. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Aus Industrie und Handel.

Montanantizitäten.

Nachfolgend bringen wir eine Zusammenstellung über Zantienanzahlungen einer Reihe von Montan-Aktiengesellschaften. Hier trifft selbstverständlich ebenfalls wieder zu, was schon früher gesagt ist: Die sichtbaren Zantienamen stellen stets nur einen Teil der in Wirklichkeit zu diesem Zweck verausgabten Summen dar.

Table with 4 columns: Gesellschaft, Aufsichtsräte, Zantien in Mark, Kapital in Mill. Mark. Lists various mining companies like Gelsenkirch. Bergwerks-A.G., Phönix A.G., etc.

In 46 Montan-Aktiengesellschaften, die ein Kapital von 1821,2 Millionen Mark besitzen, wurden also im letzten Jahre 7833 615 M. an sichtbaren Zantien gezahlt.

Nur für Kapitalisten, nicht für Arbeiter.

Die schon vor einiger Zeit berichtet, plant die Regierung zum Erlaß eines besonderen Gesetzes. Angeblich sollen eine Kontingentierung der Förderung und ein Ausfuhrzoll eingeführt werden.

Garantieleistungen Schmidmanns erledigt sind, dürfte man erwarten, daß die Gesetzespläne ad acta gelegt würden. Es war schon recht auffällig, daß ein einzelner Mann durch einen Konflikt mit einer wirtschaftlichen Organisation die Gesetzgebungsmaschine für den Kapitalistenschlag in Gang bringen konnte.

Die erste Genossenschaftsbrauerei der Gastwirte (Friedrichshagen) legt ihren Geschäftsbericht vor. Das Ergebnis des letzten Jahres ist für die Genossenschaftler, welche sich ausnahmslos aus kleineren Gastwirten rekrutieren, als ein sehr zufriedenstellendes zu bezeichnen.

Verteuerung der Telefongespräche.

Wegen den vom Bundesrat dem Reichstag vorgelegten Entwurf einer Fernspreckgebühren-Ordnung richtete am 9. Dezember der Deutsche Handelstag an den Reichstag eine Eingabe, der folgende Ausführungen zu entnehmen sind:

Das Ergebnis der vorgeschlagenen Neugestaltung der Fernspreckgebühren ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Table with 4 columns: Zahl der Anschlüsse, Durchschnitt der Gespräche im Jahre, Verteuerung Prozent. Shows data for Hamburg and Berlin.

Die kleineren Reize würden infolge der Herabsetzung der Grund- und Gesprächsgebühr noch größere Zuschüsse wie bisher benötigen, diese würden in Zukunft von den größten und befriedeten mittleren Reizen, welche letztere schon jetzt zu viel bezahlen, getragen werden müssen.

Freilich gibt ja das Reichs-Postamt der Hoffnung Ausdruck, daß eine Mehrbelastung der Teilnehmer durch eine Verringerung der Gesprächs um 25 Prozent, die auch aus technischen Gründen wünschenswert sei, vermieden werde.

Der Verband des Stahlwerksverbandes in Produkten A betrug im Oktober 390 365 Tonnen Rohabgewicht gegen 420 894 Tonnen im Oktober d. J. und 341 576 im November 1908.

Der amerikanische Eisenmarkt berichtet „Ironmonger“: Das Geschäft in Rohreisen war in der letzten Woche gering. Es wurden nur kleine Aufträge für baldige Lieferung erteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Die sechsen erlesene Nummer 26 des „Vollkorn“ enthält an Goll-Blättern und Illustrationen: Der Auslastungs des Zentralverbandes, Der Fehdenbernd und seine Arbeiterfürsorge, Das englische Herrenhand, Der Herr Staatsanwalt, Der Ester von Eugen, Der Suppe usw.

Briefkasten der Redaktion.

Die fertige Druckschmuck findet Einblendung 6, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 33 Fackel, 33 wachstümlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr halt, Geschäft 7 Uhr.

Kunze B. Eine Befreiungslage wäre zulässig, ebenso die Bewilligung des Armenrechts - M. 2. 1001. 2. 90. Klein - O. 50. Das Pflichtteil beträgt in Ihrem Fall 1/3 des Nachlasses (a b g g l i c h der Schulden).

